D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 38
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

24. September 1982
Preis 1,80 DM

Kann die KP China die Vertrauenskrise lösen?
Der 12. Parteitag nimmt schlaffe Ideologie und Arbeitsstil aufs Korn. Die Delegierten beschlossen eine umfassende Ausrichtung der Partei ..... S. 8/9



2½ Jahre im Göttinger Silvesterprozeß
Bewiesen ist den Richtern, was ein Polizist behauptet. Andere Zeugen sind „unglaubwürdig". Der Staatsanwalt hatte auf Freispruch plädiert .... S. 2

Die Atmosphäre bleibt globale Müllkippe
Der Entwurf für die neue TA-Luft ändert kaum etwas an der Betrugspolitik der hohen Schornsteine. Trotzdem tobt „die Wirtschaft" .... S. 11

Die Beamten und der „schlichte Arbeitnehmer"
Alle Register werden gezogen, um eine Front gegen die „Sparpolitik" zu verhindern. Gängige Legenden über die Beamten werden hervorgekramt S. 14

Durchmarsch in Bonn?

ges. Auch in der jetzt geplanten Koalition wird es etliches Hin und Her geben und ob sie jemals so fest in den Sattel kommt wie die beiden bisherigen dauerhaften Nachkriegskoalitionen ist überhaupt noch nicht raus und eher unwahrscheinlich. Zunächst gab es Streit um den Termin von Neuwahlen. Strauß hätte es vorgezogen, die FDP gleich vor die Existenzfrage zu stellen und den Kampf um die absolute Mehrheit zu riskieren. Das war aber Kohl zu wacklig und wahrscheinlich ist es ihm gar nicht unrecht, wenn er sich dank Regierungsbeteiligung der FDP in der Rolle der Integrationsfigur versuchen kann.

Weitere Tretminen sind bereits gelegt. Die CSU fordert mit gleich viel Ministern an der Regierung beteiligt zu werden wie die FDP. Kann sie diese Forderung durchsetzen, dann wird entweder die CDU als stärkste Partei in der Regierung unterrepräsentiert sein, vor allem qualitativ, oder die FDP wird bei ihrem Wechsel als erstes eins der geliebten Ministerämter einbüßen. Aber die CSU verlangt auch, daß der noch von der bisherigen Koalition vorgelegte Haushalt '83 insgesamt zurückgezogen und ein neuer Haushalt vorgelegt werden soll, statt den jetzigen Entwurf an der einen oder anderen Stelle zu korrigieren. Durch ein solches Vorgehen würden die Widersprüche in der FDP sicher nochmal beträchtlich aufgeheizt. Aber auch in der CDU gibt es keine einheitlichen Vorstellungen über den einzuschlagenden Weg. Ungefähr zehn Milliarden zusätzlich sollen gegenüber dem jetzt vorliegenden Etatentwurf auf der Einnahmeseite fehlen. Doch CDU und CSU planen weitere Steuererleichterungen für die Kapitalisten, so daß sich von daher das Einnahmeloch noch mal vergrößern würde. Gleichzeitig wenden sie sich strikte gegen eine weitere Ausdehnung der Kreditaufnahme durch den Staat.

Fragt sich also, wie die Rechnung aufgehen soll, gleichzeitig die Steuern für die Kapitalisten zu vermindern, ihnen zusätzliche Investitionshilfen zuzuschieben und die Staatsverschuldung einzuschränken und das alles bei aufgrund stagnierender Konjunktur und wachsender Arbeitslosigkeit zurückgehenden Staatseinnahmen. Nun hat ja Lambsdorff mit Biedermannmiene dafür ein „Konzept" entworfen, in dem nach der Logik eines feudalen Kameralisten einerseits schlicht die verringerten Staatseinnahmen durch Förderung der Kapitalisten zusammengezählt und dann von den Sozialleistungen abgezogen werden. Die behauptete Gleichung, daß mit wachsendem Angebot von seiten der Kapitalisten die Nachfrage steigen würde – ginge die Gleichung auf, dann hätte sich freilich die Nachfrage von den Lohnabhängigen auf die Kapitalisten und innerhalb der Lohnabhängigen auf die Wohlhabenden verschoben – wird damit ad absurdum geführt: die Nachfrage von seiten der Masse der Bevölkerung bräche weiter ein. Das Lambsdorff-Modell könnte höchstens dann einigermaßen funktionieren, wenn es gelingen würde, die industrielle Produktion weitgehend vom einheimischen Markt für Konsumgüter abzuhängen, das Wachstum der Investitionsgüterindustrie vollends zum Selbstzweck zu machen und den Export auszudehnen.

Das setzte im Inneren einen gewaltigen Schritt in Richtung Staatsmonopolismus voraus und im Äußeren einen florierenden Weltmarkt. Letzteren gibt es nicht und wird es sobald nicht geben. Förderung der staatsmonopolistischen Tendenzen steht aber in Widerspruch zu Ideologie und auch Interessen eines beträchtlichen Teils der Träger der geplanten Koalition. Bleibt allein die Rüstung, die aber steigende Staatsausgaben voraussetzt.

Außerdem liefe das Lambsdorff-Konzept auf einen schockartigen Frontalangriff auf die Interessen eines großen Teils der lohnabhängigen Bevölkerung hinaus. Als leichter durchzuführen hat sich jedoch eine Salamitaktik herausgestellt. Es wird nicht so einfach à la Lambsdorff gehen können, selbst wenn die Koalition einheitlich wollte. Also wird es zu Steuererhöhungen kommen und nicht nur zu Erhöhungen der Mehrwertsteuer. Es ist durchaus denkbar, daß die Regierung eine lineare Sondersteuer erhebt, die sie aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage und der schwierigen Bedingungen für den Lohnkampf direkt als weiteren Abzug an den Reallöhnen unterbringen könnte. Solche Pläne werden in den Koalitionsverhandlungen bereits ventiliert. Daß dies wiederum auf die Glaubwürdigkeit der geplanten Koalition seine Auswirkungen hätte, ist anzunehmen. Strauß und die CSU sprechen jedenfalls beharrlich von einer Übergangsregierung und es ist noch keineswegs entschieden, in was diese Regierung übergehen wird, weder ob sie sich überhaupt dauerhaft etablieren kann, noch welche Kräfte den bestimmenden Einfluß innerhalb dieser Regierung haben werden, wenn sie sich etabliert.

In der ersten Phase der Nachkriegsentwicklung ist es der CDU/CSU vereint mit der FDP gelungen, eine Mehrheitsbildung weit rechts zu stande zu bringen. Kriegsnachwirkungen, wirtschaftlicher Aufschwung auf gegebner Basis der Produktivkräfte und Kalter Krieg bildeten dafür die objektiven Bedingungen, auch für ein ständiges nach rechts rücken der SPD. In der zweiten Phase der Nachkriegsentwicklung verschoben sich die Kräfte im Volk nach links, Änderungen in allen Bereichen der Politik und gesellschaftlicher Fortschritt wurden gefordert. Die Mehrheitsbildung in Parlament und Regierung fand jedoch in der Mitte statt, durch die Koalition der inzwischen auf NATO und soziale Marktwirtschaft eingeschworenen SPD und der während der großen Koalition von den gröbsten reaktionären Brocken gereinigten FDP. Diese Mehrheitsbildung in der Mitte ist passé, es beginnt eine neue Phase der Polarisierung der Kräfte.

Die Gewerkschaften befinden sich jetzt in einer Schlüsselstellung. Wenn sie gegenüber den Etatverhandlungen und der staatlichen Wirtschaftspolitik aus der bisherigen Passivität herausfinden, können sie einerseits die in der geplanten Koalition vorhandenen Widersprüche zum Tanzen bringen und andererseits mit ihren Forderungen Ecksteine setzen für eine Sammlung auf Seiten der Bewegung und der Linken. Die Gewerkschaftsdemonstrationen Ende Oktober und im November könnten den Auftakt für eine solche Entwicklung bilden.



Nach verschiedenen Schätzungen zwischen 1400 und mehreren Tausend kamen bei dem Massaker in Westbeirut um.

Noch ein weiter Weg bis zur libanesischen Nation und ihrer Selbstbestimmung

jup/thm. Die Verantwortung Israels für das Massaker in Beirut ist nicht zu leugnen. Am Donnerstag hatte das Kabinett den Zutritt der Haddad-Milizen in die Lager Sabra und Schatila, wo u.a. Familien der evakuierten PLO-Kämpfer lebten, gebilligt. Durch ihren Einmarsch in Westbeirut hatten die israelischen Truppen die Bedingungen für eine solche Aktion geschaffen, später die Lager umstellt und den Milizen freie Hand gelassen.

In Israel selber ruft das Massaker einen My-Lai-Effekt hervor. Es gab Demonstrationen. Die Tageszeitung Jerusalem Post forderte Neuwahlen, Etablierung einer Regierung der nationalen Einheit, die schnellstmöglich einen Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon aushandeln soll. Selbst das absolut regierungsfreundliche Blatt Yebioth Ahronoth sprach von einem „schweren Fehler" der Regierung.

Schuld tragen auch die USA. Nicht umsonst hatte die PLO versucht, für ihren Abzug Garantien für die Palästinenser im Libanon zu erhalten. Die internationale Truppe war ein gewisser Schutz. Ohne Rücksprache mit Italien und Frankreich hatten die USA aber viel zu früh ihre Truppen wieder zurückgezogen, obwohl klar sein mußte, daß die Lage noch nicht stabil genug war.

Die israelische Regierung hat mit diesem Schritt überreizt. Mit Bechir Gemayel war die Errichtung einer Marionettenregierung schon gar nicht so sicher gewesen. Mit seinem Tod haben sich die Bedingungen hierfür noch verschlechtert. Mit diesem Massaker aber dürften sich die Israelis endgültig vollständig im Libanon festgeritten haben.

Einen starken, unabhängigen libanesischen Staat sollte und wollte Gemayel errichten; der Anschlag auf sein Leben hat den „unaufhaltsamen Aufstieg des Bechir Gemayel" zu einem raschen Ende gebracht. Sein Tod wollte keine ungeteilte Trauer aufkommen lassen: War es nicht das gerechte Ende eines Schlächters von Tel el Zaatar, des Verantwortlichen für die tödliche Ausschaltung verschiedener Rivalen und ihrer Milizen? Und doch trauerten nicht nur die westlichen Verbündeten um den Verlust ihres designierten Statthalters. Trauer verbreitete sich auch bei der Bevölkerung West-Beiruts, bei Christen und Moslems. War es Angst, die Ahnung vor noch Schlimmerem, das kommen könnte?

Die Lage, in der die libanesische Bevölkerung sich befindet, ist katastrophal: Die beständige Zerrüttung der Gesellschaft hat dem Wunsch nach einer ordnenden Hand Vorschub geleistet, die Einsetzung eines starken Mannes war in gewisser Weise zum Symbol für die Hoffnung auf Herstellung eines nationalen Konsens geworden. „Präsident aller Libanesen" in einem zentral regierten Staat zu sein, war Gemayels erklärtes Ziel.

Mißtrauen gegenüber solcher Erlöserrolle ist angebracht und wird es auch gegenüber dem nachrückenden, als gemäßigter geltenden, Bruderkandidaten sein. Unhaltbar scheint jedoch die Vermutung, Gemayel sei „für das libanesische Volk unakzeptabel gewesen, weil er der Kandidat der israelischen Panzer war und weil er mit dem zionistischen Feind verhandelt hat". Die Vordergründigkeit dieser Optik ist von den Interessen der Syrer geprägt, wie sie sie anläßlich seines Todes zum Ausdruck gebracht haben. Die Anwesenheit der Palästinenser hat die Bewältigung der innerlibanesischen Probleme nicht einfacher gemacht. Zwar hatte die libanesische Regierung im Kairoer Abkommen der PLO ausdrücklich Machtbefugnisse in den Lagern zugestanden (Camille Chamoun hatte mit Pierre Gemayel dafür, Raymond Eddé dagegen gestimmt); ihre Ausübung wurde bekanntlich aber über die Lager hinaus ausgedehnt. Teile der libanesischen Bevölkerung, vor allem an der südlichen Grenze und im Norden in Tripoli, empfanden die Machtausdehnung als Machtmißbrauch, sogar als Fremdherrschaft. So wurde die israelische Armee bei ihrem Einmarsch in den Süden bisweilen tatsächlich als Befreier angesehen.

Der Verlauf des Krieges hat – um einen hohen Preis – dazu geführt, daß die Widersprüche zwischen palästinensischer und libanesischer Bevölkerung zurechtgerückt wurden. Im Kampf gegen den gemeinsamen Aggressor sind sie sich wieder näher gekommen. Im Kampf gegen die Israelis, so sagte Walid Dschumblatt, „sind die Palästinenser unsere einzigen Verbündeten". Wie wohl nie zuvor in der Geschichte der beiden Völker wurde offensichtlich, daß die Palästinenser nicht nur für die eigene Sache, sondern auch für die des libanesischen Volkes kämpfen. Die schiitischen Amal-Milizen haben dem Rechnung getragen und ihre oft auch mit den Palästinensern blutig ausgetragenen Differenzen zurückgestellt zugunsten der Verteidigung gegen die Invasoren. Wird die vorübergehende Kampfgemeinschaft etwas hinüberbringen, wenn es darum gehen wird, die Einheit der Nation von ihnen aufzubauen? Das Vertrauen in die eigenen Kräfte kann nicht sehr groß gewesen sein, als Bechir Gemayel mit den Stimmen von 19 moslemischen Abgeordneten gewählt wurde. Die Ablehnung der israelischen Besatzung mußte er respektieren, der Oktroyierung eines Friedensvertrages sich verweigern, gerade auch deswegen, weil die Laschheit der phalangistischen Milizen gegenüber den Israelis allgemein als unrühmlich, wenn nicht als indirekte Kollaboration gewertet wurde. Sein Programm für die Zukunft war einfach: „Sicherheit", deren Verwirklichung er an Ost-Beirut als Modell vorzeigen konnte. Eine befriedete Stadt, in der Menschen und Besitztümer Tag und Nacht sicher sind. Der Preis: Abwesenheit jeglicher Demokratie, Einparteienherrschaft, Militarisierung der Jugend und spartanische Ordnung. Angesichts der Erfahrung alltäglicher Anarchie eine Verführung für die abgestumpften und desillusionierten Massen, die im Gegensatz zu den Palästinensern keine Möglichkeit hatten, eine politisch-soziale Identität auf libanesischer Ebene herauszubilden.

Fortsetzung Seite 7

Kundgebung zum Abschluß der Umweltstafette in Hessen

siw. Am letzten Samstag fand in Wiesbaden zum Abschluß einer Umweltstafette durch Hessen eine Demonstration statt, an der sich ca. 8–10000 Menschen beteiligten. Die Forderungen waren geprägt vom Kampf gegen die umweltzerstörenden Großprojekte in Hessen (WAA, Biblis Block C, Startbahn West u.a.). Im „Umwelt-Express", der Zeitung der BIs gegen die Startbahn West, wurde zu dieser Demonstration aufgerufen als Zusammenfassung des Kampfes gegen die Atomindustrie, dagegen, daß Hessen Waffenkammer, Exerzierfeld zur Zerschlagung umweltpolitischer Basisbewegungen, Übungsfeld zum Abbau bürgerlicher Freiheitsrechte werde. Zweck dieser Demonstration sollte sein der Zusammenschluß gegen verschiedene umweltzerstörende Großprojekte, repräsentiert durch die BIs. Wiesbaden, Sitz der hessischen Landesregierung, war wohl deshalb gewählt worden, weil nach dem Desaster mit dem Volksbegehren nun offensichtlich die Landtagswahlen als nächster konkreter Kampfschritt v.a. gegen die Startbahn West gesehen wird.

Schubart sprach von der Verletzung der Prinzipien der Demokratie, von maßloser Enttäuschung über den Staat und appellierte (an wen?): legt die Staatsgewalt in die Hände des Volkes. Ein Mitglied des Opel-Betriebsrates, der leider erst ziemlich spät sprach, betonte die weitere Unterstützung im Kampf gegen die Startbahn West. Er hob noch einmal die Unterstützung der Gewerkschaften in der Region hervor. Die Schwierigkeiten, Unterstützung auf höherer Gewerkschaftsebene zu bekommen, anstatt dieses schwammigen „bedingten Ja" des DGB Hessen zur Startbahn West, seien Folge der wachsenden Arbeitslosigkeit und des damit vorhandenen Drucks. Die Konsequenz sei deshalb, den Kampf gegen umweltzerstörende Großprojekte zu verbinden mit Forderungen nach einer alternativen Wirtschaftspolitik. Er wies auf das Beschäftigungsprogramm des DGB hin. Die zunehmenden Pleiten und die wachsende Krise zeigten gerade auch, daß umweltzerstörende Großprojekte eben kein Ausweg sind. Er rief dazu auf, grün zu wählen. Ein Vertreter der BI Walldorf-Mörfelden, Achim Bender, schilderte den bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung unter der Betonung, daß die Polizeieinsätze immer das Hauptmittel zur Durchsetzung waren. Die Bevölkerung in der Region werde aber weiterkämpfen.

In sämtlichen Reden wurde allerdings, einmal abgesehen von den Hessenwahlen, keine konkrete Perspektive nächster Kampfschritte gegen die Startbahn West, v.a. für die Bevölkerung in der Region selbst (die auch kaum vertreten war), genannt. Im „Umwelt-Express" wurde festgehalten, daß trotz des Verwaltungsgerichtsurteils kein Grund zur Europhorie bestehe, die Justiz werde den Bau stoppen. Juristische Auseinandersetzungen gehen nicht ohne öffentlichen Druck. Die Forderung nach Baustopp, die Diskussion der neuen wirtschaftlichen



Daten müsse v.a. in den Gewerkschaften vorangetrieben werden mit dem Ziel, das Projekt endgültig zu stoppen. Dazu gehöre auch die Bereitschaft, entschlossen die Betonarbeiten und die im Herbst bevorstehende Rodung von 44 ha Wald für die RWE-Trasse zu behin. bzw. zu verhindern. M.E. wäre es sinnvoller gewesen, die Beendigung der Umweltstafette sowie die Demonstration im Raum Mörfelden-Walldorf durchzuführen, da hier die direkten Träger des Widerstands wohnen und hier auch die Auseinandersetzung um und die Mobilisierung für die nächsten Schritte nötig sind.

Ein richtiges Charakterurteil der bürgerlichen Justiz

Zweieinhalb Jahre Gefängnis im Göttinger „Silvesterprozeß"

anh. Silvester 1980/81: in Göttingen wie in anderen Großstädten Westdeutschlands befindet sich der Kampf gegen die Wohnraumnot auf einem Höhepunkt. Seit einem Monat ist ein Häuserkomplex in der Jüdenstraße besetzt, diese Besetzung findet große Unterstützung in der Bevölkerung. Erkämpft werden soll ein Kulturzentrum, doch diese Besetzung gewinnt wegen ihrer politischen Ausstrahlungskraft Symbolcharakter darüber hinaus und wird zum Sammlungspunkt einer großen politischen Bewegung. Wieder sollen Appartments mit qm-Preisen von 20 DM und mehr sowie Geschäftsräume in der Innenstadt im Bauherren-Modell entstehen. Die Verwaltungsspitze der Stadt Göttingen taktiert zunächst, der Eigentümer verlangt unmittelbar nach der Besetzung die Räumung. Später ging er pleite.

Der Silvesterabend auf dem Göttinger Marktplatz ist traditionell Treffpunkt zum Feiern. Es versammeln sich stets mehrere hundert Menschen. So auch 1980/81. Natürlich wird die Besetzung gefeiert. Gegen 0.30 Uhr gehen die Fensterscheiben in der Hamburger Farm und in einem Spielsalon zu Bruch. Die Hamburger Farm hatte kurz vorher Ausländern verboten, dort zu verkehren, der Besitzer des Spielsalons war bekannt geworden als Lohndrücker und insbesondere als perfider Ausbeuter- und Ausnutzer von Frauen. Diese kaputten Fensterscheiben setzten anwesende zivile Polizisten in Bewegung, um den angeblichen Täter festzunehmen, was ihnen mit Unterstützung von ein paar Uniformierten auch gelang. Die Masse auf dem Marktplatz ist gegen die Festnahme, drängt die Polizei – die sich in eine Taxibucht zurückzieht (es sind relativ geringe Kräfte) – ab. Man ruft Verstärkung. Weiter wird die Freilassung des Festgenommenen gefordert. Es fliegen Flaschen und Knallkörper, später auch Steine gegen die Polizeikette. Einer der Polizisten wird durch einen Steinwurf schwerer verletzt (drei verlorene Zähne). Die Polizei zieht sich zunächst zurück, rückt dann aber besser ausgerüstet und mit mehr Personal von der Wache in der Innenstadt vor. Sie trifft unter anderem auf einen Zug von 30 Leuten. Sie erkennt darin vermeintliche Täter der Auseinandersetzung auf dem Marktplatz. Also wird beschlossen, diesen Zug aufzurollen und Festnahmen zu machen. Es gibt in der Folge mehrere – zum Teil schwer verletzte – Demonstranten. Insbesondere glaubt die Polizei denjenigen zu haben, der ihrem Kollegen die Zähne ausgeschlagen hat.

Die bürgerliche Presse berichtet überregional von diesen Silvesterereignissen. Es wird versucht, die Hausbesetzer zu isolieren, von ihnen sei die Sache angeführt worden. Räumung wird verlangt, sie erfolgt 6 Wochen später unter dem Befehl der niedersächsischen Landesregierung. In der Bewegung gibt es heftige Auseinandersetzungen über die Nacht. Jusos, DKP u.a. „distanzieren" sich, die Besetzer weisen darauf hin, daß die Sache nicht vom Haus ausging, distanzieren sich aber selbstverständlich nicht. Eine Richtung (KB) versucht, das Ereignis als Polizeiüberfall zu vereinseitigen, ohne sich der Frage zu stellen, daß natürlich derselbe eine Folge war, es insofern entscheidend ist, sich darüber im klaren zu sein, ob es in der gegebenen Situation richtig war, berechtigte Wut gegen die Hamburger Farm und den Spielsalon in der Form des Fensterscheibeneinwurfs zu demonstrieren oder ob dies nicht vielleicht politisch daneben lag. Die Spaltung der Bewegung konnte ab dato nicht wirklich aufgelöst werden, die offene Debatte um die verschiedenen Auffassungen wurde nicht geführt oder nur wenig.

Die Justiz bereitete die Anklage gegen den Steinwerfer (den sie sicher zu haben glaubten) über ein Jahr lang vor, während sie schwere Körperverletzungen der Polizisten (gegen die mit dem Mittel der Anzeige vorgegangen wurde) unterschlug. Gleich vor dem Landgericht sollte angeklagt werden, was das Gericht zunächst ablehnte. Jedoch entschied das OLG Celle auf die Beschwerde des Staatsanwalts denkwürdig genug: Wegen des hohen Gesamtschadens in der Silvesternacht, wegen der Gewalttätigkeiten, die vorkamen, seien die Belange der Göttinger Bevölkerung deshalb erheblich berührt, weil sie schon lange mit dem Problem der Hausbesetzungen zu tun habe. Es muß also vor dem Landgericht prozessiert werden, so das OLG, um den „Täter" im Namen der Göttinger Bevölkerung zu verurteilen, die nur so befriedigt werden könne. Daran bestünde, so das OLG explizit, ein politisches Interesse. Damit war die Linie seitens des bürgerlichen Staates und seiner Justiz abgesteckt.

Der Angeklagte Klaus-Peter wies den Vorwurf des Steinwurfs durch eine Aussage zur Sache zurück. Der Prozeß könne daher nur politisch zu verstehen sein, und zwar dahingehend, daß es um Aburteilung eines Ergriffenen gehe, um eine Bewegung zu treffen. Die Beweisaufnahme ergab horrende Widersprüche der Polizeizeugen: einen breitkrempigen Hut, den der Täter besessen haben soll, hat dieser in Wahrheit nicht gehabt. Ein Brille und ein Palästinensertuch, das der Angeklagte trug, haben die Hauptbelastungszeugen nicht gesehen, obwohl dies durch ein Foto des Angeklagten in der Nacht bewiesen ist. Die Polizeizeugen beschrieben als Täter eine Person, die sie in der Polizeizelle sahen: dort waren jedoch dem Angeklagten das Tuch und die Brille abgenommen worden. Schließlich traten mehrere Entlastungszeugen auf, die aussagten, daß sie die ganze Zeit mit dem Angeklagten zusammen waren und ausschließen konnten, daß er einen Stein geworfen habe.

Der Staatsanwalt konnte bloß auf Freispruch plädieren, die Widersprüche waren zu eklatant. Ihm war jedoch das politische Risiko eines Plädoyers auf Verurteilung offensichtlich zu hoch. Jedenfalls wollte er es nicht auf seine Kappe nehmen. Die Strafkammer verurteilte dennoch, indem sie die Polizeizeugen schlicht als glaubwürdig und die Entlastungszeugen als unglaubwürdig bezeichnete. Dem Angeklagten sei die Tat auch von daher zuzutrauen, daß er sich nicht auf die Frage, ob er sich zu den militanten oder zu den friedlichen Häuserkämpfern zähle, eingelassen habe.

Das politische Gesinnungsurteil war damit perfekt. Es hält sich gleichzeitig an einen Strafrahmen, der durch die Brokdorf-Urteile vorgegeben ist. Gegen das Urteil demonstrierten noch am Abend 400, am letzten Samstag 800–900. In der Solidaritätsbewegung wird einerseits stark abgehoben auf Darstellung des „Ungerechten", der „Überzogenheit" des Urteils, der Mißachtung des Grundsatzes „Im Zweifel für den Angeklagten". Viel ist von „Skandal" die Rede. Es erschien jedoch zu der letzten Demonstration ein Flugblatt, das diese Auffassungen als nicht ausreichend kritisierte. Zwar müsse man die bürgerliche Justiz in ihrem eigenen Bereich bekämpfen, günstige Sachen ausnutzen und ihr den Bruch mit eigenen Vorschriften vorwerfen. Man müsse sich andererseits jedoch wieder besinnen auf die Erkenntnis, daß es sich in Wirklichkeit um keine unabhängige, als solche mit ihn akzeptable, Justiz handele, sondern daß die Richter Gesetze ausführen, die Gesetze der herrschenden Klasse sind und die gerichtet sind gegen die Interessen derer, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Man müssen den Gegner beim Namen nennen und sich von der Illusion trennen, daß politische Bewußtheit durch Opportunismus erreicht werde.

Demonstration gegen die Massaker

jup. Westberlin. Nachdem die Nachricht über das bestialische Massaker an palästinensischen Lagerbewohnern bekannt geworden war, entstand im Laufe des Sonntag bei vielen das Bedürfnis, ihre Trauer und Wut auf die Straße zu tragen. Etwa 2500 Leute versammeltens ich am Abend und führten Kundgebungen und eine Demonstration über den Kurfürstendamm durch. Trotz der verständlicherweise vor allem bei den Palästinensern vorhandenen emotionalen Spannungen konnten Versuche einiger Provokateure und uniformierter Wiking-Jugend, die Demonstration auseinanderzubringen, nicht greifen. Die Demonstranten griffen die „neue Ordnung der Zionisten" an, die sie für die eigbentlichen Verantwortlichen der Massaker halten und forderten, daß die Bundesregierung endlich aufhören solle, die israelische Politik politisch und materiell zu unterstützen, vor allem aber: „Israelis raus aus dem Libanon!"

Die Bürgerkriegsjustiz in den Brokdorfprozessen rollt weiter

wem. Sie traf jetzt neben den Angeklagten in Itzehoe den Norder Hero Alting. Nachdem das erste Verfahren vor dem Schöffengericht in Norden mit einem Freispruch mangels Beweises endete, kam die Jugendkammer des Landgerichts Aurich in der Berufungsverhandlung zu Izehoer Strafmaßstäben: eine Freiheitsstrafe von einem Jahr auf drei Jahre Bewährung ausgesetzt, 1000 DM Geldstrafe, ferner sind Prozeßkosten von mindestens 15000 DM zu erwarten. Angeklagt war Hero wegen „besonders schwerem Landfriedensbruch in Tateinheit mit versuchter gefährlicher Körperverletzung". War in Norden die Beweislage für den angeblichen Steinwurf Heros im Februar 1981 in Brokdorf mehr als mager, so gab es plötzlich in Aurich für den Richter Wildner „keinen Zweifel, daß es der Angeklagte gewesen sei, der den oder die Steine geworfen habe". Hero Alting soll in Aurich keine Chance haben. Von vornherein war das Landgericht voll Polizei (bis zu 50 Polizisten wurden gezählt). Einlaßkontrollen und Notierung der Personalien der Zuhörer (rund 40), Räumungen wegen angeblicher Anlässe, drei Verhaftungen und Faustschläge waren die Begleitumstände für die Aburteilung. Die Verhandlungen nahmen dann ohne Öffentlichkeit und Hero Alting ihren Fortgang, wobei u.a. bayerische Polizisten als Zeugen auftraten, denen ein spezielles Zeugenzimmer eingerichtet wurde. Widersprüchliche Zeugenaussagen standen u.a. in Norden einer Verurteilung im Wege, die man wohl in Aurich vermeiden wollte. Dazu diente auch ein Prozeßbeobachter aus dem „äußersten Süden", der wohl vor Ort beurteilen sollte, wie die Zeugenaussagen gegebenenfalls laufbahnrechtlich zu beurteilen wären. Vom ganzen Verlauf der Verhandlung in Aurich und den Einlassungen des Richters Wildner sollte mit dem Urteil gegen Hero mehr erreicht werden, als ihn für drei Jahre politisch an die Kette zu legen. Dieses Urteil soll, wie die anderen Brokdorfurteile auch, die demokratische Bewegung gegen die Kernkraftwerke einschüchtern.

Polizeiaktion gegen GRÜNEN-Aufkleber

kvz. In einer Presseerklärung der GRÜNEN-Hessen wird auf folgenden Vorfall in Wiesbaden hingewiesen: „Vor sechs Wochen parkte ein 22jähriger Student aus Bad Schwalbach seinen PKW auf dem Wiesbadener Neroberg. Während er in einer nahegelegenen Telefonzelle ein Gespräch führt, nähern sich zwei Polizeiwagen seinem PKW. Vier Beamte begutachten seinen PKW, auf dem sich ein Aufkleber befindet, der auch von den hessischen GRÜNEN vertrieben wurde. Auf blauem Grund prangt der hessische Löwe, bewehrt mit einem Polizeihelm und einem Gummiknüppel. Dieses veränderte Wappentier soll an die Startbahneinsätze erinnern. Als sich der Student dem Wagen wieder nähert, wird er aufgefordert, den Aufkleber zu entfernen und der Polizei freiwillig zu übergeben. Er mache sich schuldig, weil der Aufkleber den hessischen Staat verunglimpfe und darum verboten sei. Das ungläubige Staunen des 22jährigen quittierte die Beamten mit der Entfernung und Beschlagnahmung des Aufklebers. Inzwischen wird dem Studenten mitgeteilt, daß ein Strafverfahren gegen ihn eröffnet worden sei, am 15.9. ist er bei der Wiesbadener Polizei vorgeladen. Die hessischen GRÜNEN protestieren gegen diese willkürliche Aktion der Polizeibehörden, die an die hysterischen Reaktionen der DDR-Behörden gegen den Aufkleber ‚Schwerter zu Pflugscharen' erinnert. Von der angeblichen Tatsache, der Aufkleber sei verboten, ist den GRÜNEN nichts bekannt. Die GRÜNEN fordern Auskunft darüber, ob es sich bei diesem Strafverfahren gegen den Studenten um eine Aktion einer einzelnen ‚fehlgeleiteten' Behörde handelt oder ob hier der Versuch unternommen wird, GRÜNES Wahlkampfmaterial zu kriminalisieren. Die GRÜNEN fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen den Studenten und die Rückgabe des Aufklebers."

Extra-Dienst künftig von der IDS herausgegeben

kvz. Der „Bonner Extradienst" wird künftig direkt von der Initiative Demokratische Sozialisten herausgegeben. Eine entsprechende Vereinbarung hat der Bundeskoordinationsausschuß mit dem bisherigen Herausgeber Walter Barthel getroffen. Barthel verläßt aber die Redaktion wegen Meinungsverschiedenheiten über das neue redaktionelle Konzept. Die technische und redaktionelle Neukonzeption soll gewährleisten, daß der Informationsdienst bei einen Abonnentenstand von etwas mehr als 1000 kostendeckend herausgebracht werden kann. Ziel ist, den Extra-Dienst zu einem Informationsdienst und Diskussionsorgan der Demokratischen Sozialisten zu machen. Karl Nolle und Frieder O. Wolff haben denn auch einen Aufruf verfaßt, den neuen Extra-Dienst zu abonnieren. Wörtlich schreiben sie: „Machen wir ihn nach dem neuen Redaktionskonzept und durch Mitarbeit aller DS-Mitglieder zu einem unentbehrlichen Kommunikations- und Diskussionsorgan, das der ganzen IDS-Politik neuen Schwung gibt." Der Sitz der Redaktion soll nach Hannover ins Pablo-Neruda-Haus, Am Taubenfelde 10, verlagert werden, wo u.a. die IDS ihr Bundesbüro hat. Genossen aus dem Umkreis der Duisburger Zeitung „Revier" sahen darin eine schädliche Zentralisierung und wollen ebenfalls nicht mehr in der Redaktion mitarbeiten. Außerdem gab es Krach um die Besetzung des geschäftsführenden Redakteurs mit Rainer Oppermann, vormals Mitglied der Gruppe „Z" sowie bis August 1982 bei den GRÜNEN.

mine · Termine · Te

September

- **24. Essen.** 14. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie
- **25. Essen.** Konzert für Nicaragua, DGB-Jugend u.a.
- **26. Hessen.** Landtagswahlen

Oktober

- **2. Kalkar-Demonstration** gegen Schnellen Brüter
- **4. Westberlin.** Sommer-Uni zum Thema „Überlebensstrategien"
- **8. Bielefeld.** Kongreß Zukunft der Arbeit, bis 10. Oktober

Eins wenigstens stimmt:

Eine neue Mehrheit ist notwendig

Von Hans-Gerhart Schmierer

Intrigen hin, Intrigen her, die sozialliberale Koalition in Bonn war schon nicht mehr zu halten, bevor sie zerbrach. Schlimm wird die Lage erst, wenn sich eine Streicher- und Schieberregierung im Bund auf Dauer etablieren kann und es nicht gelingt, dem gegenüber die Kräfte der Bewegung zu sammeln, um auf Grundlage einer neuen Mehrheit in absehbarer Zeit eine Linksregierung durchzusetzen. Diese wäre an ihrem Programm und ihren Taten zu messen. Genauso wie Ende der 60er Jahre, als SPD und FDP an die Regierung kamen, kann eine solche Entwicklung nur durch die gesellschaftliche Bewegung in Gang gebracht werden, die sich dann in Parlament und Regierung mehr oder weniger Ausdruck ihrer Interessen verschafft.

„Neue Sachfragen suchen sich neue Mehrheiten“, unter diesem Motto hat Genscher in den letzten Monaten sein Intrigenspiel betrieben. An seinem Spruch ist was Wahres dran, wenn auch in ganz verdrehter Form. In diesem Bürokratenhirn bewegen sich bloß die Sachen, nicht die Menschen und die Klassen, die die Menschen aufgrund der aufgezwungenen Verhältnisse bilden. Die durch die Bewegung der Sachen hervorgerufenen Sachfragen suchen sich bei ihm neue Mehrheiten, und nicht die Individuen und Klassen suchen nach neuen Bündnissen und Mehrheiten, um die Probleme zu lösen, die aus ihren eigenen Handlungen entspringen.

So ganz neu sind die „Sachfragen“ nicht. Sie brennen bloß ganz anders auf den Nägeln als noch vor ein paar Jahren. Wem immer mehr Luft abgedreht wird, der läuft halt Gefahr schließlich zu ersticken, wer keine Arbeit hat, der kann damit rechnen, daß er in absehbarer Zeit noch nicht mal mehr was zum Beißen haben wird. Wo der Frieden durch die Vorbereitung des Atomkrieges gesichert werden soll, dringt das Inferno als Drohung in den Alltag ein. Ein Teil der „Sachfragen“ entspringt aus der Dynamik des Kapi-
Alltag ein. Ein Teil der „Sachfragen“ entspringt aus der Dynamik des Kapi-
talismus. Daß die Profitwirtschaft eine ganze Zeitlang kräftig geblüht hat, kann man an den Statistiken über die Invaliditätsentwicklung genauso ablesen wie am verfaulten Mark abgestorbener Bäume. Diese „Sachfragen“ werden verschärft, und andere wie die Arbeitslosigkeit machen sich erst richtig bemerkbar, wenn die Dynamik des Kapitalismus zu Krisen führt und in Stagnation übergeht. Friedenssicherung durch Atomwaffen stellt sich als Wahnsinn heraus, wenn sich die Supermächte in verschiedenen „Winkeln“ der Welt zu schlagen beginnen und den Atomkrieg als führbar und gewinnbar zu debattieren anfangen.

Für die einen stellt sich das dann so dar, daß sie ihre Profite sichern wollen und entsprechende Verhältnisse. Für den größeren Teil der Gesellschaft geht es eher ums Überleben. Dementsprechend unterschiedlich wird nach unterschiedlichen und entgegengesetzten Lösungen der „neuen Sachfragen“ gesucht und bilden sich Mehrheiten. Der Vorteil der Bürgerlichen ist dabei immer, daß sie sich ihres strategischen Ziels ganz sicher sind. Außerdem ist eine allgemeine Erfahrungstatsache, daß es der breiten Bevölkerung bisher immer noch am wenigsten dreckig ging, wenn der Kapitalismus blühte und die Profite wuchsen. Deshalb sind die Bürgerlichen in der Lage, Mehrheiten zu bilden, obwohl sie die Minderheit sind. Es gelingt ihnen sogar leichter und auf kurze Sicht oft mit größerem Erfolg. Allerdings bleiben diese Mehrheiten ihren Interessen nach gespalten und sind nicht entwicklungsfähig.

Anders kann das sein, wenn Mehrheitsbildung und Mehrheitsinteressen übereinstimmen. Übereinstimmung von Mehrheitsinteressen und Mehrheitsbildung aber ist kein Zustand, denn die Bedürfnisse und Interessen der Mehrheit entwickeln sich. Sie kann sich nur im Prozeß verwirklichen, indem sich die gesellschaftlichen Bewegungen über ihre Interessen klarwerden und sich darüber verständigen. Wahr ist einerseits, daß Genscher eine neue Mehrheit in Parlament und Regierung sucht, um die „neuen Sachfragen“ im bürgerlichen Interesse lösen zu können, und wahr ist andererseits, daß der Prozeß der Selbstverständigung in der lohnabhängigen Bevölkerung, ihren Gewerkschaften, in der Jugend und unter den Frauen noch nicht so weit vorangekommen ist, daß es zu neuen Mehrheiten im Parlament und Regierung bereits reichen würde, um von dieser Seite her für die Lösung der brennenden Probleme politische Hilfsquellen zu erschließen. Ursprünglich stimmte die sozialliberale Koalition mit der Bewegung überein, wenn auch nicht mit deren radikalem Flügel. Solche politischen Hilfsquellen konnten jetzt nicht über eine Fortsetzung der SPD-FDP-Koalition erschlossen werden, wie die bisherigen Regierungsmaßnahmen zeigen, und so gesehen ist es nicht schade um den Bruch der Koalition. Es kann jetzt bloß um die Bildung einer neuen Koalition gehen, die aus der Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenbewegung hervorgeht, sich im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Lohnsystem, Frauenunterdrückung, Umweltzerstörung und Kriegsgefahr festigt und die sich, wie es gegenwärtig aussieht, auf parlamentarischer und Regierungsebene mehr oder weniger gebrochen nur in einem Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Grünen wird ausrücken können.

Für letzteres sind die Bedingungen natürlich solange ungünstig, solange die Sozialdemokratie ihren bisherigen Regierungskurs fortsetzt, bloß in der Opposition, und solange die Grünen in Verkennung der Tatsachen so tun, als hätten sie es mit drei Flügeln einer „Wachstumspartei“ zu tun und in Fundamentalopposition machen wollen, als ob der Bruch der sozialliberalen Koalition nichts geändert hätte. Solche jeweilige Unfähigkeit, sich auf die geänderte Situation einzustellen, kann bloß schaden, am wenigsten natürlich den Parteipolitikern, die dafür verantwortlich sind. Der bisherige Kurs der Sozialdemokratie beruhte auf der Grundauffassung, die elementaren Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung ließen sich mit den strategischen Interessen der Kapitalisten vereinbaren. Das sah auch eine Zeitlang so aus. Zuletzt hat diese Grundauffassung dazu geführt, daß die strategischen Ziele der Kapitalisten – Beseitigung aller Schranken der Ausbeutung von Mensch und Natur – die tatsächlichen Entscheidungen der Regierung ausschlaggebend bestimmten, während die elementaren Interessen der Lohnabhängigen bloß noch als totes Gewicht erschienen, das die SPD nicht ohne weiteres über Bord werfen konnte, wenn sie sich als Partei nicht zugrunderichten wollte. Das Lambsdorff-Papier sprach solche Zurückhaltung als überholte Sentimentalität aus. Sowas kann sich aber nur ein liberaler „Fachminister“ leisten, der andere die Mehrheiten anschaffen läßt.

Innerhalb der Sozialdemokratie wird sich erst noch herausstellen müssen, ob aus sentimentalen Beteuerungen wieder teilweise politische Inhalte werden. Mit der Festlegung auf Schmidt als Kanzlerkandidat für die nächsten Wahlen sind da von vornherein Grenzen gezogen. So weiß der „Spiegel“ zu berichten, Schmidt sei dabei, „seine tiefe Abneigung gegenüber Grünen und Alternativen zu überprüfen“ und beginne „zu begreifen, daß die SPD, einmal in der Opposition, nur mit den grünen Wählern eine neue Mehrheit zuwachsen kann“. Als Staatsmann stellt er natürlich Bedingungen: „Er werde keine Politik vertreten, die ihn unglaubwürdig mache, weil sie sich nicht mit seiner bisherigen Haltung in der Wirtschafts-, Sozial-, Finanz- und Sicherheitspolitik decke.“ Dieser Pflichtmensch kann es nicht lassen, andere in Pflicht nehmen zu wollen, und zwar in seine. Jedenfalls zeichnet sich von seiten der Sozialdemokratie im Bund eine Situation wie mit Börner in Hessen ab. Gerade weil Leute wie Schmidt und Börner keine Schießbudenfiguren sind, wird die Sozialdemokratie, wenn sie einen Kurswechsel auf neue Mehrheitsbildung nimmt, nicht nur eine andere Politik, sondern auch andere Sprecher für diese Politik brauchen. Freilich soll man nicht vergessen, daß auch ein Albertz schon mal prügeln ließ und heute unwidersprochen auf Friedenskundgebungen spricht. Nicht am schlechtesten übrigens.

Der bisherige Kurs der Grünen beruht auf der Grundauffassung, daß die Sozialdemokratie genauso eine „Wachstumspartei“ sei wie die anderen. Das ist in doppelter Weise fehlerhaft. Zumindest ein Teil der Sozialdemokratie ist nicht bedingungslos für Wachstum von Profiten und Kapital, sondern geht davon aus, daß ohne solches Wachstum die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung nicht wirksam vertreten werden können. Er ist also nur vermittelt über die vermuteten Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung für die Interessen des Kapitals. Das ist das eine. Jeder der ein bißchen Erfahrungen innerhalb der Gewerkschaften hat, weiß, daß das einen tatsächlichen Unterschied ausmacht gegenüber Liberalen gleich welcher Couleur und erst recht gegenüber den Kapitalisten selber. Andererseits ist diese Auffassung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren zutiefst erschüttert worden, weil sich mit der ökonomischen Krise herausstellte, daß Wachstum von Profiten und Kapital durchaus Hand in Hand gehen kann mit wachsender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen und daß in der Krise Investitionen der Kapitalisten nicht die Kampfbedingungen der Arbeiter zu verbessern brauchen, sondern wie im Falle von rationalisierenden Ersatzinvestitionen direkt verschlechtern und die Arbeitslosigkeit erhöhen können. Es wäre falsch, die Bindung der Sozialdemokratie an Interessen der Lohnabhängigen zu unterschätzen und Bündnisse mit der Sozialdemokratie von vornherein auszuschließen. Es ist sicher kein Zufall, daß Argumente aus der Friedensbewegung oder der Ökologiebewegung bis in die Reihen sozialdemokratischer Fraktionen und von Parteitagsdelegierten durchschlagen und daß Schmidt niemals ganz an ihnen vorbeiregieren konnte. Die Sozialdemokratie fängt zwar soziale Bewegungen auf und versucht, sie zu domestizieren. Aber sie ist ihnen auch ausgesetzt. CDU/CSU und zunehmend auch die FDP dagegen bilden ihre Mehrheiten darüber, daß sie die Angst und den Schrecken über Bewegung auszubeuten versuchen.

Aber lassen wir den Grünen mal ihren Fetisch „Fundamentalopposition“. Wenn jetzt die Sozialdemokratie nach den Ländern auch im Bund in die Opposition gedrängt wird, dann werden die Grünen – ob sie es wollen oder nicht – in etlichen Fragen mit der Sozialdemokratie wenigstens eine Negativkoalition bilden. Das ist etwa in den Hessenwahlen der Fall, wo zumindest die taktischen Ziele für den Wahlausgang zwischen Grünen und Sozialdemokratie im Kern übereinstimmen: beiden Parteien und erst recht ihren Wählern geht es darum, eine absolute Mehrheit der CDU zu verhindern und die FDP unter die 5%-Klausel zu drücken, also eine von Dregger geführte Regierung zu verhindern. Was aber geschieht, wenn dieses gemeinsame taktische Ziel, das zunächst bloß negativ bestimmt ist, verwirklicht werden kann? Eine wie auch immer geartete Koalition müßte dann angestrebt werden, wenn nicht das Wahlergebnis von vornherein zum Bumerang werden soll. Also wird man sich so oder so über positive Ziele streiten müssen. Warum dann nicht von vornherein?

Die Frage ist an Gewerkschaften, die Grünen und sozialdemokratische Mitgliederbasis gestellt, nicht an Börner und Mannschaft, denen man so vernünftige Fragen jetzt nicht stellen kann. Aber bei den positiven Zielen fangen die Schwierigkeiten dann auch an. Welche nächsten Schritte können Grünen und Sozialdemokratie überhaupt gemeinsam anstreben? Wenn sie sich auf die Interessen ihrer Wähler, auf die tatsächlichen Bewegungen und auf die Tatsachen stützen, eine ganze Reihe. Tatsache ist vor allem, daß sich etliche Projekte, die die Sozialdemokratie in Land und Bund verfolgt hat, nicht „nur“ gefährlich für die Menschen und für die Natur zerstörerisch sind, sondern sich als zunehmend haltlose Spekulation der Kapitalisten und des Staates herausstellen, an deren Verwirklichung allein die Spekulanten noch ein Interesse haben können. Die wollen die Projekte verständlicherweise durchziehen, und sie haben auch einige Macht dazu.

Aber Tatsache bleibt doch, daß je eher das Kernenergieprogramm abgebrochen und abgeschrieben wird, die gesellschaftlichen Verluste um so geringer sein werden. Und desto eher werden Mittel vorhanden sein, um einen ökologisch und ökonomisch gangbaren Weg der Energieversorgung einzuschlagen. Es ist ja heute nicht mehr so, daß nur entschiedene Kernenergiegegner den Schnellen Brüter, die Krönung des Energieprogramms, entschieden ablehnen, sondern beliebige unabhängige Finanz- und Wirtschaftsexperten. Und wie steht es um die Startbahn West? Wenn sie erstmal noch zusätzlich auf die Flug- und Frachtpreise drücken wird, dann werden sich viel-
drücken wird, dann werden sich viel-
leicht sogar im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie die dortigen Investitionen als gesellschaftlich fehlgeleitet herausstellen. Jedenfalls plant Börner in seinem jetzigen Beschäftigungsprogramm Investitionen schon auf anderen Gebieten: Eisenbahn- und Umweltschutz. Das Problem ist: Wenn es nicht gelingt, einen fruchtbaren Streit zwischen Grünen und Sozialdemokratie über positive Ziele und ihre Durchsetzung in Gang zu bringen, dann wird eine CDU/CSU-Regierung mit viel weniger Schnörkeln eine Politik gegen die gesellschaftlichen Interessen fortsetzen, deren Grundzüge sich bereits unter den sozialdemokratisch geführten Regierungen herausgebildet haben. Wie sollen eigentlich die Mehrheiten in Bewegung kommen, wenn dieser Streit nicht von den Grünen gesucht wird? Darum geht es zunächst. Autonom als Partei werden die Grünen im übrigen genauso verselbständigte Politik machen wie die Sozialdemokratie, bloß vielleicht fundamentaloppositionell. Die Autonomie muß also in beiden Fällen eine Etage tiefer angesetzt werden, nämlich in den kämpfenden Bewegungen selber, damit sie die Parteien und ihre Politik vielleicht etwas gängeln können.

Wie es jetzt aussieht, werden Neuwahlen zum Bundestag Anfang März durchgeführt werden. Das ist für die geplante Regierungskoalition auch das Beste. Sofortige Neuwahlen würden der FDP leicht den Garaus machen können. Die normalen Wahlen 1984 würden eventuell schon andere Mehrheiten bringen, weil die CDU/CSU-FDP-Koalition durch ihre Taten Gesicht bekommem hätte. Von März 1983 an hätten die CDU/CSU und der Wechselbalg FDP dagegen vier Jahre Zeit, und man soll das nicht unterschätzen. März 1983 ist aber auch deshalb geschickt, weil sich bis dahin weder bei der Sozialdemokratie viel geändert haben wird noch wahrscheinlich links von ihr. Es muß einen immerhin erstaunen, daß gerade auch Strauß und die CSU auf einem raschen Wahltermin rumreiten. Für die neue Regierungskoalition gibt es durchaus Gefahren. Die Wende könnte anders ausfallen als gewünscht. Die Hessenwahlen können zu einer solchen Wende einiges beitragen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik muß die SPD wohl oder übel nach links, denn links von ihr ist Bewegung *und* mehrheitsbildende Kraft. Letztere kann man verlieren.



Lieber Krach ums Programm statt über bundesweite AL

Wie bereitet die Linke nach der Hessenwahl die Neuwahlen in der Republik vor?

cof. Die Wahl am nächsten Sonntag in Hessen bleibt Testwahl, doch der Bruch der Bonner Koalition wird nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis bleiben. Wie's aussieht, werden die GRÜNEN eine ganze Reihe von Proteststimmen nicht kriegen – Arbeiter, Gewerkschafter, linke und unzufriedene sehen sich durch das Signal von Helmut Schmidt (was aber wirklich die letzte Chance für einen halbwegs ehrenvollen Abgang war) ermutigt, der SPD auch diesmal ihre Stimme nicht vorzuenthalten. Vor den Verrätern von der FDP will man nicht kuschen, und ein Denkzettel für die regierenden Sozialdemokraten erscheint manchem jetzt unangebracht.

Übersehen oder nicht verstanden oder vergessen wird dabei allerdings, welchen Sinn es je haben sollte, Börner und Schmidt die Quittung für ihre Politik zu verpassen. Sicher ist es immer noch besser, wenn die SPD-Enttäuschten nicht zu Haus bleiben und auch nicht CDU wählen. Aber zu überlegen wäre schon, ob das Kreuzchen nicht doch besser bei den GRÜNEN aufgehoben wäre. Sehen wir uns den Aufschwung, den der Wahlkampf der SPD durch die Bonner Ereignisse erhalten hat, mal an, zum Beispiel in Frankfurt.

Da verteilten (die letzten oder die neuerdings motivierten?) Wahlkämpfer am letzten Samstag ein Flugblatt: „Jetzt erst recht, SPD!" Der Inhalt: Helmut Schmidt muß Kanzler bleiben. Das steht da zwar so nicht, aber die Anlehnung an die alte Willy-Parole ist unverkennbar, wo es aber doch Gründe gibt, daß diesmal trotz des Beifalls, zu dem sich selbst Spontis und Kommunisten vor den Fernseher hingerissen fühlten, die spontanen Demonstrationen aus den Betrieben nicht stattfanden.

Sei's drum – die Ovationen der Frankfurter Sozis, Schmidt und die Sozialdemokraten hätten unser Land besser als alle vergleichbaren Industrienationen durch die Wirtschaftskrise geführt, er stehe dafür, daß diese Krise nicht „allein" (!) den Arbeitnehmern, Rentnern, Mietern und sozial Schwächsten aufgebürdet werden dürfe und er habe doch so zäh und beharrlich für Verhandlungen der Großmächte über Rüstungsabbau in Genf gearbeitet und Genscher wolle das alles aus Parteitaktik gefährden, entbehren nicht einer verkrampften Komik. Sicher trifft das nicht die Motive linker Gewerkschafter, denn wem ist schon an einer Kontinuität dieser SPD als Regierungspartei, „wenn nicht von morgen, dann von übermorgen" (Schmidt) gelegen? Und wenn nun die Verluste der Sozialdemokraten in Hessen geringer ausfallen, als von den Meinungsforscher prognostiziert, und wenn so der CDU in die Suppe gespuckt wird, dann fangen die Probleme ja erst an. Wie nämlich die Polarisierung in der SPD und selbst bei den Freidemokraten vorangetrieben und genutzt werden kann.

So falsch es ist, der SPD nach dem Bruch mit den Liberalen einfach wieder das Vertrauen auszusprechen, so einseitig ist es andersrum, den Schritt der Spitze in Bonn nur als letzten oder neuen Versuch zu verstehen, und damit zu den Akten zu legen, die gesel'schaftlichen Bewegungen, vorderhand die Gewerkschaften, erneut zu integrieren. Die Absicht steckt zweifellos dahinter, aber aufgehen braucht dieses Kalkül deswegen doch nicht. Und daß es nicht aufgeht, hängt von Linken, GRÜNEN, hängt davon ab, wie wir alle damit umgehen, konkret: wie sich die Linke auf Neuwahlen einstellt. Verschiedenes ist da populär: die Kritik an den GRÜNEN, weil sie sich auf Politik einließen und damit Gefahr liefen, die Basis zu verraten durch Stellvertreterpolitik, und umgekehrt wird – aus unterschiedlichem Interesse – gesagt, alles käme jetzt darauf an, für eine sozialistische Perspektive alle Kräfte der Bewegung, von Frauen, Frieden, Ökologie und Gewerkschaften zusammenzuschließen im neuen „Linksblock".

Schön und gut, für dieses Bündnis treten wir schon lange ein. Fragt sich, was man darunter versteht und wie man es politisch umzusetzen gedenkt. Da wir uns bekanntlich nicht in einer revolutionären Situation befinden, wo eine Parole: Alle Macht den Räten! vielleicht eine angemessene Antwort wäre, muß man überlegen, wie sich die Opposition gegen Reaktion und auch gegen den (noch) herrschenden Kurs der Sozialdemokraten Ausdruck und Spielraum verschaffen kann. Die Erfahrungen in Hessen im Streit um ein alternatives Wahlbündnis contra „offene Liste" der GRÜNEN müßten da verarbeitet werden. Für die GRÜNEN, jetzt im Aufwind der Sympathie, ist alles klar: offene grüne Liste bundesweit. Aber vielleicht wollen da andere, Nichtmitglieder der GRÜNEN und trotzdem Unterstützer, auch noch was 'mitreden. Um die Entscheidungen über Programm und Kandidaten nicht, wie es letztlich in Hessen der Fall war, allein den grünen Mitgliedern zu überlassen, wären unseres Erachtens verschiedene Mühen angezeigt.

Einmal geht es um ein Wahlprogramm. Da zeigt die hessische Erfahrung, daß man die Zeit nicht vertut, die ganze Basis fürs Parlament zu einen. Hier wurde viel Zeit verloren, wo gerade auch konkrete Alternativen gefragt waren. Nur wenn die GRÜNEN – sie sind nun mal Ausdruck oder politisch-parlamentarischer Nutznießer der Situation – hier rasch was auf die Beine stellen, wird das auch Einfluß auf die Basis der Sozialdemokratie ausüben. Alle Parolen von der Bildung der sozialistischen Perspektive, Bestandteil der Arbeiterbewegung, die sich jetzt an die Gründung einer neuen linken Partei machen, werden da nicht viel nützen. Denn es kommt ja aktuell gerade nicht auf Für- und Wegmit-Parolen an, sondern auf Konkretes. Und Klassenkampf statt GRÜNEN nützt da wirklich gar nichts. Schließlich ist das Wirtschaftsprogramm der GRÜNEN, wie entfernt von herrschender Realität auch immer, in seinen Grundaussagen, die man unter Selbstverwaltungssozialismus grob zusammenfassen kann, auch das einzige Instrument gewesen, überhaupt gewisse Einbrüche in die Gewerkschaften und in die Sozialdemokratie zu erzeugen.

Gewerkschafter '82 für die Wahl der Grünen!

Wir, die unterzeichnenden Gewerkschafter, treten in Übereinstimmung mit dem DGB-Beschäftigungsprogramm für die Humanisierung der Arbeitswelt bei gleichzeitiger Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

Humanisierung der Arbeitswelt heißt für uns:

- **Arbeit für alle!**
- **35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
- **Ein existenzsichernder Lohn und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!**
- **Abschaffung der Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit, soweit dies technisch möglich ist. Abschaffung der Akkord- und Leiharbeit!**

Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen heißt für uns:

- **Reinhaltung der Luft, des Wassers und der Schutz der Wälder!**
- **Anwendung des Verursacherprinzips bei Verstößen gegen den Umweltschutz!**
- **Sicherung der Arbeitsplätze muß nicht Zerstörung der Umwelt bedeuten!**

Ökonomie und Ökologie sind keine Gegensätze. Wir sind für ein qualitatives Wachstum, das von den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgeht – im Gegensatz zu einem quantitativen Wachstum, das nur vom Profit ausgeht! Diese Punkte sind im DGB-Beschäftigungsprogramm enthalten. Allerdings ist der Punkt Ökologie/Ökonomie im DGB nicht unumstritten!

Unser Ziel ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Am Beispiel AEG wird deutlich, daß dafür eine Änderung der Eigentumsverhältnisse notwendig ist in Richtung **Vergesellschaftung** der Schlüsselindustrien. Das verstehen wir als Alternative zur westlichen Profitwirtschaft und zur „realsozialistischen" Planwirtschaft!

Viele von uns glaubten, diesen Zielen mit der SPD in der Regierung näher zu kommen. Wir stellen fest:

Das Konzept der SPD, unter dem Einfluß von „Sachzwängen" die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Mißstände nur zu verwalten und die Lasten der Krise „gerecht" zu verteilen, ist gescheitert. Diese „Sachzwänge" sind aus reinen Gewinnmotiven durchgeführte Investitionen und eine Politik, die Rationalisierungen unter diesem Gesichtspunkt begünstigt, mit der Folge, daß Arbeitsplätze, kleine Betriebe und die Natur vernichtet werden. Die SPD in der Regierung unterstützt die Kürzungen im Sozialbereich und die Erhöhung der Rüstungsausgaben sowie die Aufrüstung! Und wir stellen fest:

Diese Politik der SPD führt zur Auflösung des historischen Bündnisses zwischen Gewerkschaften und SPD.

Zur CDU stellen wir fest: Sie hat für die Arbeitnehmer nichts zu bieten, außer der unsozialen Wirtschafts- und Sozialpolitik der US-Regierung, die sie zum hessischen Wahlprogramm erhoben hat.

Die F.D.P. hat sich mit ihrer Koalitionsaussage aus purem Machterhaltungsinteresse in die Arme der CDU begeben.

Die hessischen Grünen haben in ihrem Wirtschaftsprogramm viele der oben aufgeführten Forderungen klar formuliert. Deswegen rufen wir dazu auf, bei den Landtagswahlen am 26. September für die Grünen zu stimmen. Wir raten dies auch besonders jenen Kollegen, die aus Verbitterung und Enttäuschung über die Politik der hessischen SPD nicht zur Wahl gehen wollen.

Dann besteht die Möglichkeit, eine absolute Mehrheit der CDU zu verhindern.

Diesen Aufruf unterstützen folgende Gewerkschafter:

Dieter Skambraks, IG Drupa · Wolfgang Roeb, GEW · Friedhelm Godhof, IG Metall · Jutta Schneider, IGM · Heinz Schneider, IGM · Winfried Kramer, IGM · Ingrid Dohlkamp, IGM · Helmut Kochhafen, IG Metall · Cornelia Grosmück, BR IG Metall · H. Jürgen Hopf, BR, ÖTV · Eberhard Herrschel, BR ÖTV · Hartmut Barth, BR-Vors. ÖTV · Günter Ullrich, BR-Vors. IG Metall · Ingrid Engelbart, GEW · Anja Grebe, IG Metall · Michael Konrad, IG Drupa · Elisabeth Vondran, ÖTV · Angelika Brandt, ÖTV · Jytte Petersen, ÖTV · Rolf Novy, HBV · Dirk Müller, IG Drupa · Willi Koschutziok, BR IG Metall · Siggi Koch, ÖTV · Bernhard Stark, IG CPK · Roland Malter, IG Drupa · Monika Martin-Dick, ÖTV · Joachim Ritschel, GHK · Peter Klaas, IG Drupa · Dieter Weber, IG Metall · Heinrich Fecher, GEW · Johannes Bähr, GEW · Bernd Köhler, IG Metall · Horst Stemmler, GEW · Dorothea Kleest, GEW · Bernd Scheurer, IG Metall · Sebastian Flotow, ÖTV · Horst Andes, GEW · Peter Moritz, GEW · Margitta Neeb-Schäfer, GEW · Christa Hengsbach, GEW · Helga Brandt-Albert, GEW · D. Schneider, GEW · Karin Bolay, GEW · Heidi Scholz, GEW · Angelika Rieber, GEW · G. Funk, GEW · D. Fuchs, GEW, F.J. Klar, GEW · R. Krahn, GEW · Brigitte Gottwald, GEW · Birgit Schättler-Kaufmann, GEW · Jochen Koralus-Naumann, GEW · Ingrid Nauman-Koralus, GEW · Veronika Katuscz, ÖTV · Ursel Raddon, GEW · Ursel Stöckle-Mössner, ÖTV · Matthias Mössner, GEW · Fred Haas, IG Drupa · Bernd Vondran, IG Drupa · Matthias Seipel, ÖTV · Heiner Nitzschke, GEW · Ulrike Weist, GEW · Vera Symann, GEW · Bärbel Reich, GEW · Theo Stöcker, IG Drupa · Peter Mutschler, ÖTV · Norbert Hilgendorf, IG Drupa · Wulf Hilbig, GEW · Barbara El Oueslati, IG Metall · Skarke, BSE · Schläger, BSE · Sydanczk, BSE · Ehrlicher, BSE · Dick Hinz, BSE · Herbert Rother, IGM

Für die Wochen und Monate nach der Hessenwahl und vor der Bundestagswahl folgt daraus jedenfalls: Den Streit um das alternative Wahlbündnis sollt man rasch beenden, ob einem das gefällt oder nicht. Entscheidend ist nach wie vor, daß ein einflußreicher Kräftezusammenschluß entsteht. Dafür müßten die GRÜNEN ihren Parteianspruch und auch ihr Alleinvertretungsrecht etwas zurückschrauben, beispielsweise einen offenen Programmparteitag einberufen, damit einerseits ein konkretes Aktionsprogramm nicht nur für Überlebensfragen, sondern für die jetzt anstehenden, entwickelt werden kann, und andererseits eine offene Liste tatsächlich offen wird. Dabei geht es nicht in erster Linie darum, wer da kandidiert, sondern darum, sich die Bedingungen für *politische* Veränderungen klar zu machen und wegzukommen vom Ziel der Fundamentalopposition im Parlament. Laufen muß die sowieso draußen, sonst käme man ja gar nicht auf den Gedanken, sich auch in Parlamente einzumischen.

Streit um Europäische Friedenskonferenz

Friedenspolitisches Diskussionsforum klärt trotzdem zu wenig

wip. Rund zweihundert Leute waren zum bundesweiten Diskussionsforum über „Perspektiven und Probleme einer blockübergreifenden Friedensbewegung" am letzten Wochenende nach Köln gekommen. Eingeladen hatten u.a. der Westberliner Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa (als Initiator des Forums), der BBU, die ESG, Frauen für den Frieden, die Bundesverbände der Jusos und Judos, Russell-Gruppen und das SB.

Schon während der Vorbereitung des Forums schwelte ein Konflikt insbesondere mit Vertretern der Jusos, die verhindern wollten, daß sich eine Arbeitsgruppe mit den politischen Möglichkeiten für die Entwicklung einer unabhängigen Friedensbewegung in den osteuropäischen Ländern befaßt und davon ihre Teilnahme abhängig machen wollten. Auf den Plenarveranstaltungen des Forums spielte dieser Konflikt eine große Rolle, weil die Plattform der Europäischen Friedenskonferenz, die im Mai 1983 in Westberlin stattfindet, zur Diskussion stand. Nach der Vorstellung der Initiatoren sollte die Konferenz sich am Aufruf der Russell-Friedens-Stiftung orientieren. Als inhaltliche Schwerpunkte der Berliner Konferenz sind vorgesehen:

- Möglichkeiten von europäisch koordinierten Initiativen gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Westeuropa;
- Perspektiven eines atomwaffenfreien Europa im Zusammenhang von Alternativen einer europäischen Sicherheitspolitik;
- Blockkonfrontation und Konzeptionen zu ihrer Überwindung;
- soziale, ökonomische und ökologische Kosten der Rüstung;
- Verschränkung von Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt.

Dieses Konzept stand also im Mittelpunkt der Plenardebatten. Und einigen Vertretern des Juso-Vorstandes nebst DKP/SEW entfernt sich die Thematik viel zu sehr vom „eigentlichen" Thema der Friedensbewegung, nämlich der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen und besteht viel zu sehr die Gefahr, daß nebst den US-Imperialisten auch die Sozialimperialisten in die Schußlinie geraten könnten. Also der alte Streit. Die Initiatoren hätten m.E. besser getan, von vornherein *eindeutig* festzuschreiben, von welchen Prämissen die Konferenz ausgeht und in welche Richtung die Diskussion geführt werden soll. Dann wäre klar gewesen, daß DKP bis Stamokap-Jusos dort kein Forum haben.

In Arbeitsgruppen wurden sehr verschiedene Themen diskutiert. Die größte Resonanz hatte die Arbeitsgruppe, die sich mit der Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen befaßte. Hier wurde auch diskutiert, wie die Bevölkerungsmehrheit gewonnen und was aus dem Scheitern der alten Friedensbewegung gelernt werden kann. Allerdings wurden diese Themen immer noch hauptsächlich als Problem der *Aktionsformen* diskutiert – also, ob es richtig ist, Städte, Straßen und Plätze zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, welche Erfahrungen in diesem Zusammenhang gemacht wurden. Das will natürlich auch besprochen sein. Dennoch läßt sich über solche Kampagnen das Bewußtsein der Bevölkerungsmehrheit kaum ändern, solange sie nach wie vor die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik und die Grundlagen der NATO für richtig hält. Am Beispiel der englischen Anti-Atombomben-Bewegung wurde diskutiert, was passieren kann, wenn sich die Friedensbewegung in solchen Kampagnen erschöpft: in wenigen Jahren erklärten sich nahezu alle größeren Städte zur atomwaffenfreien Zone. Diese erfolgreiche Anti-Nuklear-Kampagne blieb hilflos und ohnmächtig, als die britische Bourgeoisie im Krieg um die Falkland-Inseln die Volksmassen auf patriotischen Kurs brachte.

Auf diesem Hintergrund wurden auch die strategischen Ziele der Friedensbewegung diskutiert. Es gibt handfeste Bemühungen, die Friedensbewegung vollends in eine bloße Abrüstungsbewegung umzumodeln. So kam denn auch ein Referent von Friedens-Egon (Bahr) zu der seltsamen Erklärung, es sei das Bedürfnis nach Sicherheit, das alle Abrüstungsschritte habe scheitern lassen. Dieses „Sicherheitsdenken" gelte es zu überwinden, und zwar innerhalb der Militärbündnisse, damit auch die USA und die Sowjetunion angesteckt werden könnten – und ohne sie ginge halt nichts. Die weltweiten Interessen der Imperialisten und Sozialimperialisten werden ignoriert. Statt dessen wird, wie im Palme-Bericht, phrasiert, der Krieg könne nicht länger Mittel der Politik sein, während die Supermächte täglich das Gegenteil beweisen: daß Krieg und Intervention, Erpressung und Okkupation nach wie vor bewährte Mittel der Politik sind. Hier stellen sich auch die politischen Aufgaben der Friedensbewegung: eine außenpolitische Umorientierung zu erzwingen, den Austritt aus der NATO, eine Politik der Blockfreiheit und der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt und Forderungen nach Abrüstung und Atomwaffenfreiheit, wie auch Alternativen der Verteidigungspolitik in diesem politischen Zusammenhang zu thematisieren.

Um in dieser Richtung voranzukommen, kann die Europäische Konferenz in Westberlin im Mai 1983 genutzt werden, wenn sich ausreichend örtliche Initiativen theoretisch auf diese Fragen vorbereiten.

Heimat, teure Heimat

Zum Programm der GRÜNEN in Bayern

stw.München. Wie das Bundesprogramm auch geht die Wahlplattform der GRÜNEN zu den Landtagswahlen in Bayern, die am 10. Oktober stattfinden, vom Vorrang der „Gattungsfrage“ vor der „Klassenfrage“ aus. Damit ist gemeint, daß angesichts von weltweiter Naturzerstörung und möglichem Atomkrieg das Überleben der Gattung Mensch insgesamt auf dem Spiel steht und nicht mehr der Klassenkampf, der Sieg einer Klasse über eine andere.

Diese Überlegung führt die GRÜNEN zu zwei, meiner Ansicht nach positiven, Konsequenzen: Erstens werden die Gesellschaftssysteme in Ost und West gleichermaßen kritisiert, weil sie in der Produktion nicht von den Erfordernissen zur Erhaltung der Natur und den Bedürfnissen der Menschen nach bestimmten Gebrauchswerten ausgehen, sondern vom Zwang zum Wachstum und zur ständigen Weiterentwicklung der Technologie beherrscht werden. Der „real existierende Sozialismus“ wird also nicht als Alternative zu den hier bestehenden kapitalistischen Verhältnissen gesehen. Und zweitens lehnen die GRÜNEN die Großprojekte in Bayern wie den Ausbau und Neubau von Atomkraftwerken (z.B. Ohu II, Grundremmingen), Atommülldeponien (Mitterteich, Schwandorf), den Rhein-Main-Donau-Kanal oder den Flughafen München II konsequent ab und unterstützen alle entsprechenden Bewegungen.

In der Präambel der Wahlplattform, auf die ich mich im folgenden beziehe, ist das prinzipiell so formuliert:

„Ausgehend von den Erfordernissen eines ökologischen Gleichgewichts wenden wir uns gegen ein Wirtschaftswachstum, das sich nur an Profiten orientiert und dafür rücksichtslos Raubbau an der Natur und eine fortschreitende Zerstörung der Umwelt in Kauf nimmt. Gegen die völlige Verwü-



stung und Verseuchung unserer Lebensgrundlagen, die aus der Wettbewerbswirtschaft und der Konzentration wirtschaftlicher Macht hervorgeht, müssen wir uns wehren.“

Im weiteren zeigt sich jedoch, daß die Unterordnung aller Widersprüche und Gegensätze dieser Gesellschaft unter das Begriffspaar Wirtschaftswachstum/Naturerhaltung, insbesondere die Leugnung der „Klassenfrage“ zu bedenklichen und, wie ich finde, falschen Konsequenzen führt.

Im Abschnitt „Wirtschaft und Arbeitswelt“ werden unter den Überschriften „Unsere Heimat ist bedroht“ und „Ursachen der zerstörerischen Wirtschaftsweise“ die Gründe für die gegenwärtige Wirtschaftskrise analysiert. Die Wirtschaftsweise orientiere „sich nicht in erster Linie an den wahren Bedürfnissen der Menschen, noch an den Erfordernissen eines ökologi-

Fortsetzung S. 6 unten

Hinweise zu den Arbeitsgruppen:

AG Fragen der Friedensbewegung

Die Arbeitsgruppe hat sich am vergangenen Wochenende getroffen, ca. 25 Genossen/innen waren anwesend. Der Schwerpunkt des Treffens lag bei der Außenpolitik der Sowjetunion, dort vor allem die Jahre 1930 bis 1950. In einer ausführlichen Debatte wurde der Zusammenhang zwischen der inneren Entwicklung in der Sowjetunion, vor allem nach dem Verlassen der Neuen Ökonomischen Politik (NEP), und der Außenpolitik der Sowjetunion unter der Herausbildung des Staatsmonopols geklärt. Hitler-Stalin-Pakt und die darin festgelegten „Arrondierungen“ sowie die Unterwerfung der heutigen Staaten des Warschauer Paktes waren wichtige Stationen der Außenpolitik. Wobei letzteres nicht alleine oder sogar nicht vorwiegend unter militärstrategischen Gesichtspunkten betrachtet werden darf, sondern als entscheidend die Herausbildung zweier miteinander konkurrierender Wirtschaftssysteme gesehen wurden.

Die der Diskussion zugrundeliegenden Referate sollen überarbeitet werden und, wenn möglich, im Novemberheft von Kommunismus und Klassenkampf erscheinen. Ein ebenfalls diskutiertes Referat zur Politik der SU gegenüber den Ländern der Dritten Welt erscheint in Kommunismus und Klassenkampf 9/82. Zur Militärpolitik der Sowjetunion soll eine entsprechende Ausarbeitung fertiggestellt werden.

In der Diskussion über die weitere Arbeit der Arbeitsgruppe wurde Einigkeit dahingehend erzielt, daß der Konzentrationspunkt die Debatte der bestehenden und alternativer Sicherheitskonzepte für die BRD bzw. für Europa sein soll. Ziel sollte sein, eigene sicherheitspolitische Vorstellungen entwickeln zu können und darüber sowie über die Kritik der bestehenden, ein Seminar durchzuführen. Insofern sollte die Diskussion in Zukunft konzentriert werden. Für den nächsten Termin werden, quasi als Vorstellung der Rahmenbedingungen, Referate zur USA, ihren Sicherheitssystemen und deren Entwicklung sowie zur Außenpolitik der USA gegenüber Europa vorbereitet. Schwerpunkt der Diskussion sollte allerdings das Buch von Helmut Schmidt: Verteidigung oder Vergeltung, Seewald-Verlag, das er 1960 geschrieben hat, sein, um daran die Kritik der damals vorherrschenden Sicherheitskonzeption und diese selbst sowie die Anfänge der Konzeption der Entspannung zu diskutieren.

Termin: 23./24. Oktober

Das Fernsehen wahrt seine „Ausgewogenheit“

kvz. Noch immer darf H.-D. Genscher den bundesdeutschen Fernsehzuschauern allabendlich in einer Länge und Breite besabbeln, die in umgekehrtem Verhältnis zur Bedeutung seiner Partei stehen. Währenddessen achten die Fernsehgewaltigen sorgsam darauf, daß die GRÜNEN – wie natürlich jede Volksbewegung auch – nicht öfter als unumgänglich Erwähnung finden. Ausgeschlossen sind sie schon von der „Bonner Runde“ am Abend der hessischen Landtagswahl, nun soll auch noch die Sendung „Vier Tage vor der Wahl“ im 3. hessischen Fernsehprogramm von GRÜNEN rein gehalten werden. Jutta Ditfurth, Abgeordnete im Frankfurter Römer, haben die GRÜNEN als ihre Vertreterin in der Fernsehdiskussion benannt. Der Hessische Rundfunk allerdings hat befunden, daß er Jutta Ditfurth nicht als Vertreterin der GRÜNEN-Hessen akzeptieren will, da sie nicht auf der Landesliste stehe. „Journalistische Gründe“ schiebt der Chefredakteur des HR für den Ausschluß vor. Die GRÜNEN haben dazu erklärt: „Die GRÜNEN-Hessen sind weiterhin der Meinung, daß die Auswahl des GRÜNEN Vertreters in einer Diskussion für eine Sendung, in der es um die Selbstdarstellung der Parteien vor einer Wahl geht, ausschließlich Sache der GRÜNEN-Hessen ist.“

noch die Sendung „Vier Tage vor der Wahl“ im 3. hessischen Fernsehprogramm von GRÜNEN rein gehalten
lung der Parteien vor einer Wahl geht, ausschließlich Sache der GRÜNEN-Hessen ist.“

Zwei ehemalige CSUler
lösen durch Eindämmung der Monopole, ein Widerspruch, den die Faschisten als Gegensatz von „schaffendem

Zwei ehemalige CSUler als Kronzeugen der GRÜNEN gegen die Schwarzen

Im Zug des bayerischen Landtagswahlkampfes machten die GRÜNEN in München eine Veranstaltung mit Albrecht Mechtersheimer und August Haußleiter. Mechtersheimer ist als CSU-ausgeschlossener Friedensforscher bekannt. Nicht bei den GRÜNEN Mitglied, trat er in Sachen Friedenspolitik gewissermaßen als „Mentor“ bei ihnen auf, wie auch bei anderen Veranstaltungen. Haußleiter ist im Landesvorstand der GRÜNEN in Bayern und Bundes-Gründungsvorsitzender gewesen. Er war auch Gründungsmitglied der CSU im bayerischen Landtag, Mitwirkender an der bayerischen Verfassung, trat später aus der CSU aus und der AUD bei.

Die Veranstaltung, zentral für München angekündigt, war mit ca. 800 Teilnehmern ganz gut besucht – allerdings brindt die MG zum Vergleich, für eine beliebige Diskussionsveranstaltung meist mehr auf die Beine. In der Debatte wirkte sich das provokativ-abseitige Auftreten einer Reihe von MGlern nahezu tödlich aus, weshalb ich mich auf die Referate der Sprecher beschränke.

A. Haußleiter gilt bei den „linken GRÜNEN“ in Bayern als Rechter. Schon von seiner CSU-Vergangenheit her. Was würde der 77jährige bringen?

Er begann mit einer Laudatio auf die bayerische Verfassung und zitierte eine Reihe von Paragraphen, die bei der als spezifisch reaktionär geltenden bayerischen Verfassung erstaunlich progressiv anmuten: z.B. Verbot des Mißbrauchs von Eigentum (verknüpfte Haußleiter mit einer Unterstützung der Hausbesetzer), Verbot von Kartellen und Konzernen (wonach Siemens verboten sein müßte), Recht auf Arbeit usw.

Er sagte so zutreffende Sachen wie „das große Kapital hat durch seine Überexpansion die Krise heraufbeschworen“. Er sagte in Kritik der Operation '82 und '83, die GRÜNEN wären dafür, „an den Kapitalisten zu sparen“ und machte praktische Vorschläge: gegen Subventionen in der Art der Flick-Milliarden, gegen Abschreibungspraktiken, gegen Rhein-Main-Donau-Kanal und Flughafen München II, und im Sinne einer wohlfeilen Regierung für Diätenkürzung und gegen Ministerialzulage. Er sprach sich für eine Ergänzungsabgabe aus – immer etwas zweischneidig: wo fängt man an?

Er erklärte sich für Arbeitszeitverkürzung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die ökologisch und gesellschaftlich nützlich wären (Beseitigung von Betonpisten, Volksbildungswesen). Nichts gegen den technischen Fortschritt, wenn er beitrage, die notwendige Arbeit zu vermindern.

Fazit? Ein „Sofortprogramm“, mit dem zwar nicht die Ursachen der Wirtschaftskrise behoben werden können, das aber eindämmend wirken kann und geeignet ist, dagegen zu wirken, daß die Folgen samt und sonders auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden, während die Besitzenden gemästet werden. Etliches, was die Arbeiterbewegung und die Bewegungen gegen Kernkraftwerke, Rhein-Main-Donau-Kanal, Flughafen München II verbinden könnte.

Probleme? Schon. Die Kritik der *Zins*wirtschaft, der Monopole, der Auswüchse, des großen Kapitals bei gleichzeitigem Verzicht, die Eigentumsfrage überhaupt *aufzuwerfen*, führt in die Irre. Was nützt die Berufung auf die verfassungsmäßige „Sozialbindung“ des Eigentums und also mögliche Verstaatlichungen, solange jede „Schaffung von Arbeitsplätzen“ als soziale Tat gilt – solange die Arbeitskraft verkauft werden muß – solange die Arbeiter, die unmittelbaren Produzenten nicht über die Produktionsmittel verfügen und über die Resultate der Produktion bestimmen? Diese Kritik am Monopol, am Zins, am großen Kapital bleibt in der vulgären Vorstellung des gesunden Menschenverstandes befangen, Arbeit und Kapital wären „Produktionsfaktoren“, heftet also den Produktionsmitteln ihre in unserer Gesellschaft anhaftende Kapitaleigenschaft als Natureigenschaft an, und landet bei dem letztlich hilflosen Versuch, den Widerspruch zwischen „gutem“ (= kleinem) und „bösem“ (= großem) Kapital zu lösen durch Eindämmung der Monopole, ein Widerspruch, den die Faschisten als Gegensatz von „schaffendem und raffendem Kapital“ zur Bauernfängerei benutzten.

Die Vorstellung bleibt an der Idee eines obwaltenden oder herzustellenden „ökonomischen Rechts“ hängen. Es wäre natürlich im Interesse dieser Gesellschaft“, zitiert Engels einen Proudhonisten, „wenn alle diese Umsetzungen von einer *Rechtsidee* durchdrungen wären, d.h. allenthalben nach den strengen Anforderungen der Gerechtigkeit durchgeführt würden. Mit einem Wort, das ökonomische Leben der Gesellschaft muß sich, wie Proudhon sagt, zur Höhe eines *ökonomischen Rechtes* emporschwingen. In Wahrheit findet bekanntlich das gerade Gegenteil statt.“ Da gibts schon Parallelen zu den von Haußleiter entwickelten Vorstellungen. Engels kritisiert seinen Autor so: „Was heißt denn dieser Galimathias? Nichts, als daß die praktischen Wirkungen der ökonomischen Gesetze, die die heutige Gesellschaft regeln, dem Rechtsgefühl des Verfassers ins Gesicht schlagen, und daß er den frommen Wunsch hegt, die Sache möge sich so einrichten lassen, daß dem abgeholfen werde. – Ja, wenn die Kröten Schwänze hätten, wären sie eben keine Kröten mehr! Und ist denn die kapitalistische Produktionsweise nicht von einer Rechtsidee durchdrungen, nämlich von der ihres eigenen Rechts auf Ausbeutung der Arbeiter?“ (Zur Wohnungsfrage, MEW 18, S. 218 ff.)

Dazu paßt vollständig das Klammern an die Verfassung, die Behauptung, die GRÜNEN seien eigentlich die einzige verfassungsmäßige Partei in Bayern.

Nun sind solche Vorstellungen in vielen Köpfen vorhanden, und daß sie auch bei den GRÜNEN sich niederschlagen, ist noch lange kein Grund, die GRÜNEN nicht wegen der praktischen, nützlichen Maßnahmen, die sie im einzelnen vorschlagen (dort, wo sie sie vorschlagen) zu wählen, bzw. wegen der Politik, die sie machen oder machen sollen. Deshalb bleiben diese Vorstellungen trotzdem falsch und ein Beharren drauf bleibt schädlich. Weshalb die GRÜNEN zu wählen, auf keinen Fall heißen kann, sich auf sie zu *verlassen*. *jüw*

Veranstaltungen

Bremen

Sozialliberale Koalition, die Lambsdorff-Thesen und die Möglichkeit eines Bündnisses von SPD, Alternativen, GRÜNEN. Diskussionsveranstaltung des KBW. Universität, Mehrzweckhochaus, Raum 7220.
Samstag, 25.9., 15.00 Uhr

Wirtschaftspolitik in Bremen: a) der neue Bremen-Plan der SPD, b) Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Werftkrise. Diskussionsveranstaltung des KBW. Haus des Sports, Eduard-Grunow-Str. 30, Zi. 45
Freitag, 1.10., 20.00 Uhr

Frankfurt

Zur Geschichte der Philosophie: Kant, Fichte, Hegel. Vortragsreihe der Marx-Engels-Gesellschaft Rhein-Main. Schulungszentrum Mainzer Landstr. 147
Freitag, 8.10., 20.00 Uhr (Kant)

Stuttgart

Veranstaltung des Kampuchea-Komitees mit Heinz Kotte. Reisebericht und aktuelle Inform. Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
Donnerstag, 30.9., 19.00 Uhr

Westberlin

Staat und revolutionäre Strategie. Diskussionsveranstaltung auf Grundlage des Artikels „Staat und Revolution und die westdeutsche Linke“ in Kommunismus und Klassenkampf 6/1982. Oranienstr. 159
Donnerstag, 30.9., 20.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Wohnungspolitik
Beginn: Samstag, 25. Sept., 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 26. Sept., nachmittags

Imperialismus
Programm siehe KVZ 37
Beginn: Samstag, 9.10., 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 10.10., gegen 13 Uhr

Seminar zur Inflation
16./17. Oktober

Arbeit in den Gewerkschaften und 35-Stunden-Woche
Siehe gesonderte Ankündigung Seite 12

Arbeitskonferenz Imperialismus
20./21. November

Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstr. 147

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/73 02 36 · Telex: 4 130 80 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17 132-2 (BLZ 501 900 00)

Lösungsansätze für die studentische Wohnsituation

In der letzten KVZ haben wir Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur studentischen Wohnsituation vorgestellt. Die Projektgruppe „Studentisches Wohnen" hat ausgehend von der Lage der Studenten auch Lösungsansätze vorgeschlagen. Im folgenden werden diese in Auszügen dokumentiert.

Grundsätze der Wohnungspolitik

Die Wohnraumversorgung muß langfristig aus dem privatwirtschaftlichen Bereich herausgenommen werden. Die Kommunalisierung des Mietwohnraums ist unumgänglich.

Integraler Bestandteil der Wohnungspolitik bleibt darüber hinaus eine grundlegende Reform des Bodenrechts. Ohne Beseitigung der geltenden Bodenordnung lassen sich die Probleme der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik auch zukünftig nicht lösen. Erst eine Kommunalisierung von Grund und Boden wird es ermöglichen, daß knappe städtische Flächen nicht nach dem Profitstreben privater Investoren verwertet werden, sondern entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung. Die Wohnungspolitik muß aber bereits heute eine grundlegende Wende vollziehen. Nicht „mehr Markt" und „mehr Profit" darf das Ziel sein.

Diese Neuorientierung muß dabei unter Einführung neuer, weitgehender Mitbestimmungsrechte der Mieter erfolgen. Den Mietern müssen mehr und bessere Nutzungsmöglichkeiten an der Wohnung und am gesamten Wohnbereich zukommen. Sie müssen die Gestaltung von Wohnung und Wohnbereich, welche im erheblichen Umfang ihren Lebensbereich ausmachen, schon bei Planung und Bau als auch danach, entscheidend beeinflussen können. Gleichzeitig müssen andere, kommunikativere Formen des menschlichen Zusammenlebens möglich und herkömmlichen Wohnformen gegenüber gleichberechtigt sein.

Sofortmaßnahmen zu Semesterbeginn

Die Studentenwerke sollen durch Zuschüsse der Kommunen, der Länder oder des Bundes in die Lage versetzt werden, für einen begrenzten Zeitraum (bis zu drei Monaten) Plätze in Pensionen, Heimen oder Jugendherbergen anzumieten. In den studentischen Wohnheimen soll eine festzusetzende Zahl von Räumen vorrangig an Erstsemester vergeben werden.

Vermittlungsstelle
Hochschulen, Studentenschaften, Studentenwerke, kommunale und private Wohnungsvermittlungsstellen sollten sich zu einer zentralen Vermittlungsstelle zusammenschließen. Endlose Wege, Doppelaktivitäten, Mehrfachvermittlungen usw. sollen so vermieden, mehr Transparenz und eine Minderung der Vermittlungskosten auf diesem Wege erreicht werden.

Finanzbeteiligung – Förderungsplan
Der Bund muß sich wieder an der sozialen Aufgabe der Wohnraumfinanzierung beteiligen. Die Schaffung von Studentenwohnraum sollte in die allgemeinen Programme zur Wohnraumbeschaffung einbezogen werden.

So soll die Förderung von Neu- und Ausbauten durch öffentliche Mittelzuweisung in Form von Darlehen und /oder Zuschüssen beibehalten und ausgeweitet werden. Besonders geeignet erscheinen Förderungsprogramme, bei denen nach Ablauf der Bindung für studentische Wohnnutzung Entlastungseffekte auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt erzielt werden können.

Ausbau von Dachräumen
Die baurechtliche Genehmigungspraxis sollte mit dem Ziel überprüft werden, durch großzügige Auslegung der Vorschriften Projekte wie den „Ausbau von Dachräumen" zu beschleunigen, ohne daß damit die Wohnstandardwerte grundsätzlich in Frage gestellt werden dürfen.

Durch den Ausbau von Dachräumen zu Wohnungen könnte zum Beispiel in erheblichem Umfang zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. Ausbauten dieser Art könnten auch in Selbsthilfe vorgenommen werden.

Überlastungsprogramm – studentisches Wohnen
Im Rahmen dieses „Überlastprogramms" sind folgende Maßnahmen denkbar:
– Anmieten von Wohnraum durch die Studentenwerke,
– Übernahme von Ausfallbürgschaften oder Kautionen durch die Studentenwerke in den Fällen, in den Vermieter die Zahlungsfähigkeit der Studenten bezweifelt,
– Anmietungszusagen bei der Errichtung von Neubauten,
– Übernahme der Verwaltung von Wohnraum, der von Studenten genutzt werden könnte (z.B. leerstehende Personalunterkünfte),
– Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden, die für Abbruch oder eine ander Nutzung vorgesehen sind,
– andere Gebäudeflächen der Wohnnutzung zuführen (Rückwandelung zweckentfremdeten Wohnraums, Umwandlung von Büro- und Gewerbeflächen in Wohnraum),
– Sanierung und Wiederherstellung von Wohnraum durch die studentischen Mieter,
– Förderung der An-, Um- und Ausbauten im vorhandenen Bestand,
– Erhaltung bestehenden Wohnraums durch Anwendung der Zweckentfremdungsverordnung und von Erhaltungssatzungen und Vorkaufsrechten nach §39h und 24a BBauG.

Verstärkung des Wohnungsneubaus
„Jeder Neubau einer Wohneinheit schafft zwei Arbeitsplätze für ein Jahr".

Neuorientierung der Förderungspolitik
Die Aufteilung der Fördermittel für den Wohnungsbau (einschließlich der Steuerverzichte) ist zugunsten des Mietwohnungsbaus umzukehren. Durch Abschaffung bzw. Einschränkung der steuerlichen Eigentumsförderung (§7b EStG, §7.5 EStG und §82a EStDV, Grunderwerbssteuerermäßigung, Grundsteuerermäßigung) kann die Förderung des sozialen Wohnungsbaus Jahr für Jahr um Milliardenbeträge erhöht werden. Der soziale Wohnungsbau, der heute schon zu rund ⅔ aus Eigentumsobjekten besteht, ist wieder vorrangig auf den Mietwohnungsbau zu orientieren.

Änderung der Trägerschaft
Der öffentlich geförderte Wohnungsbau sollte sich ausschließlich auf kommunale genossenschaftliche und andere gemeinnützige Wohnungsunternehmen stützen. Dabei ist eine Überprüfung des Wohnplanträgers im gemeinnützigen Bereich auf ihre Praktiken hin vorzunehmen.

Bei privaten Trägern ist die Gefahr zu groß, daß sie sich aus den öffentlichen Bindungen herausstehlen. Zu fördern sind insbesondere auch neue Formen genossenschaftlichen Bauens.

Ausschöpfung des bestehenden Baurechts
Die Kommunen müssen endlich den ihnen zustehenden rechtlichen Rahmen ausschöpfen, insbesondere das Bau-, Sanierungs- und Modernisierungsgebot (Bundesbaugesetz §39b und e). Insbesondere gilt dies für solche Grundstücke, für die ein rechtsverbindlicher Bebauungsplan vorliegt und Wohnbebauung geplant ist, die aber nicht vom Eigentümer bebaut werden. Dies gilt aber auch für Baulücken im städtebaulichen Innenbereich, für die kein Bebauungsplan besteht.

Für diese Grundstücke ist eine kommunale Steuer einzuführen. Für ein Nichtbefolgen von Bau- und Neubaugeboten ist die Enteignung zu ermöglichen.

Vermeidung von Wohnungsabrissen
Durch Wohnungsabrisse wird preisgünstiger Wohnraum ersatzlos vernichtet. Bei der gegenwärtigen Wohnungsmarktlage ist dies nicht vertretbar. Von daher sind zeitlich befristetete Instandsetzungsmaßnahmen, die die Nutzdauer eines Gebäudes mit begrenztem Aufwand noch einmal um 10–15 Jahre verlängern, durchaus wirtschaftlich und unbedingt vorzuziehen.

Meldestelle für leerstehende Wohnungen
Es muß eine Meldestelle für leerstehende Wohnungen eingerichtet werden, die für ihre Arbeit effektiv ausgestattet ist. Den Kommunen muß es ermöglicht werden, Wohnungssuchende in die leerstehenden Wohnungen zu vermitteln.

Kommunale Wohnungsvermittlung
Die Wohnungsvermittlung selbst sollte zukünftig über die Kommunen erfolgen. Eine moderne technische Ausstattung der kommunalen Wohnungsvermittlungsstellen sowie die kostenlose Bereitstellung dieser Dienstleistung kann ihren Nutzen für die Wohnungssuchenden wesentlich erhöhen. Zugleich werden dadurch Voraussetzungen geschaffen, um die Aktivitäten des Maklergewerbes in der Wohnungsvermittlung einzuschränken. Langfristig ist das Maklerwesen abzuschaffen.

Der vollständige Abschlußbereich erscheint Ende des Jahres unter dem Titel: „Studentisches Wohnen". Eine empirische Untersuchung über die Wohnsituation der Studenten in der BRD. Beltz Verlag, Weinheim

Fortsetzung
GRÜNE Bayern

schen Gleichgewichts. Sie zielt vielmehr ab auf größtmögliche Gewinne und vermarktet zu diesem Zweck die einzelnen Lebensbereiche, soweit es nur geht. Das Privateigentum an Produktionsmitteln in Verbindung mit dem Zinsprinzip (d.h. daß aus geliehenem Geld mehr Geld werden muß) erfordert vermehrte Güter und Dienstleistungen und damit ein Mehr an Rohstoff- und Energieverbrauch."

Das Privateigentum an Produktionsmitteln bleibt also unangetastet, nur das Zinsprinzip, das ist das Übel! Gegen dieses Zinsprinzip richtet sich dann auch die folgende Forderung: „Die Banken müssen durch eine gesetzliche Reform veranlaßt werden, alle Steuern aus Zinsgewinnen sofort an den Staat abzuführen."

Was da im Hintergrund mitschwingt, ist die Vorstellung von „überhöhten" Gewinnen, die nicht durch eigene, ehrliche Arbeit erworben wurden. Es heißt dann weiter: „Kapitalanhäufung und ungesunde Konkurrenz erzeugen einen zunehmenden Trend zur Zentralisierung ..." Also Kapital schon, aber nicht angehäuft, Konkurrenz ja, aber gesunde! Die ganze Kritik an der „zerstörerischen Wirtschaftsweise" geht nicht über bestimmte Erscheinungsformen wie Zinsgewinne der Banken, Konzentration und Zentralisation des Kapitals hinaus. Das Kapital muß sich aber seinem *Wesen* nach vermehren, bei Strafe des eigenen Untergangs, und deshalb kämpft es gegen alle Schranken, die sich ihm entgegenstellen, seien es Maßnahmen zum Umweltschutz, die den Profit mindern, sei es die schonende und sparsame Verwendung von Rohstoffen und Energie, wenn doch der Raubbau erstmal billiger ist, oder seien es Schutzbestimmungen für die menschliche Arbeitskraft, aus deren Ausbeutung der Profit gezogen wird. Das eingesetzte Kapital muß maximal verwertet werden und die Konkurrenz vernichtet, das ist die Ursache der zerstörerischen Produktionsweise und nicht Zinsen oder ungesunde Konkurrenz.

Was setzten die GRÜNEN dem nun an eigenen Vorstellungen entgegen? „Wirtschaftliche Machtzusammenballungen sind zu bekämpfen und zu verhindern (Art. 156 der Bayerischen Verfassung). Wir streben eine dezentrale Wirtschaft an durch Förderung von alternativen Projekten auf Genossenschafts- und Kooperativebene und Klein- und Mittelbetrieben, sofern in diesen eine demokratische Mitbestimmung gewährleistet ist." Wieso diese Betriebe nicht den Zwängen des Marktes ausgesetzt sein sollen, nicht auf Profit und Höchstprofit ausgerichtet sind, warum sie nach den Bedürfnissen der Menschen produzieren, also Gebrauchswerte, wird nicht erklärt.

Weil vom Weiterbestehen aller marktwirtschaftlichen Gesetze ausgegangen wird, nur kleiner müßten die Betriebe sein, soll zum Schutz dieser Klein- und Alternativbetriebe der Staat eingreifen und Konkurrenzvorteile sichern.

Das Programm fordert deshalb:
– „Verschärfung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (Kartellgesetz)"
– „gezielte Subventionen" und „entsprechende Veränderung der Forschungs- und Entwicklungspolitik" für diese Betriebe (Klein- und Alternativ-)
– „zinsgünstige Betriebsgründungsdarlehen, die an eine ökologische und mitbestimmte Betriebsführung gebunden sind"
– „Vorkaufsrecht der jeweiligen Belegschaft, die durch zinsverbilligte Kredite die Finanzmittel erhält, um Betriebe, die schließen oder fusionieren wollen, erwerben zu können."

Der Gedanke einer anderen Art zu leben und zu produzieren, an eine andere Produktionsweise, „die sich an den wahren Bedürfnissen der Menschen" orientiert, ist hier nicht mehr zu erkennen.

Soweit Änderungen und Eingriffe erfolgen sollen, soll sie der Staat vornehmen oder ermöglichen. Die Produzenten selber, die Arbeiter, Lohnabhängigen kommen nicht vor.

Die Gewerkschaften werden allerdings erwähnt, und zwar folgendermaßen: „Dem Vorrang der Produktivität kann nur eine organisierte Arbeitnehmerschaft wirkungsvoll entgegentreten. Die GRÜNEN sind deshalb der Ansicht, daß ohne eine aktive Mitarbeit der Gewerkschaften eine Wende zu einer ökologischen, humanen Gesellschaft nicht zu verwirklichen ist und suchen daher das Gespräch." Also Gewerkschaften und die GRÜNEN gemeinsam gegen „die Produktivität"; das wird ein Gespräch werden.

Keine Forderung zum Schutz der Arbeitskraft, gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, wie sie etwa im Bundesprogramm der GRÜNEN enthalten sind! Keine Stellungnahme zum Beschäftigungsprogramm des DGB, wo doch eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Anknüpfungspunkten vorhanden sind, die ein Gespräch wirklich sinnvoll und notwendig machen würden. Denn dieses Beschäftigungsprogramm geht doch schon weiter, als einfach nur Produktivität gegen Ökologie zu setzen, und versucht, sinnvollen, gebrauchswertorientierten Einsatz von Technologie und Produktivität mit Maßnahmen des Umweltschutzes zu verbinden.

Daß darauf kein Bezug genommen wird, ist eigentlich nur erklärlich, wenn Gewerkschaften und Kapitalisten in einen Topf gesteckt werden und gleichermaßen als „Wachstumsfetischisten" behandelt werden.

Der Vorrang der „Gattungsfrage" vor der „Klassenfrage" führt hier zum Leugnen der Klassengegensätze überhaupt, entsprechende „Klassenforderungen" werden deshalb auch nicht erhoben.

Dies ist der erste Punkt der Zusammenfassung meiner Kritik. Der zweite ist, daß die Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise lediglich unter dem Gegensatz von Großindustrie, Wachstum, Zentralisierung einerseits und Dezentralisierung, Klein- und Alternativbetriebe, Einsparung von Rohstoffen und Energie andererseits geführt wird. Die Änderung der Produktionsweise selber, wie denn das Bedürfnis der Menschen an Gebrauchswerten und an Erhaltung und Schonung der natürlichen Reichtümer gegen das Interesse des Kapitals durchgesetzt werden soll, wird in keiner Weise entwickelt. Die konkreten Forderungen und Vorschläge, die gemacht werden, möchte ich als klassisch kleinbürgerlich bezeichnen.

Drittens ist Träger und Akteur von Umgestaltungen und Veränderungen fast immer nur der Staat. Er soll bestimmte Steuern streichen und andere erheben, er soll dies und jenes Wünschenswerte subventionieren und dort sparen. Die Betroffenen, die Arbeiter, Bauern, Mieter, Jugendliche usw., bleiben Betroffene und werden nicht zu Handelnden, Bestimmenden, die ihre Interessen wahrnehmen und durchsetzen.

Das Programm bekommt so einen stark parlamentarischen Zug, indem es von der Zahl der GRÜNEN im Parlament und den Gesetzen, die sie durchkriegen, abhängt, ob sich etwas ändert oder nicht. Mit solcher Staatsauffassung und solchem Verständnis vom Verhältnis parlamentarischer und nicht-parlamentarischer Bewegung, wird die mögliche Parlamentsfraktion der GRÜNEN in Bayern sich schneller von den Bewegungen und Initiativen im Land getrennt haben und im parlamentarischen Kleinkrieg verrannt haben, als sie sich das heute vorstellen können.

Alle Zitate aus: DIE GRÜNEN, Landesverband Bayern, Wahlplattform '82 – *zu beziehen von:* DIE GRÜNEN, Landesverband Bayern, Tumblingerstr. 20, 8000 München 2



Soll es in Zukunft nicht mehr geben: Einweihungsfeierlichkeiten einer israelischen Siedlung in der Westbank vor zwei Wochen

Thesen zum Zionismus*

„Jüdische Exklusivität"

In der zionistischen Bewegung, gerade der Nach-Herzel-Ära, entwickelten sich verschiedene politische Strömungen. Sie reichten von den sozialistischen Linkszionisten bis zu den zionistischen Revisionisten, von denen Teile sich am italienischen Faschismus orientierten. Über alle politischen Widersprüche hinweg bestand Gemeinsamkeit in den Grundprinzipien des politischen Zionismus.

Es sind dies die jüdische Exklusivität, der Anspruch auf ein Groß-Israel als Heimstätte aller in der Welt lebenden Juden und nur für diese und weiter in der Vergangenheit das Prinzip des jüdischen Bodens, der jüdischen Arbeit und der jüdischen Wirtschaft.

Die Verwirklichung dieser Prinzipien mußte zum Konflikt mit den arabischen Bewohnern Palästinas führen. Es sind diese Prinzipien, die den Rassismus und den Chauvinismus des Zionismus begründet haben und noch heute zur Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser in Israel führen und Israel zu ständiger Aggression und Anexion treiben.

Der politische Zionismus ist keine Fortsetzung des religiösen begründeten Zion-Gedankens gewesen. Er fand seine Grundlage in der Reaktion auf den
aufkommenden Antisemitismus in We- ne Grundlage in der Reaktion auf den
aufkommenden Antisemitismus in Westeuropa sowie in der Kritik an der Assimilationsbewegung der Juden. Er war vor allem eine Reaktion auf die Progrome in Osteuropa, wo die Juden meistens in dörflichen und vereinzelt städtischen Ghettos lebten, eine eigene, auf die Religion gestützte Kultur hatten, Jiddisch sprachen, kurzum eine Lebensgemeinschaft bildeten. Doch auch unter den Ostjuden gab es keine spontane Hinwendung zum Zionismus und zur Auswanderung nach Palästina. Ruppin, Leiter des zionistischen Einwanderungsamtes, gibt folgende Zahlen an: Zwischen 1880 und 1929 betrug die Einwanderung in die USA 2885000 und nach Palästina 120000. Es lag in der Absicht des Zionismus, die (ostjüdische) Kultur zu zerstören. Während sie heute in den USA noch fortbesteht, ist die in Israel bedeutungslos.

In der ersten Phase des Zionismus müssen zwei wesentliche Strömungen unterschieden werden. Die auf Herzl zurückgehende, des Primats der politisch-territorialen Lösung (eine Garantiemacht für eine jüdische Heimstätte zu finden und dann die Kolonisierung durchzuführen). Und die andere auf die Zionsfreunde zurückgehende Strömung (Chowewe Zion), die die Besiedlung in Angriff nahm ohne vorherige Sicherung durch eine Charta. Das Scheitern Herzls, eine Charta zu erlangen, führte erst unter Weizmann zur Synthese dieser beiden Strömungen. Dies geschah vor allem mit dem Ziel, durch die Schaffung vollendeter Tatsachen die Bedingungen für eine internationale Absicherung zu verbessern. Das Prinzip der Schaffung vollendeter Tatsachen sollte fortan zur Maxime
Tatsachen sollte fortan zur Maxime
zionistischer Politik werden.

Das zionistische Kolonisationsprojekt

Zwei Besonderheiten kennzeichnen das zionistische Kolonisationsprojekt.
1. Der Anspruch auf die Gründung eines Judenstaates wurde erhoben, bevor die Bevölkerung dieses Staates das zukünftige Staatsgebiet besiedelte. Die zionistische Bewegung betrachtete alle in der Welt lebenden Juden als im Exil befindlich. Demzufolge wurde jede Strömung, die auf die Integration und Assimilierung der Juden in ihren Heimatländern zielte, entschieden bekämpft und darüberhinaus noch die Entfremdung gefordert. Die Auswanderung der Juden wurde von der zionistischen Bewegung nur in Richtung Palästina gefördert. Die großen Fluchtbewegungen in Folge der Judenverfolgung durch den deutschen Faschismus nach Westeuropa und den USA betrachtete der Zionismus als große Gefahr für das Palästina-Projekt. Dabei kamen die Einwanderungsbeschränkungen dieser Länder den zionistischen Plänen sehr entgegen.
2. Das anvisierte Staatsterritorium war bereits besiedelt. Die bloße Existenz der Araber in Palästina stellte für den politischen Zionismus ein Hindernis dar, denn es ging ihm ja nicht darum, die Juden in die Bevölkerung zu integrieren, sondern einen jüdischen Staat zu schaffen, „so jüdisch, wie Frankreich französisch und England englisch ist" (Weizmann 1919).

Der Erwerb von Boden und seine Besiedlung waren von Anfang an Maßnahmen der Nationalstaatsbildung. Der ehemalige Direktor des Bodenfonds (KKL) vertrat drei Möglichkeiten des Bodenerwerbs: durch Gewalt, durch Beraubung der Bodenbesitzer, durch erzwungenen Kauf, d.h. Beschlagnahme unter Zuhilfenahme der Staatsgewalt, durch Kauf im Einverständnis mit dem Besitzer. Weil der erste Weg wegen der fehlenden Machtmittel bis 1947 nicht gangbar war, wurden die beiden anderen eingeschlagen. Bis 1947 waren aber erst 6,6% des palästinensischen Bodens käuflich erworben. Es mußte jedoch sichergestellt werden, daß diese Landnahme dem Staatprojekt nicht wieder durch Verkauf verlorengehen würde. Deshalb wurde beschlossen, daß der Boden nie wieder an Araber veräußert werden darf. Er gilt seit seinem Ankauf als Nationaleigentum. Diese Regelung ist auch heute noch gültig. 1960 wurde das Nationaleigentum Boden auf den Titel des Staates Israel übertragen. Die entscheidende Bestimmung lautet: „Das Eigentumsrecht an Israelböden ..., welche dem Staat, der Entwicklungsbehörde oder dem KKL gehören, ist weder durch Verkauf noch auf eine andere Weise übertragbar."

Mitte der 60er Jahre befanden sich schon 92% der Gesamtfläche Israels im nationalen jüdischen Besitz. Diese Maßnahme des Veräußerungsverbotes reichte aber nicht aus. Die von ihrem Boden getrennten Araber hatten anfänglich die Möglichkeit, als billige Lohnarbeiter auf das Land zurückzukehren. Schon 1907 faßte der Zionistenkongreß den Beschluß, daß nach dem Prinzip des „jüdischen Bodens" und der „jüdischen Arbeit" zu verfahren sei. Auf den Böden der KKL wurde die Lohnarbeit prinzipiell untersagt. Das Ziel bestand darin, auf dem Wege der Selbstarbeit die Juden mit dem Boden zu verwurzeln und den Arabern mit der Trennung vom Boden und von der Arbeit die Existenzgrundlage zu entziehen. Mit der Gründung der Histadruth (Gewerkschaftsverband mit staatlicher Funktion vor 1947), die nur jüdische Arbeiter organisierte, wurden den Arabern nur der Zugang zu einfachen ungelernten Arbeiten zugänglich. Arabische Produkte, vor allem aus der Landwirtschaft, wurden boykottiert.

Das Prinzip des jüdischen Bodens und der jüdischen Arbeit wurde auch von den zionistischen Arbeiterparteien mitgetragen und theoretische begründet. Die sich als marxistisch verstehende Poale-Zion trat für die Schaffung eines Territoriums in Palästina durch Kolonisation ein. Einhergehend mit der Schaffung jüdischer Arbeitsplätze sollte sich auch der Klassenkampf entwickeln. Die nationale Befreiung sollte vor der sozialen Befreiung erfolgen. Eine andere Strömung, Hapoel Hazair, vertrat die Richtung, daß das jüdische Volk sich durch die Verbindung mit dem Boden seiner parasitären Strukturen aus dem Exil entledigen würde und durch Arbeit erziehen könne.

Jüdische Majorität

1919 faßte der Vereinigungskongreß der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina folgenden einstimmigen Beschluß: „Wir fordern auf nationaler Ebene eine internationale Garantie für die Errichtung eines freien hebräischen Staates in Palästina, der so lange unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden muß, bis die jüdische Bevölkerung im Lande die Mehrheit geworden ist." Der Zionismus konnte das Prinzip der jüdischen Exklusivität nur erreichen und sichern, indem den Arabern die Existenzgrundlage entzogen wurde und durch Vertreibung. 1947 lebten im Mandatsgebiet Palästina 1,2 Mio. Araber und 590000 Juden. Rund 860000 Araber waren nach dem Krieg 1947 geflohen. Außenminister Moshe Sharret bezeichnete auf einer Kabinettssitzung vom 8.6.1948 den „Auszug" der Araber als das „revolutionärste" Ergebnis der letzten Zeit. „Sie werden nicht zurückkehren, und dies hat unsere Politik zu sein." Hauptsächlich in Folge der hohen Geburtenzahlen lebten in Israel Ende 1979 wieder knapp 620000 Palästinenser. Im Norddistrikt (Galiläa) betrug 1978 der Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung 46,7%.

1950 wurde das „Gesetz zur Rückkehr" beschlossen. Es hat Verfassungsrang und wird zu Recht als das zionistischste Gesetz angesehen. In § 1 heißt es: „Jeder Jude hat das Recht, als Einwanderer in dieses Land zu kommen." Der Geltungsbereich dieses Gesetzes erstreckt sich nur auf Juden, anderen Personen ist im Prinzip die Annahme der israelischen Staatsbürgerschaft verwehrt.

Unter dem andauernden Wahn der Aufrechterhaltung der jüdischen Exklusivität und Majorität ist die Annexionsabsicht der nach 1967 besetzten Gebiete zu sehen, was die ungeleugnete Absicht mit einschließt, die dort lebenden Palästinenser nach Jordanien zu vertreiben. Aber nicht nur in den nach 1967 besetzten Gebieten betreibt Israel gewaltsame Landnahme und Besiedlung. Gerade in Galiäa, wo ein geschlossenes arabisches Siedlungsgebiet besteht, mit einem Bevölkerungsanteil von nahezu 50% ergriff die israelische Regierung „Judaisierungsmaßnahmen", indem arabischer Bodenbesitz enteignet und jüdische Siedlungen errichtet wurden. Der Streik der arabisch-palästinensischen Bevölkerung gegen diese Maßnahmen vom 30.6.1976 und die blutige Niederschlagung durch Israel ist als „Tag des Bodens" in die Geschichte eingegangen. Seither fühlen sich auch die „israelischen Araber" als Palästinenser und als Bestandteil im Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes.

Die Entstehung einer jüdisch-israelischen Nation in Israel ist Produkt der zionistischen Bewegung. Sie widerspricht andererseits dem Grundprinzip des Zionismus, der Israel zum Staat aller in der Welt lebenden Juden deklariert. In dem Maße, wie die jüdischen Bewohner Israels sich als Bürger ihres Staates verstehen und ihren Staat nicht mehr als den „Staat aller Juden" ansehen, läutet die Totenglocke des Zionismus. Die Anerkennung dieser jüdisch-israelischen Nation in Israel durch den palästinensischen Nationalrat würde diesen Prozeß erheblich beschleunigen.

Michael Riese

** Die folgenden Thesen wurden für die Diskussion in einem Westberliner Solidaritätskomitee erstellt.*

Fortsetzung von Seite 1

Lage im Libanon ...

Die libanesische Nationalbewegung, in militärischer Hinsicht geschwächt durch den Abzug der PLO-Kämpfer, wird es schwer haben, ihre gegenwärtige Schwäche zu überwinden. So wahr es ist, daß die PLO ihr einziger ernsthafter Kampfgefährte war, so falsch ist es, den palästinensischen Widerstand als Verkörperung der moslemischen Armee gelten zu lassen und die Unterstützung der Palästinenser in eins zu setzen mit den Bedürfnissen der libanesischen Bevölkerung. Der Voluntarismus, mit dem die palästinensischen Interessen mit „dem arabischen Charakter und der Einheit des Libanon" vermischt wurden, setzte sich in der Realität nicht durch. Obwohl die libanesische Nationalbewegung im „Nationalen Programm der demokratischen Reform" die Beseitigung des Konfessionalismus und die Schaffung eines neuen Wahlrechts als ihre Ziele erklärte, hatte dieser Weg der laizistischen Demokratisierung keine Erfolgsaussichten. Teile der Bewegung gingen bald auf Distanz, um nicht mit islamisch-religiösen Gefühlen in Kollision zu geraten: Laizität und arabischer Nationalismus erwiesen sich als unvereinbare Gegensätze. Während auf der einen Seite die Niederlage der progressiven Kräfte im Bürgerkrieg die Arbeit auf Grundlage des Programms verhinderte, wurde andererseits die Verknüpfung von arabischem Nationalismus und libanesischer Einheit faktisch als untauglich desavouiert: in den permanenten Kämpfen zwischen Mitgliedern der Nationalbewegung. Die Organisationen gruppieren sich überwiegend um je eine Religionsgemeinschaft, was dem Projekt der Laizität schwerlich zum Vorbild gereichen kann.

Schwerwiegendere Konsequenzen zog die Tatsache nach sich, daß nach der Niederlage im Bürgerkrieg die Besiegten unter dem Zwang der Verhältnisse direkt oder indirekt zum Verbündeten der syrischen Besieger wurden. Die Schmach der Niederwerfung und Demütigung wurde unter dem großen Mantel der arabischen Nation versteckt, von den Phalangisten hervorgezerrt, um den mangelnden Patriotismus der Bewegung zu entlarven und um sich selber als die eigentlichen Gewährsleute der libanesischen Souveränität und Nation anzudienen. Die Wahl Gemayels zeigt, daß die Phalangisten besser als die Nationalbewegung in der Lage sind, Bedürfnisse der libanesischen Bevölkerung aufzunehmen. Der Tod Gemayels ändert nichts daran. Es sei denn, die Nationalbewegung würde rasch Konsequenzen aus ihren Fehlern ziehen, um die Isolierung von den Massen und die Mißachtung ihrer Bedürfnisse zu überwinden.

Dokumentation

Erklärung der EG-Außenminister vom 20.9.1982

Über das Massaker in Westbeirut, die Lage im Libanon und die Friedensinitiativen (eigene Übersetzung)

Die Zehn drücken ihren tiefgehenden Schock und ihre Abscheu aus über das Massaker an palästinensischen Zivilisten in Beirut. Sie verurteilen aufs schärfste diesen kriminellen Akt und fordern, daß die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Sie begrüßen die Resolution 521 des UN-Sicherheitsrates und sind bis zur Grenze ihrer Fähigkeiten bereit, geeignete zusätzliche Schritte zu unterstützen, einschließlich der Verstärkung der UN-Beobachtergruppe in Beirut und dem möglichen Einmarsch von UN- oder multinationalen Truppen.

Sie bedauern zutiefst die Verletzung des Habib-Plans und fordern den sofortigen Rückzug der israelischen Truppen aus Westbeirut. Sie sind überzeugt, daß die Interessen des Libanon und der Region den frühestmöglichen Abzug aller fremden Truppen erfordern, ausgenommen derjenigen, die durch die libanesische Regierung ermächtigt sind, deren Autorität über das gesamte nationale Territorium vollständig wiederhergestellt werden sollte.

Die Mitgliederstaaten der Europäischen Gemeinschaft bleiben sehr besorgt über die gesamte Situation im Libanon. Sie verurteilen aufs schärfste die Ermordung des gewählten libanesischen Präsidenten. Sie appellieren an alle Parteien, Mäßigung zu zeigen und weitere Gewalt in diesem Land zu verhindern.

Die Zehn bekräftigen erneut ihre Solidarität mit einem befreundeten Land, dessen Bevölkerung so grausam gelitten hat und dessen zerbrechliche Stabilität gefährlich bedroht ist. Sie sind zuversichtlich, daß das libanesische Volk fähig sein wird, in Übereinstimmung mit seiner Verfassung einen neuen Präsidenten zu wählen und eine nationale Versöhnung zustande zu bringen. Sie erneuern ihr Angebot, beim Wiederaufbau des Landes zu helfen.

Die tragischen Ereignisse im Libanon haben erneut gezeigt, daß der Nahe Osten einen wahren Frieden und dauernde Stabilität nur durch eine umfassende Regelung erreichen wird, die unter Beteiligung aller Parteien beschlossen wird, was heißt, daß die PLO an den Verhandlungen beteiligt werden muß. Eine solche Regelung sollte gegründet sein auf den Prinzipien der Sicherheit aller Staaten der Region, einschließlich Israels Existenzrecht, Gerechtigkeit für alle Völker, einschließlich des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung mit allem was dies in sich schließt, und unter gegenseitiger Anerkennung durch alle Parteien.

Die Zehn beachten, daß die oben angesprochenen Prinzipien eine schrittweise Akzeptierung verlangen.

Sie begrüßen daher die in der Rede Präsident Reagans vom 1. September 1982 enthaltene neue amerikanische Initiative. In der Sicht der Zehn bietet sie eine wichtige Möglichkeit für einen friedlichen Fortschritt in der palästinensischen Frage und einen Schritt zu Aussöhnung der widerstreitenden Bestrebungen der Parteien. Die Zehn appellieren an alle Parteien, die jetzige Gelegenheit zu ergreifen, um eine gegenseitige Wiederannäherung zu initiieren, die zu einer umfassenden Friedens-Regelung führt.

In diesem Zusammenhang unterstreichen sie die Wichtigkeit der am 9. September in Fes durch die arabischen Regierungs- und Staatschefs angenommene Erklärung, die sie als Ausdruck des einmütigen Willens der Teilhabenden, einschließlich der PLO, ansieht, an der Herstellung eines gerechten Friedens im Nahen Osten zu arbeiten, der alle Staaten des Gebietes umfaßt, einschließlich Israel. Sie fordern nun einen gleichen Ausdruck des Friedenswillens von seiten Israels.

Sie glauben, daß die Diskussion des französisch-ägyptischen Resolutions-Entwurfes durch den Sicherheitsrat eine nützliche Rolle bei der Herstellung einer gemeinsamen Basis für eine Lösung der Probleme des Gebietes spielen kann.

Die Zehn glauben weiterhin daran, daß ein grundlegendes Element für Fortschritte zu einer verhandelten umfassenden Friedensregelung in der Region die Schaffung eines Klimas des Vertrauens zwischen den Parteien ist. Folglich halten sie die israelische Entscheidung, in den besetzten Gebieten acht neue Siedlungen aufzubauen, sowohl für ein ernstes Hindernis in den Friedens-Bemühungen, als auch nach internationalem Recht für illegal.

Der 12. Parteitag der KP China

Kann die KP China die Vertrauenskrise lösen?

„Vom Arbeitsstil einer Partei, die sich an der Macht befindet, hängt ihre Zukunft ab.“ Diese Aussage aus dem Bericht Hu Yaobangs kennzeichnet treffend das Hauptproblem dieses 12. Parteitags der KP China. Für die chinesische kommunistische Partei geht es gegenwärtig darum, die Partei aus der Vertrauenskrise – ein Ergebnis zwanzigjähriger ultralinker Politik – herauszuführen. Ein weiterer Akzent lag auf dem Generationswechsel. Infolge der Kulturrevolution herrscht in Führungsgremien eine starke Kluft zwischen alt und jung. Die „Herrschaft der Greise“ muß abgelöst werden. Beide Ziele sollen durch eine Ausrichtungsbewegung innerhalb der Partei erreicht werden, die die Parteibasis aktiv hinter die Reformlinie der Parteiführung bringt. Dieser Reformkurs selbst war bereits auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Jahre 1978 festgelegt worden. Dessen Kernpunkte beinhalten:

– Beseitigung der schweren Disproportionalitäten zwischen den einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren
– Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere der Bauern,
– Beseitigung der Überzentralisierung in der Wirtschaft durch eine Dezentralisierung und Verwaltungsreform im Rahmen der Planwirtschaft
– größere Selbständigkeit der einzelnen Betriebe
– größere Entscheidungs- und Selbstbestimmungsrechte bezüglich Anbau etc. durch die Organisationen des Kollektiveigentums auf dem Lande
– Einführung eines Verantwortungssystems auf dem Lande
– Abbau der Machtkonzentration in wenigen Händen, Bekämpfung des Bürokratismus
– Trennung von Partei und Staatsverwaltung
– Einführung und Ausbau sozialistischer Demokratie und eines sozialistischen Rechtssystems (vor dem Gesetz sind alle gleich und nicht wie bisher: wer die Macht hat, hat das Recht)
– Import von Technologie auf Basis der Selbständigkeit.

Mit diesem Reformkonzept soll die nötige Modernisierung Chinas bis zum Jahr 2000 erreicht werden. Es ist eine Antwort, und m.E. adäqate, auf die schwere ökonomische und politische Krise, in die China durch die Kulturrevolution gestürzt worden war.

Die dieses Reformkonzept tragende Gruppierung um Deng Xiaoping konnte sich damit in der Partei durchsetzen, weil sie die einzige innerhalb der Partei war, die nach der Kulturrevolution bei der Bevölkerung nicht moralisch abgewertet war, sondern ein hohes Ansehen genoß.

Allgemein betrachtet jedoch hatte durch die kulturrevolutionäre Politik die KP China an Ansehen verloren, war der Marxismus bei großen Teilen der Bevölkerung diskreditiert. Grund hierfür war die unter revolutionärer Phrase betriebene Politik der totalen Unterdrückung und Entrechtung des Volkes. Somit war eine offene und schonungslose Kritik an der Kulturrevolution Voraussetzung für die Umsetzung des Reformkonzepts in praktische Maßnahmen.

Im Bericht von Hu Yaobang an den 12. Parteitag wurde das wesentliche Ergebnis hiervon festgehalten: die Überwindung der Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats (auf dem 11. Parteitag 1977 hatte Hua Guofeng noch deren Richtigkeit betont). Weiterhin wurden noch einmal die Ziele der Reformpolitik dargelegt. Durch die Annahme des Berichtes von Hu Yaobang ist die Kritik an der Kulturrevolution und die Reformpolitik nun offiziell vom höchsten Beschlußorgan der KP China anerkannt worden.

Von der aktuellen wirtschaftlichen Lage zeichnete Hu Yaobang ein nüchternes Bild. Nach seiner Einschätzung sieht diese, trotz Einkommenssteigerung vor allem bei den Bauern und Arbeiter und erster Erfolge bei der Wirtschaftsregulierung, insgesamt ziemlich angespannt aus. Als Schwachstellen der Volkswirtschaft benennt er die landwirtschaftliche Produktion, den Energie- und Transportsektor und den Mangel an wissenschaftlichen und technischen Fachkräften. Die Erhöhung des Lebensstandards könne, so Hu Yaobang, wegen der Gefahr einer starken Inflation nicht mehr durch bloßes Erhöhen von Aufkaufpreisen für landwirtschaftiche Produkte bzw. Senken von Abgabequoten sowie durch eine bloße Lohnerhöhung und (oft willkürliches) Ausschütten von Prämien bewirkt werden, Basis für eine weitere Einkommenssteigerung müsse die Steigerung der Produktion sein.

Bei der Lösung dieser und noch zahlreicher anderer Probleme sowie für die Fortsetzung des Reformkurses spielt die KP China selbst als entscheidende gesellschaftliche und politische Kraft eine Schlüsselrolle. Die KP Chinas befindet sich nach wie vor in einer Vertrauenskrise, ihr Ansehen bei großen Teilen der chinesischen Bevölkerung ist denkbar gering. Werfen wir einen Blick auf den Zustand der KP Chinas insgesamt, so wird deutlich, daß die Fortsetzung des gesamten Reformkurses und aller damit zusammenhängenden Probleme wie Generationswechsel nur in einer gründlichen Reform und Ausrichtung der Partei und ihrer Mitglieder selbst liegen kann.

Bereits im Mai dieses Jahres war in zentralen Parteizeitschriften das Ergebnis von Untersuchungen über den politischen Bildungsstand von Funktionären veröffentlicht worden. So ergab z.B. eine Untersuchung von 163955 Kadern auf Provinz-, Bezirks-, Stadt- und Kreisebene in zehn Provinzen und autonomen Gebieten, daß nur 18% über ein relativ systematisches Verständnis der Grundlagen der marxistischen Theorie verfügen, während 56% nur unzureichende Kenntnisse hatten und 26% diesbezüglich über keinerlei Wissen verfügten. Diese Zahlen wurden ausdrücklich als auch für andere Gegenden gültig bezeichnet.

Weiter verfügen die meisten Parteikader, und vor allem auch die in verantwortlichen Stellungen, über kein berufliches Fachwissen. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß auf dem Lande viele Parteifunktionäre die Parteipresse noch nicht einmal ganz lesen können wegen ihres niedrigen kulturellen Niveaus, kann man durchaus den Schluß ziehen, daß von der ideologisch-theoretischen Qualifikation her die Marxisten in der Minderheit sind. Dies wäre aber noch ein normales Problem, vor allem für eine Kommunistische Partei in einem Land der Dritten Welt. Was erschwerend hinzukommt, ist der denkbar schlechte Arbeitsstil innerhalb der Partei. Hu Yaobang zeichnet in seinem Bericht diesbezüglich ein ziemlich düsteres Bild:

„Ernste Erscheinungen sind gegenwärtig in nicht wenigen Organisationen zu sehen: Vernachlässigung der Parteidisziplin, Verwischen zwischen richtig und falsch, falscher Gebrauch von Auszeichnung und Bestrafung und Ausbleiben notwendiger Kritik oder Strafe. Diese Erscheinungen hat es bereits früher gegeben, sie haben aber infolge der durch die ‚Kulturrevolution‘ angerichteten Verwirrung noch bedenklichere Proportionen angenommen, und mancherorts ist noch keine erkennbare Änderung festzustellen. Das Zentralkomitee und die lokalen Parteikomitees sowie die Disziplinkontrollkommissionen der Partei aller Ebenen haben in den letzten Jahren vieles zur Aufrechterhaltung der Parteidisziplin und zur Verbesserung des Arbeitsstils der Partei getan und dabei bedeutende Erfolge erzielt. Jedoch sind sie dabei bei der Arbeit auf erhebliche Hindernisse gestoßen. Es hat schockierende Fälle gegeben ...“, heißt es im Bericht.

Auf dem Lande scheint es infolge der neuen Landwirtschaftspolitik Auflösungstendenzen in der Partei zu geben. „In einem Teil der ländlichen Gebiete sind jetzt manche Parteimitglieder, anstatt sich um die Interessen der Partei und der Massen zu kümmern, allein an der eigenen Produktionsarbeit interessiert. Manche Parteizellen haben sogar die Führung über die Massen aufgegeben ...“

Als Folge der Kulturrevolution ist der Arbeitsstil vieler Funktionäre schlecht. Es sei wahr, „daß es in unserer Partei hinsichtlich Ideologie, Arbeitsstil und Organisation tatsächlich ziemliche Probleme gibt. Der Arbeitsstil der Partei hat sich noch nicht wesentlich verbessert. Die Schwäche und Schlaffheit in der Leitungsarbeit einiger Parteiorganisationen haben ernste Ausmaße. Manchen Grundorganisationen der Partei fehlt es an der notwendigen Kampfkraft, und manche sind sogar völlig gelähmt. Eine kleine Anzahl von Parteimitgliedern und Kadern sind äußerst unverantwortlich oder extrem bürokratisch; oder sie führen ein privilegiertes Leben und mißbrauchen ihre Befugnisse, um nach persönlichen Vorteilen zu streben; oder sie begehen Akte des Anarchismus und Ultraindividualismus und untergraben die Parteidisziplin; oder sie betreiben hartnäckig Fraktionstätigkeiten und schaden damit sehr den Interessen der Partei. Einige wenige Parteimitglieder sind so stark degeneriert, daß sie sich sogar auf Unterschlagung, Korruption und andere Übeltaten einlassen und schwere Wirtschaftskriminalität begehen.

Außerdem besetzt eine verschwindende Handvoll noch vorhandener Anhänger der beiden konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing immer noch gewisse führende Posten und wartet auf eine Chance, Unruhe zu stiften. Das alles hat zu starken Einbußen des Ansehens der Partei geführt ...“ Hu Yaobang weist darauf hin, daß man diese Schattenseiten nicht übertreiben dürfe, aber sie scheinen doch so stark zu sein, daß sie zum zentralen Gegenstand eines Parteitages werden.

Zudem haben sich offensichtlich die organisatorischen Beziehungen zwischen Partei und Arbeiterklasse gelockert. „Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in China hat in den letzten Jahren eine bedeutende Veränderung erfahren, indem ein großer Teil der alten Arbeiter durch neue ersetzt wurde. Viele Parteimitglieder unter den alten Arbeitern sind in den Ruhestand getreten, und eine große Anzahl von Jugendlichen hat sich in die Arbeiterklasse eingereiht, und Gruppe auf Gruppe von Arbeiter-Parteigenossen wurde mit Betriebsverwaltungsaufgaben betraut. Dies hat zu der ernsten Situation geführt, daß die Zahl der Parteimitglieder im Produktionsbereich abgenommen hat und dort, wo die Arbeit härter ist, um so weniger Parteimitglieder zu finden sind. Die direkte Verbindung der Partei mit den Industriearbeitern wurde dadurch geschwächt ...“

Im Klartext bedeutet dies, daß die KP Chinas in den Industriebetrieben ihre soziale Basis hauptsächlich unter dem Verwaltungspersonal hat und nicht mehr unter den Arbeitern in der Produktion. Für viele Parteimitglieder hat offensichtlich die Mitgliedschaft die Möglichkeit mit sich gebracht, aus den Fabrikhallen wegzukommen und sozial aufzusteigen. Dies heißt aber auch, daß die KP China vor allem unter den jungen Arbeitern über keinen großen Einfluß verfügt.

Mit einer Partei, die sich in einem solchen Zustand befindet, deren Kader bei der Bevölkerung schlecht angesehen sind, ist für die von der Parteiführung initiierte Reform bei der chinesischen Bevölkerung keine Begeisterung zu wecken, kann nicht die von Hu Yaobang gewünschte schöpferische Initaitive der Massen für die sozialistische Modernisierung entfaltet werden, die den Reformen erst die nötige Durchschlagkraft von unten her geben würde.

Die Kommunistische Partei Chinas hat seit 1949 ihre führende Rolle im wesentlichen administrativ und ideologisch gesehen, wobei der Schwerpunkt eindeutig auf ersterem lag. Dies soll jetzt nach Hu Yaobang geändert werden. Folge der administrativen Führung der Partei war eine zunehmende Passivität der Bevölkerung und das Fällen von politischen Entscheidungen in einem exklusiven Führungskreis, dem Politbüro. Dadurch, daß infolge der Vorherrschaft der ultralinken Linie die Partei selbst als Unterdrücker gegenüber den Volksmassen auftrat, wurde dies noch verschlimmert. Ergebnis ist der heutige Zustand der Vertrauenskrise. In dieser Situation hat der 12. Parteitag von der Seite der Partei her die richtige Konsequenz gezogen: eine Ausrichtungsbeweung durchzuführen, um den Arbeitsstil der Parteikader zu verbessern, die Parteibasis insgesamt auf die Linie der Reformfraktion zu bringen und die noch immer vorhandenen Gegner des Reformkurses aus der Partei hinauszudrängen.

Auf dem Parteitag wurde die Reform des Führungssystems fortgesetzt mit der Abschaffung des Postens des Parteivorsitzenden, der Stärkung des Generalsekretariats und der Errichtung eines Beratergremiums für alte Kader. Das einzige Problem, das es auf der höchsten Führungsebene noch zu lösen gilt, ist das der Überalterung. Das Problem des Generationswechsels in der KP China stellt sich gegenwärtig deshalb so scharf, weil viele der gegenwärtig 39 Millionen Parteimitglieder während der Vorherrschaft der ultralinken Linie in die Partei gekommen sind und somit keine sichere Gewähr für die Fortsetzung des Reformkurses – nach Meinung der jetzigen Parteiführung, in der sich ja viele Opfer der Kulturrevolution befinden – bieten.

Der einzige Weg, um aus der Vertrauenskrise zu gelangen und den Generationswechsel auf Führungsebene reibungslos zu vollziehen, besteht in der Durchführung einer Ausrichtungs-



Wahlen zum ZK und Ziele der Partei

Auf dem 12. Parteitag der KP Chinas, der Anfang September in Beijing stattfand, wurden die insgesamt über 39 Millionen Mitglieder von 1600 Delegierten vertreten. Diese Delegierten wählten ein neues Zentralkomitee mit insgesamt 343 ständigen und alternierenden Mitgliedern. 211 davon wurden zum ersten Mal in das Zentralkomitee gewählt, das sind über 60%. Von den neuen Mitgliedern sind über 140, das sind zwei Drittel, unter 60 Jahren, der jüngste ist 38. Die Zahl der Kader mit einer Spezialausbildung ist von 9 auf dem 11. Parteitag im Jahre 1977 auf 59 gestiegen, das ist ein Anstieg von 2,7% auf 17%. Im ZK sind 31 Angehörige nationaler Minderheiten (8,9%) und 24 Frauen (6,9%).

In das neu geschaffene Zentrale Beratungskomitee, das für die altverdienten Parteifunktionäre mit über 40jähriger Parteimitgliedschaft vorbehalten ist, wurden 210 Mitglieder gewählt. Vorsitzender ist Deng Xiaoping, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Militärkommission der Partei ist.

Auf der ersten Plenartagung des neuen ZK wurden die 28 Mitglieder des Politbüros gewählt sowie dessen alternierende Mitglieder. Alle ehemaligen Parteivorsitzenden außer Hua Guofeng wurden wieder ins Politbüro gewählt. Hua Guofeng verbleibt allerdings im ZK.

Die erste Plenartagung wählte ebenfalls das Generalsekretariat, das ab jetzt höchste Gremium der KP China. Der Posten des Parteivorsitzenden ist abgeschafft. Generalsekretär ist Hu Yaobang. Die 11 Mitglieder des Generalsekretariats sind alles Angehörige der kommunistischen Reformfraktion um Deng Xioaping.

Die Delegierten des Parteitags bestätigten den Bericht Hu Yaobangs an den Parteitag und nahmen ein neues Parteistatut an. Der Bericht von Hu Yaobang formuliert als wesentliches ökonomisches Ziel für das Jahr 2000 eine Vervierfachung der wirtschaftlichen Leistung von 710 Milliarden Yuan im Jahre 1980 auf rund 2800 Milliarden Yuan im Jahre 2000.

Insgesamt sind drei Hauptziele benannt:

a) bis zum Jahr 2000 die Verwirklichung der sozialistischen Modernisierung
b) die Wiedervereinigung Chinas, wenn möglich noch in diesem Jahrzehnt
c) der Kampf gegen den Hegemonismus beider Supermächte und für die Erhaltung des Weltfriedens als wesentliche internationale Aufgabe.

Neue Parteiverfassung

Absicherung des gegenwärtigen Kurses

thh. Die neue Parteiverfassung, die der XII. Parteitag der KP China jetzt veröffentlicht hat, knüpft an an die Parteiverfassung des VIII. Parteitags von 1956. Die neuen Statuten gleichen weitgehend und manchmal wörtlich der 56er Fassung und stehen in scharfem Gegensatz zu der Fassung des XI. Parteitages (1977).

Sachlich und wissenschaftlich präzise wird versucht, den gegenwärtigen Kurs der Partei zu institutionalisieren und gegen Änderungen verfahrensmäßig abzusichern. An die Stelle von Schlagworten traten inhaltlich präzise Formulierungen.

Allgemeines Programm

Die politischen Formeln der Kulturrevolution wurden ersetzt durch sachliche Darlegung sozialistischer Prinzipien und konkreter Erfahrungen Chinas. So wird auch der Klassenkampf nicht mehr (wie im 77er Statut) zum Hauptwiderspruch in China erklärt. Er existiere zwar fort, könne sich unter gewissen Bedinungen auch verschärfen, Hauptwiderspruch in China sei derzeit jedoch der Widerspruch zwischen den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen und dem rückständigen Niveau gesellschaftlicher Produktion.

Als Hauptaufgabe der Partei wird die Modernisierung der Wirtschaft genannt, zugleich die Schaffung einer hochentwickelten zivilisatorischen und demokratischen sozialistischen Gesellschaft.

Statt der „armen und unteren Mittelbauern“ als Bündnispartner der Partei, schließt diese sich jetzt mit allen Bauern zusammen und (neben Arbeitern und Intellektuellen) auch mit Patrioten, parteilosen Demokraten und Angehörigen anderer Parteien.

Der proletarische Internationalismus bleibt außenpolitisches Prinzip der Partei; sie tritt jedoch zugleich für friedliche Koexistenz in den Beziehungen zwischen China und anderen Ländern ein. Wie schon im neuen Verfassungsentwurf der VR China wurde auch in der Parteiverfassung der gemeinsame Kampf mit dem internationalen Proletariat, den unterdrückten nalen Proletariat, den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen gegen den „modernen Revisionismus“, die „Reaktionäre aller Länder für die Beseitigung des Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Erdball, damit die gesamte Menschheit ihre Befreiung erlangt“ gestrichen. Der dahinterstehende internationale Führungsanspruch wurde aufgegeben, der Zusammenschluß der genannten Kräfte gegen Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus sowie für Weltfrieden und menschlichen Fortschritt trat an dessen Stelle. Die Beziehungen mit den Kommunistischen und Arbeiterparteien (früher nur mit „wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien“) sollen auf dem Marxismus und den Prinzipien Unabhängigkeit, vollständige Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten basieren. Auch dies nur Institutionalisierung eines längst vollzogenen Schritts: Nicht mehr der eigene Standpunkt ist der „wahrhaft marxistisch-leninistische“, die KP eines jeden Landes hat vielmehr ihren eigenen Kurs festzulegen, in den sich die KP Chinas nicht mehr einzumischen gedenkt.

Auch der Begriff der Führung durch die Partei wurde neu gefaßt: Führung bedeutet „hauptsächlich politische, ideologische und organisatorische Führung“. Der absolute Führungsanspruch, der sich u.a. durch Besetzung aller führenden Positionen ausschließlich durch Parteimitglieder ausdrückte, ist damit modifiziert. Die KP wird ferner in ihren Aktivitäten auf Verfassung und Gesetze des Staates festgelegt, und es wird erstmals betont, daß die Partei sich auf die Massen und Parteilosen stützen muß, weil die Parteimitglieder nur eine Minderheit der Bevölkerung ausmachen.

Statut

Anders als im 77er Statut haben die Parteimitglieder jetzt auch wieder Rechte, vor allem das, zu wählen und gewählt zu werden, in der Regel in geheimer Wahl. Bei Wahlen zu einigen Parteigremien soll es künftig mehr Kandidaten geben, als Sitze oder Posten zu verteilen sind.

Jeglicher Personenkult wurde verboten, jede Form privilegierter Mitgliedschaft abgeschafft (manche Mitglieder wurden bisher außerhalb des geregelten Verfahrens aufgenommen, blieben von gewöhnlicher Parteiarbeit verschont und handelten meist als Stützen oder Zuträger hoher Funktionäre).

Die Aufgaben des ZK und der örtlichen Organisationen wurden jetzt genau festgelegt. Ein neues Kapitel über Kader und Anforderungen an leitende Kader, von denen sowohl politische Integrität wie Fachkompetenz erwartet wird, wurde aufgenommen. Leitende Kader werden zugleich verpflichtet, Kader werden zugleich verpflichtet, Parteilose zu respektieren, mit ihnen zusammenzuarbeiten und fähige Parteilose auf leitende Posten zu befördern. Kapitel über Parteidisziplin, Disziplinkontrollkommissionen und die Beziehungen zwischen Partei und Jugendverband wurden ebenfalls in Anlehnung an das 56er Statut wieder aufgenommen.

Ohne Vorbild früherer Statuten sind die jetzt eingeführten Beraterkommissionen auf allen Ebenen, die das Ausscheiden der Veteranen erleichtern sollen, die inzwischen im achten oder neunten Lebensjahrzehnt stehen und großenteils nur widerwillig in den Ruhestand treten.



Vom XI. zum XII. Parteitag – große Veränderungen

thh. Zwischen dem XI. und dem gerade zu Ende gegangenen XII. Parteitag hat sich in China viel verändert. Der XI. Parteitag hatte die Kulturrevolution für beendet erklärt, den Sturz der Viererbande besiegelt und beschlossen, China noch in diesem Jahrhundert in ein modernes Land zu verwandeln. Doch der damals bestätigte Mao-Nachfolger Hua Guofeng stand noch weitgehend unter dem Einfluß der Politik der Kulturrevolution. Dieser Einfluß spiegelte sich u.a. auch in den damals verabschiedeten politischen Grundsätzen und der Zusammensetzung der politischen Führung wieder.

Danach wurden die Beziehungen zum Bund der Kommunisten Jugoslawiens wiederhergestellt und der Standpunkt in der Jugoslawienfrage revidiert. Fehler früherer politischer Kampagnen wurden korrigiert (Rehabilitierung unschuldig Verurteilter oder zu Unrecht als Rechte Abgestempelter). 1978 begann eine landesweite Diskussion über das Thema „Die Praxis ist sion über das Thema „Die Praxis ist das einzige Kriterium für die Wahrheit“. Im Sinne dieses Kriteriums wurden alle politischen und ökonomischen Auffassungen der Partei einer Untersuchung unterworfen. Im November 1978 wurde das Urteil über den sogenannten „konterrevolutionären Tian-An-Men-Zwischenfall“ vom April 1976 revidiert. Es wurde festgestellt, daß sich dieser Vorfall eigentlich gegen die Viererbande gerichtet hatte und somit fortschrittlich war.

Die entscheidende Wendung brachte dann die 3. Plenartagung im Dezember 1978. Politische Fehlentscheidungen der Vergangenheit (Kampagne gegen den Wind von rechts, Tian-An-Men-Zwischenfall), einseitige Auffassungen wie „Alle politischen Entscheidungen, die der Vorsitzende Mao getroffen hat, entschieden durchführen, alle Anweisungen, die er gegeben hat, unerschütterlich befolgen“, die Verabsolutierung des Klassenkampfes und Fehler in der Wirtschaftspolitik (Primat der Schwerindustrie, Überziehung des Investbaus u.a.) wurden korrigiert. Die rasche und vorrangige Entwicklung von Landwirtschaft und Leichtindustrie wurde beschlossen, Beschlüsse über größere Demokratisierung und Schaffung eines sozialistischen Rechtssystems gefaßt und eine flexiblere Landwirtschaftspolitik beschlossen, die zugleich die Lebensbedingungen der 900 Millionen Bauern entscheidend verbessern sollten.

1979 wurde die Wiedervereinigung mit Taiwan auf die Tagesordnung gesetzt, China und die USA nahmen diplomatische Beziehungen auf, die Wirtschaftsregulierung zur Beseitigung der Disproportionen in der Volkswirtschaft und eine Reform im Industrie- und Landwirtschaftsbereich wurde beschlossen; die ersten Gesetze wurden verabschiedet (Strafgesetz, Strafprozeßordnung usw.), die Einrichtung von Wirtschaftssonderzonen und eine elastischere Wirtschaftspolitik in den Provinzen Guangdong und Fujian beschlossen.

1980 wurde Liu Shaoqi rehabilitiert, und die Beziehungen zwischen China und der KP Italiens sowie mit einigen anderen eurokommunistischen Parteien wiederhergestellt. Hua Guofeng, der für die Fortführung der früheren Wirtschaftspolitik (Primat der Schwerindustrie) eingetreten war und nicht zu einer grundlegenden Wende in Wirtschaft und Politik bereit war, wurde von seinen Ämtern als Parteivorsitzender bzw. Ministerpräsident entbunden. Ende des Jahres wurden die Rädelsführer um Lin Biao und die Viererbande vor Gericht gestellt und Anfang 1981 verurteilt.

Die 6. Plenartagung des ZK im Juni 1981 faßte die Erfahrungen, Erfolge und Fehler der Arbeit der Partei und Maos seit Gründung der Volksrepublik zusammen und bewertete so diese drei Jahrzehnte neu. Im Juli 1981 wurden provisorische Vorschriften über die Teilnahme der Belegschaften an der Betriebsverwaltung verabschiedet.

Im April 1982 wurde ein neuer Verfassungsentwurf veröffentlicht und im ganzen Land zur Diskussion gestellt. Im gleichen Monat begann eine Verwaltungsstrukturreform (Reduzierung und Verjüngung des Kaderstammes der Zentralebene, Abbau der Zahl der Ministerien und Kommissionen).

Zwischen dem XI. und XII. Parteitag ist also versucht worden, die Erfahrungen, Lehren und Fehler der Partei seit Gründung der Volksrepublik zusammenzufassen, die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu fassen und die gesamte Partei auf dieser Grundlage zu vereinheitlichen. Durch Wirtschaftsreformen sollten zugleich die Weichen gestellt werden für eine rasche Modernisierung des Landes und die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes. Ein Rechtssystem soll geschaffen und schrittweise Demokratie von oben eingeführt werden.

Der XII. Parteitag sollte dieses Programm der Umstrukturierung von Partei und Staat bestätigen und Beschlüsse fassen, die den Weg für eine konsequente Modernisierung Chinas freilegen. Zugleich sollte er die unveränderte Fortsetzung dieses Kurses auch nach dem Ausscheiden der Veteranen um Deng Xiaping sichern, mit dem linken Radikalismus der Vergangenheit endgültig brechen und die gegenwärtige Politik als Parteiprogramm beschließen. Außerdem sollte er die Parteihierarchie mit dem Ziel umstrukturieren, Machtkonzentrationen in einer Person dauerhaft zu verhindern, und einen Übergang von der überalterten ersten Führungsgeneration auf jüngere und fähigere Kräfte sicherstellen.

Einige kontroverse Probleme wurden bereits vor dem Zusammentreten des Parteitags vom Tisch geschafft und dürften kaum noch Anlaß zur Diskussion gegeben haben (Viererbande, Beurteilung Maos, Kulturrevolution). Schließlich gelang es noch rechtzeitig am 17. August, durch ein amerikanisch-chinesisches Kommuniqué die Differenzen mit den USA zumindest teilweise zu bereinigen und die internen Widerstände gegen die Politik der „offenen Tür“ zu beschwichtigen, indem die darin erstmals ausdrücklich bestätigte Absicht der „friedlichen Wiedervereinigung“ mit Taiwan außenpolitisch zugestanden wurde.

---

bewegung der gesamten Partei. Die Weichen dazu sind auf diesem Parteitag gestellt worden durch die Annahme des Berichts von Hu Yaobang und eines neuen Parteistatuts, die durch endgültige Abwendung vom ultralinken Kurs der Kulturrevolution die ideologische und organisatorische Basis abgeben für die von Hu Yaobang angekündigte Ausrichtungsbewegung. Diese soll in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 beginnen und insgesamt drei Jahre dauern. In einem ersten Schritt soll die gesamte Partei wichtige Dokumente des Reformkurses diskutieren. Zweitens soll anschließend auf dieser Basis dann Kritik und Selbstkritik geleistet werden, wobei auch in einer geeigneten Form Kritik der Massen außerhalb der Partei gehört werden soll. In der dritten, der Schlußphase, wird dann unter Anleitung der Disziplinkontrollkommission eine Neuregistrierung der Parteimitglieder durchgeführt.

Ein Hauptproblem dabei liegt m.E. im gegenwärtigen Kadersystem selbst begründet. Dieses umfaßt heute insgesamt 24 Stufen, wobei die höchsten Stufen mit zahlreichen Privilegien ausgestattet sind. Bürokratisches Verhalten, Privilegiensucht und opportunistisches Anpassen sind wesentlich Ausdruck dieses Kadersystems selbst.

Dem Bürokratismus, ein, wenn nicht sogar das entscheidende Hindernis auf dem Weg zur sozialistischen Modernisierung, ist von oben her der Kampf angesagt. Daß die Parteiführung das ernst meint, haben die Taten in den letzten Jahren bereits gezeigt. Allerdings ist dieser Kampf gegenwärtig im wesentlichen beschränkt auf das Abschaffen der krassesten Auswüchse und auf eine moralische und politische Umerziehung der Funktionäre in Partei und Staat. Um dem Bürokratismus und dem Privilegiensystem jedoch wirksam entgegentreten zu können, ist die Stärkung der Demokratie von unten her, die demokratische Kontrolle der Werktätigen über die Partei- und Staatsfunktionäre erforderlich. Wesentlich an der Ausrichtungsbewegung ist deswegen m.E., daß sie die Möglichkeit, einen wirksamen Schritt in diese Richtung zu unternehmen, bietet, und zwar dann, wenn den Nichtparteimitgliedern während dieser Bewegung das Recht zugestanden wird, offen und freimütig Kritik an der Partei und ihren Funktionären zu üben. Aber: Gebranntes Kind scheut das Feuer.

Schon eimal hat die KP China die Bevölkerung zu einer solchen Kritik aufgerufen, im Jahre 1957. Einige Zeit lang konnte während einer Ausrichtungsbewegung offene Kritik geübt werden. Dann schlug das ZK, insbesondere Mao Zedong zurück: *Alle,* die eine offene Kritik geübt hatten, wurden, ungeachtet des Inhalts der Kritik, als „bürgerliche Rechte“ bezeichnet. Die ersten Ansätze der Demokratie in der damals noch jungen Volksrepublik wurden hierdurch im Keim erstickt, und es war gleichzeitig der Beginn und die politische Voraussetzung dafür, daß die ultralinke Linie sich im großen Sprung durchsetzen und dann vor allem in der Kulturrevolution dem Entwicklungsland China so viel Schaden zufügen konnte.

Trotzdem, die Situation heute ist anders. Die ultralinke kulturrevolutionäre Linie ist von Grund auf offiziell kritisiert, ihre Anhänger sind der Zahl nach nur noch wenige, die kommunistische Reformpolitik ist programmatisch festgelegt und die gesamte Parteiführung ist auf ihr vereinheitlicht. Der 12. Parteitag hat den entscheidenden Schwachpunkt für die Umsetzung der Reformpolitik erkannt und thematisiert: die Parteifunktionäre selbst und ihr Arbeitsstil. Zur Lösung dieses Problems wurden Maßnahmen beschlossen. Eine offene Kritik von der Basis her während der Ausrichtungsbewegung würde eine noch bessere Grundlage für die Verwirklichung der Modernisierung legen und vor allem den *sozialistischen* Charakter stärken.

Die kommunistische Reformfraktion hat sich allerdings selbst einen Stein in den Weg gelegt dadurch, daß sie die Kritik an der führenden Rolle der Partei als „bürgerliche Liberalisierung“ erklärt hat. Das wird viele abhalten, ihre Meinung zu äußern. Mit diesen Widersprüchen und Problemen wird sich die kommunistische Reformpolitik in China noch auf absehbare Zeit beschäftigen müssen.

An der Reformpolitik insgesamt führt gegenwärtig in China kein Weg vorbei. Nur durch sie kann die nötige Modernisierung des Landes und damit der Schaffung einer soliden materiellen und ökonomischen Basis für die politische Unabhängigkeit erreicht werden. Je demokratischer die Form ihrer Durchführung ist, desto leichter wird dies zu erreichen sein. Der Schlüssel in allem liegt aber gegenwärtig in der Partei selbst. Findet diese durch die Ausrichtungsbewegung aus der Vertrauenskrise, ist die sozialistische Modernisierung kein utopisches Ziel. *hlf.*

58000 Anleger im Bauherrnmodell

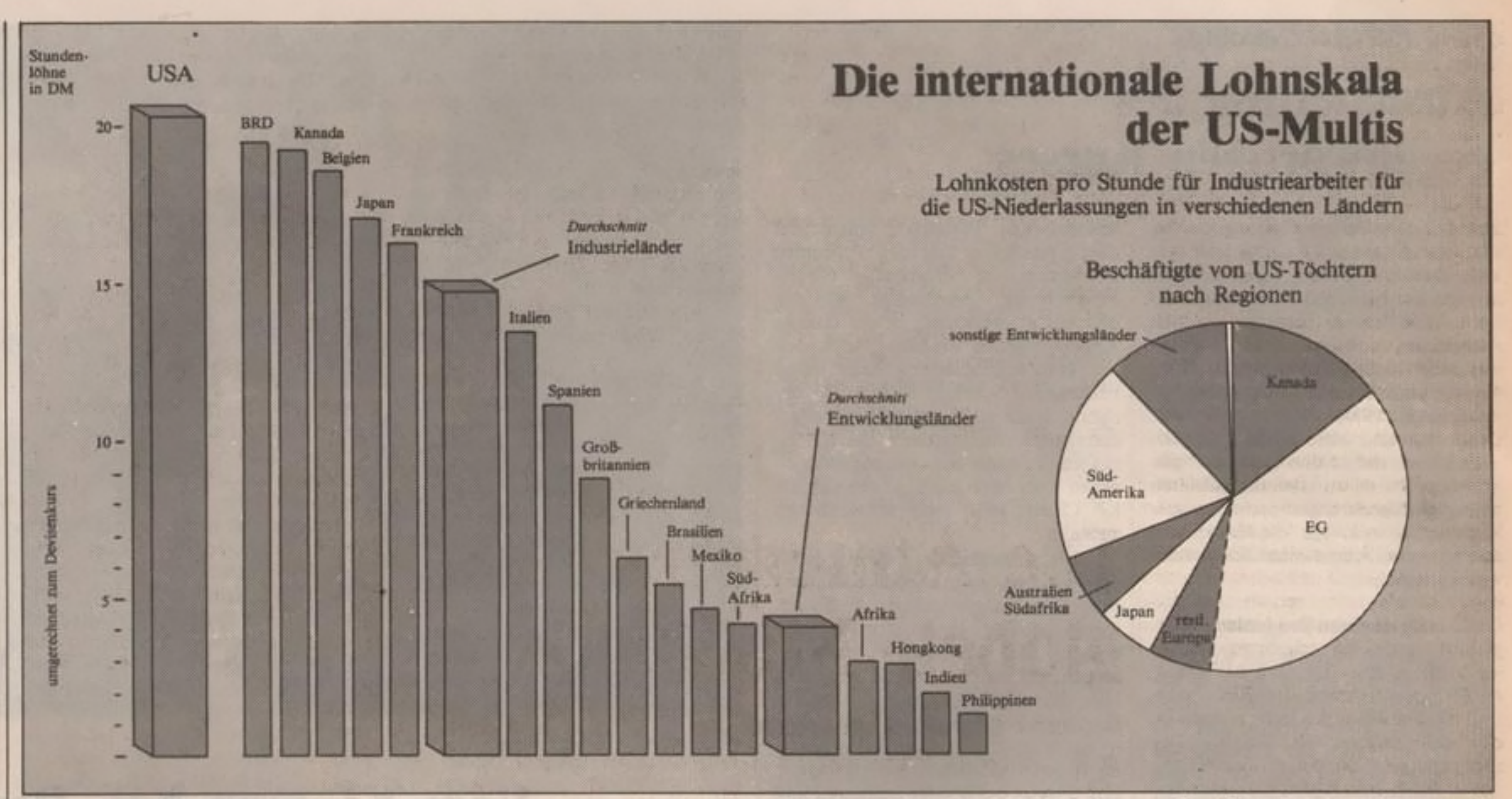
frb. Angaben über das Bauherrenmodell sind der offiziellen Statistik Tabu. Von besonderem Interesse sind daher die Ergebnisse einer Untersuchung, die das Roland-Berger-Institut im Auftrag von Banken, Verbänden und Bauträgergesellschaften durchgeführt hat.

In den letzten 12 Jahren, seit den Anfängen dieses Modells, haben 58000 Geldanleger rund 120000 Wohnungen nach dem Bauherrenmodell gekauft. Ein gutes Drittel der auf Verwertung ihres Kapitals bedachten Bauherren legte sich gleich zwei und mehr Wohnungen zu, über 10% brachte es auf immerhin über 4 Wohnungen. Das durchschnittliche Nettoeinkommen dieser barmherzigen Ritter am Wohnungsmarkt belief sich auf 125000 DM im Jahr.

Alle im Bauherrnmodell erbauten Wohnungen repräsentieren rund 30 Mrd. DM, wobei der Steuerschwindel erst seit 1979 so richtig in Schwung gekommen ist. So wurden 1981 rund 8,5 Mrd. DM investiert, davon aber bloß 1,6 Mrd. DM Eigenkapital der Bauherren aufgewandt. Umgerechnet auf alle 12 Jahre haben sich diese Bauherren mit etwa 6 Mrd. DM Eigenkapital ein Vermögen von 30 Mrd. DM verschafft, denn Zinsen und Tilgung für das Fremdkapital zahlen die Mieter in der Miete.

Doch damit nicht genug, denn in Wirklichkeit kann der richtige Bauherr nahezu sein gesamtes „Eigenkapital" durch Steuerersparnis finanzieren – es muß bloß das Einkommen erst mal groß genug sein. Die 30 Mrd. DM Kapital wurden den Vermögenden zum Nulltarif vermacht!

23% der cleveren Kapitalanleger waren Leiter oder Inhaber von mittleren bis großen Unternehmen, 19% Ärzte, 18% Anwälte, Steuerberater und Architekten, 12% sonstige Selbständige, 18% fallen unter die Kategorie „Angestellte", Beamte sind mit 5% mit von der Partie.



Einen gewissen Überblick über die nationalen Lohnunterschiede, die die amerikanischen Kapitalexporteure ausnutzen, gibt eine offizielle Untersuchung des US-Wirtschaftsministeriums. Die Erhebung bezieht sich auf das Jahr 1977 und wird nun nach und nach veröffentlicht. Zahlreiche Daten über die Tätigkeit der multinationalen US-Unternehmen wurden erfaßt, darunter auch Angaben für die Lohnkosten, die diese Unternehmen in den USA und in den verschiedenen von ihnen heimgesuchten Ländern in Rechnung stellen. Sie geben nur näherungsweise die Unterschiede im Niveau der Lebenshaltung wieder, ebenso sind natürlich unterschiedliche Intensität und Produktivität der Arbeitsstunde nicht erfaßt. Die Angaben sind der Höhe nach mit Vorsicht zu genießen, wie die Daten für die BRD zeigen, die Gegensätze zwischen den Ländergruppen verschiedener Entwicklungsstufe sind aber doch beeindruckend.

Die Woche im Rückblick

Nordrhein-Westfalens Kommunen erwägen eine Verfassungsklage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 1983, dessen Entwurf Landesinnenminister Schnoor vor einer Woche im Landtag eingebracht hat. Nach Berechnungen des Städtetags von NRW würde die unveränderte Verabschiedung des Entwurfs den Gemeinden des Landes gegenüber dem laufenden Jahr Mittelverluste von zusammen über eine Milliarde DM einbringen. Hauptsächlich will die Landesregierung einseitig die Quote im allgemeinen Steuerverbund senken. Der Städtetag stellt fest, daß sich das Land im Gegensatz zu den Zuweisungen an die Gemeinden im eigenen Haushalt immerhin eine positive Steigerungsrate genehmigt. Die Krise würde so auf dem Rücken der Städte und Gemeinden ausgetragen. Ähnlich ist auch die Lage in den anderen Bundesländern.

Altbankier Hermann Josef Abs, ehemaliger Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, soll nach dem Willen des noch amtierenden Bundesverkehrsministers Hauff die Bundesbahn begutachten. Er soll Vorschläge ausarbeiten, die dem neuen Bundesbahnvorstand einen größeren Handlungsspielraum ermöglichen und die Bahn zu einem „modernen Dienstleistungsunternehmen" machen können. Das Gutachten sollte noch Ende Herbst dieses Jahres vorliegen. Abs war es auch, dessen Ratschlag nach dem Eingeständnis von Hauff in einer früheren Nummer der Zeitschrift „Capital" maßgeblich für die Ernennung des neuen Vorstands der Bundesbahn war.

Zu einem Verzweiflungsschritt im Kampf gegen die Spekulation mußte Frankreich vergangene Woche greifen. Um der dritten drohenden Franc-Abwertung zu entgehen, lieh sich die französische Regierung 4 Mrd. $ an den internationalen Kreditmärkten. Mit dem Geld soll der Franc gestützt werden. Der Kredit ist der größte am Euromarkt seit der mexikanischen Finanzkrise und der erste französische, seit Mitterrands Vorgänger Giscard d'Estaing sich 1974 1,5 Mrd. $ entlieh.

Westeuropas Rüstungskonzerne hoffen wieder auf etwas bessere Absatzchancen ihrer Produkte in den USA, nachdem der US-Kongreß kürzlich die Beschränkungen zum Waffenkauf im Ausland etwas gelockert hat. Größere Geschäfte in Großbritannien und Belgien schienen flöten zu gehen. Bis 1977 verkauften amerikanische Waffenhändler das 10fache dessen an die westeuropäischen Nato-Armeen, als umgekehrt über den Atlantik geliefert wurde. Nur Großbritanniens Stellung hat sich demgegenüber etwas verbessert.

Bremen-Plan 1983 bis 1987 der SPD

Kein Konzept gegen Krise und reaktionäre Wende

„Zur Vorbereitung der Diskussion über ein sozialdemokratisches Wahlprogramm für die Jahre 1983 – 87" hat die Führungsspitze der SPD in Bremen den ‚Bremen-Plan 83 – 87 (Entwurf)' an die Mitgliedschaft verschickt. Nach Diskussion in der Parteibasis soll der Plan Anfang April 83 vom Landesparteitag verabschiedet werden.

Dieser Bremen-Plan hat Vorläufer: der 1. Bremen-Plan (für die Zeit 1975 – 79) enthielt zwar schon vorsichtige Hinweise auf die beginnende wirtschaftliche Krise, war aber insgesamt ein Dokument sozialdemokratischer Reformpolitik, d.h. einer Politik des Ausbaus der Bereiche der gesellschaftlichen Reproduktion (Schulen, Soziales, Gesundheitswesen u.a.), auch über staatliche Kredite. Der 2. Bremen-Plan (für 1980 – 83) konstatierte zwar bewußter die wirtschaftlichen Probleme (schon damals hatte Bremen eine gegenüber dem Bundesgebiet deutlich höhere Arbeitslosigkeit), war aber gekennzeichnet von der Hoffnung auf baldige wirtschaftliche Stabilisierung. Die schon begonnene expansive Finanzpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte fortgesetzt werden: „Erst bei gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht und damit bei Vollbeschäftigung kann die wünschenswerte Konsolidierung der Haushalte wieder angepackt werden." (2. Bremen-Plan, S. 6) In Abweichung von dieser Absichtserklärung hat jedoch die SPD auch in Bremen in den letzten beiden Jahren eine massive Sparpolitik mit dem Ziel der Umstrukturierung des Staatshaushaltes zugunsten der Ausgaben für das Kapital durchgeführt.

Der 3. Bremen-Plan wird in einer auch für die SPD nicht mehr zu übersehenden Situation der wirtschaftlichen Krise vorgelegt, die Bremen im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich trifft: im Juli 82 lag die Arbeitslosenquote im Land Bremen bei 10,2% gegenüber 7% im Bundesgebiet. Das sind 29048 Arbeitslose, und es ist mit steigenden Zahlen zu rechnen. Allein die beabsichtigte Fusion von AG Weser und Vulkan, wie immer sie durchgeführt wird, wird die Entlassung von drei- bis viertausend Werftarbeitern bedeuten. Und bei Klöckner ist für drei Monate Kurzarbeit geplant, mit anschließenden Entlassungen muß gerechnet werden. Zu dieser prekären Wirtschaftslage kommt eine ebenfalls besonders schlechte Lage der Staatsfinanzen: Bremen ist heute die Stadt bzw. der Stadtstaat mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung. Diese betrug in der Stadt Bremen 1980, einschließlich der anteiligen Landesschulden, 8330 DM. Damit lag Bremen um 70% über dem Durchschnitt der 16 größten Städte der BRD. In dieser Lage kann auch die SPD nicht mehr auf baldige Rückkehr zur Vollbeschäftigung rechnen. Wie will sie die Krise bewältigen – und die Bürgerschaftswahl 1983 gewinnen?

94 Seiten, zuzüglich Vorwort und Leitsätze, umfaßt der 3. Bremen-Plan, in dem man die Antwort auf diese Frage zu suchen hat. Behandelt werden: 1. Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen – Stärkung der Wirtschaftskraft 2. Wohnen in Bremen 3. Umweltschutz zum Leben und Wohnen in der Stadt 4. Freizeit und kulturelles Leben 5. Erziehung, Bildung und Wissenschaft 6. Gesundheitswesen 7. Soziale Gerechtigkeit 8. Sozialdemokratische Ausländerpolitik 9. Innere Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit 10. Rechtspflege und Strafvollzug 11. Bürger und Verwaltung 12. Finanzen. Ein umfangreiches Programm – aber wer nach neuen Politikkonzepten sucht, sieht sich enttäuscht.

Während in Bremen von Betriebsräten und Gewerkschaftern, von Grünen und Alternativen nach grundsätzlich anderen Konzepten der Wirtschaftspolitik gesucht wird, während sich in unterschiedlicher Intensität das Bewußtsein entwickelt, daß die Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Produktionsweise begründet ist, daß der Knackpunkt bei einer Krisenbewältigungspolitik eine von Privateigentum und Profitprinzip abgekoppelte Wirtschaftsweise ist, unterwirft sich die SPD-Spitze den ‚Entscheidungen privater Unternehmen'. Investitionen zur Förderung der ‚Wirtschafts- und Steuerkraft' Bremens stehen im Mittelpunkt ihres Konzepts. Regionale und sektorale Strukturpolitik sind die Schlagworte, außerdem der weitere Ausbau der Häfen und entsprechende Erweiterung des Straßennetzes.

Die Grundsätze für diese Politik wurden schon früher, im ‚Wirtschaftsstrukturprogramm' und im ‚Strukturplan Unterweserraum' gelegt: Regionale Strukturpolitik meint vor allem die Erschließung von Gewerbeflächen und Ansiedlung von Industrie, in Bremerhaven im Gebiet Luneplate (in Zusammenarbeit mit Niedersachsen), in Bremen in Niedervieland. Sektorale Strukturpolitik betrifft vor allem die Werften, die Luft- und Raumfahrtindustrie (VFW), die Stahlindustrie (Klöckner) und die Fischwirtschaft. Unter dieser Rubrik wird auch die Daimler-Benz-Ansiedlung als Erfolg sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik gefeiert.

Überhaupt überwiegt in diesem Bremen-Plan die Rückschau – bei jeder Rubrik werden die erbrachten Leistungen der SPD in DM angeführt. Eine entsprechende Konkretion der beabsichtigten Taten fehlt dagegen, meist sogar das Konzept. So wird z.B. für die Werften die Krise konstatiert, die wirtschaftspolitische Verantwortung für deren Bewältigung wird dem Bund zugeschoben. Lapidar heißt es nur: „Öffentliche Mittel werden wir für Umstrukturierungsinvestitionen nur bereitstellen, wenn Unternehmenskonzepte vorliegen, bei denen die finanziellen Risiken überwiegend von den privaten Anliegern getragen werden." (S. 10) Und von den Arbeitern, muß man hinzufügen. Wie aber die kommenden Massenentlassungen auf den Werften verhindert werden sollen, dazu kein Wort.

Die früher im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik stehenden Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion sollen, so die Absicht des 3. Bremen-Plans, auf Stand gehalten werden, denn schließlich „haben wir ... einen Versorgungs- und Leistungsstand erreicht, der uns in vielen Aufgabenfeldern auf den ersten Plätzen zeigt." (S. 90) Die notwendigen Mittel für die Investitionen für's Kapital sollen durch die Anpassung der öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen an den Bevölkerungsrückgang, durch Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst, durch Aufgabenkritik i.S. von Entbürokratisierung und Effektivierung der Verwaltung sowie durch Subventionsabbau beschafft werden. Die Kreditfinanzierungsquote soll stabilisiert und allmählich gesenkt werden („besonnene Kreditpolitik", S. 91). Steuerliche Maßnahmen werden mit keinem Wort erwähnt. Es wird auch nichts gesagt über die Erhöhung von Gebühren und Tarifen, die in der Praxis immer schärfer betrieben wird.

Es gibt eine Vielzahl von Kritikpunkten an diesem Bremen-Plan: er ist schönfärberisch (z.B. wird die hohe Arbeitslosigkeit in Bremen gar nicht erwähnt, stattdessen wird betont, daß die SPD in Bremen „20000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen" habe (S. 1)); er stellt sozialdemokratische Leistungen heraus, ohne die Widersprüche zu benennen (z.B. bei der Daimler-Benz-Ansiedlung, wo der anhaltende Widerstand der Einwohner gegen die Zerstörung ihres ganzen Stadtteils durch die Ansiedlung verschwiegen wird); er ist vor allem Rückschau und bezüglich der zukünftigen Politik äußerst unkonkret; er verschweigt die seit zwei Jahren betriebene Sparpolitik und die Proteste dagegen.

Vor allem aber enthält er keine Angabe der Ursachen der Finanzkrise, d.h. der Wirtschaftskrise. Er greift daher auch an keinem Punkt die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsweise an und bricht somit auch nicht mit dem Dogma der Unterwerfung der Sozialpolitik unter deren Gesetzmäßigkeiten. Vielmehr lautet das Konzept: Stärkung des Kapitals durch staatliche Investitionen, damit es wieder Profite gibt, damit die Kapitalisten wieder Arbeitskräfte einstellen und Steuern zahlen. Mit diesen Steuern können dann auch wieder Schulen, Krankenhäuser usw. gebaut werden. Bis es soweit ist, muß die Bevölkerung stillhalten. Das Ganze soll ohne große Einschnitte in den Sozialhaushalt abgehen: „Eine Roßkur zur vermeintlichen Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie zur Zeit in England und USA unter konservativer Führung versucht wird", (S. 3) wird abgelehnt.

Die SPD-Spitze laviert zwischen zwei Stühlen, auf die sie sich nicht setzen will: sie will die Krisenbewältigung nicht voll den Gesetzen des Kapitals, dem sog. freien Spiel der Marktkräfte, überlassen, wie das Lambsdorff-Papier es vorsieht. Sie will aber auch nicht mit diesen Gesetzen brechen. Diese Politik wird sie bei den Wahlen 83 die Mehrheit kosten, genau wie auf Bundesebene. Denn eine kapitalistische Sanierung von Wirtschaft und Finanzen kann die CDU besser. Schon hat sich in Bremen ein ‚Initiativkreis für bremische Wirtschaftspolitik' formiert, bestehend aus „namhaften bremischen Wissenschaftlern" (Weser-Kurier vom 10.9.), die sich zum Ziel gesetzt haben, „eine pragmatische Wirtschaftspolitik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft" (ebenda) zu entwickeln.

Die SPD muß sich für den anderen Stuhl entscheiden: für eine Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsweise, für die Unterstützung der Arbeiterbewegung und demokratischen Massenbewegungen, politisch für ein Bündnis mit den Grünen und Alternativen. Die Ansatzpunkte, die der Bremen-Plan 83 – 87 hierfür liefert, sind mager genug, aber sie sind da: z.B. bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung (S. 3), z.B. bei der Forderung nach alternativer Produktion (6. Leitsatz, S. VII), z.B. beim grundsätzlichen Bekenntnis zu den Gewerkschaften als Bezugspunkt (S. VI). Diese Ansatzpunkte auszubauen, ist Aufgabe der Mitgliedschaft in der kommenden Diskussion. *adb., Bremen*

Die Atmosphäre als globale Müllhalde

Die letzte Hinterlassenschaft der sozialliberalen Koalition ist der Entwurf einer neuen TA-Luft. Sie behindert den Giftauswurf in die Atmosphäre kaum. Die Betrugspolitik der hohen Schornsteine wird nur leicht modifiziert, während die CDU die allmähliche Entlarvung dieses Betrugs zur Begründung eines noch größeren Betrugs machen will.

Saurer Regen und Luftverschmutzung sind Musterbeispiele für die Heuchelei und die Gewissenlosigkeit herrschender Politik in Sachen Umweltschutz. Gerade hier zeigt sich, wie Gefahren für die Umwelt geleugnet und verniedlicht werden, bloß weil sie sich der Alltagserfahrung (noch) entziehen und ihre zerstörerische Wirkung schleichend entfalten. Seit Jahren kann man sich an fünf Fingern abzählen, daß der tonnenweise Auswurf giftigen Abfalls in die Luft nicht ohne Auswirkungen bleiben kann. Doch was schert's das Unternehmen, dem die Natur kostenlos zur Verfügung steht, und schließlich sieht man den Dreck ja nicht.

Erst als die Konzentration von Schadstoffen in den Ballungsgebieten unerträglich wurde, kamen vorsichtige Maßnahmen in Gang. Vor allem wurden jetzt die Schornsteine der Kraftwerke erhöht – auf daß sich der Dreck besser über's Land verteilt und die Leute noch eine Zeitlang hinters Licht geführt werden können. Etwas harmlos heißt es dazu im Öko-Almanach 82/83: ,,Seit Anfang der 70er Jahre sind die Immissionskonzentrationen in den Belastungsgebieten deutlich zurückgegangen. Da die Jahresemissionen in den letzten Jahren unvermindert hoch waren, dürfte dieser Rückgang im wesentlichen auf eine großräumigere Verteilung der Schadstoffe durch Emission in höhere Luftschichten (höhere Schornsteine) zurückzuführen sein.'' Ja, so ,,dürfte'' es sein. Auch bei Schwefeldioxid ist die BRD eine Exportmacht, der Ferntransport kann über 1000 km weit führen. 1977 wurden in Westdeutschland knapp zwei Mio. Tonnen Schwefeldioxyd in die Luft geblasen, 1,3 Mio. Tonnen an Schwefel schwebten aus dem In- und Ausland auf heimischem Boden hernieder. Heute ernten wir die Früchte dieses damals als Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität gepriesenen Verbrechens: die Wälder sterben ab. Und es drängt sich der Verdacht auf, daß auch das Waldsterben deshalb zum Gegenstand breiter öffentlicher Erörterung geworden ist, weil die Waldbesitzer um ihr Eigentum fürchten und ihr Verband Krach geschlagen hat.

ten und ihr Verband Krach geschlagen hat.

Gewissenlose Politiker versuchen nun, die Betrugspolitik der hohen Schornsteine auf eine neue Stufe zu heben. Alfred Dregger z.B. schreibt in seiner Propaganda-Broschüre zur Wahl in Hessen: ,,Wer wie ich die Natur liebt, für den ist Landschafts- und Naturschutz ein Herzensanliegen. Wir werden unsere Wälder nicht zugrundegehen lassen. Ältere Kohlekraftwerke müssen mit Entschwefelungsanlagen ausgerüstet oder auf Kernenergie umgestellt werden, die am umweltfreundlichsten ist.'' Aha, plötzlich sind Kernkraftwerke nicht mehr notwendig wegen der billigen Energie, sondern auch wegen des Schutzes der Umwelt! Wieder wird darauf spekuliert, daß sich die Folgen der Kernkraftwerke, solange keines in die Luft fliegt, der unmittelbaren sinnlichen Wahrnehmung entziehen.

Die Erfahrung mit dem sauren Regen zeigt, worauf es solchen Strategen wirklich ankommt. Größtenteils hat man es hierbei mit bekannten Schädigungssymptomen zu tun, und das Problem liegt darin, die neuen Ursachen und Zusammenhänge für die Zunahme solcher Schädigungen zu erkennen. Und eben die Erkenntnis solcher Zusammenhänge, die sich nur der wissenschaftlichen Betrachtung erschließen, soll mittels billiger Propaganda – die reichlich Geldmacht im Kreuz hat – verhindert werden.

Die neue TA-Luft

Wie wenig ernst die sonntäglichen Bekenntnisse der Industrieverbände und Parteipolitiker zum Umweltschutz zu nehmen sind, zeigt auch das fortdauernde Gefeilsche um die *Änderung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft)*. In ihr werden neue Grundsätze für die Genehmigung von Industrieanlagen eingeführt und die höchstzulässigen Luftbelastungen (Immissionen) neu geregelt. Innenminister Baum hatte Anfang Juni einen zweiten überarbeiteten Entwurf vorgelegt, der im Oktober von der Bundesregierung verabschiedet werden sollte. Ob es dazu nach dem Regierungswechsel kommt, steht in den Sternen. Der TA-Luft sollte dann im Frühjahr 1983 eine *Verordnung über Großfeuerungsanlagen* folgen, auf deren Eckwerte sich die sozialliberale Regierung am 1. September gerade noch hatte einigen können. Erst diese Verordnung wird der eigentlichen Quelle des sauren Regens der Sache nach zu Leibe rücken können, bei der TA-Luft ist dies noch ausgespart.

Die Reaktion auf den Entwurf für die *TA-Luft* ist bezeichnend. Kaum war er in seiner neuen Fassung den Verbänden vorab zur Stellungnahme zugegangen, so hob der Sturmlauf der Industrieverbände an. Der BDI befürchtet, die neuen Regeln würden sich ,,vielfach investitionshemmend auswirken'', auf die Unternehmen würden ,,zusätzliche Aufwendung für Investitionen, Betriebskosten und Verfahrenskosten'' zukommen. Das Verhalten der Genehmigungsbehörden sei unsicher, ,,damit ist eine weitere Schwächung des Investitionsklimas zu befürchten, zumal nicht nur Neuinvestitionen sondern auch dringend notwendige Anlagenänderungen betroffen werden''. Und schließlich werde durch ein Reihe von Regelungen ,,die Flexibilität der Unternehmen erheblich beeinträchtigt''.

Auch der DGB hat sich zu Wort gemeldet, und zum Glück anders, als man es von ihm in diesen Fragen sonst oft gewohnt ist. Er lehnt den Entwurf strikt ab und sagt, daß er zu einem grundlegenden Rückschlag der Luft-

strikt ab und sagt, daß er zu einem grundlegenden Rückschlag der Luft-

reinhaltepolitik führe. Er fordert stattdessen besseren Schutz für die Bevölkerung und der natürlichen Lebensgrundlagen. Weiterhin fordert er die Sanierung (Staub- und Gasminderung) der Altanlagen.

Sehen wir zu, was die Novelle zur TA-Luft eigentlich vorsieht. Insgesamt ist sie wieder mal ein Werk, das den Kapitalisten viel zu viel freie Hand läßt und allenfalls ein paar fortschrittliche SPDler und genügsame Umweltschützer ruhig halten soll.

Kernpunkt sind zunächst die *Immissionswerte* selbst, also Werte, die für die Belastung der Luft mit Schadstoffen Grenzen setzen. Sie legen Höchstwerte für die Konzentration schädlicher Stoffe in der Außenluft und im Staubniederschlag fest. Die Immissionswerte sind zwar alle herabgesetzt. Weiterhin gibt es eine Unterscheidung von Langzeitwirkung und Kurzzeitwirkung. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung wird bei der Festlegung der Immissionswerte unterschieden zwischen dem Schutz der menschlichen Gesundheit und dem Schutz vor Nachteilen und Belästigungen. Anspruch dieser Trennung ist, die menschliche Gesundheit ohne Einschränkung zu schützen, während vor Nachteilen und Belästigungen nur geschützt wird, soweit sie ,,erheblich'' sind. Auf diese Weise taucht dann das für den sauren Regen hauptverantwortliche Schwefeldioxid in der Liste der gesundheitsgefährdenden Stoffe zwar auf, nicht aber in der anderen Liste für die ,,Belästigungen ...''. Nadelbäume aber sind gegenüber dem SO_2 wesentlich empfindlicher als der Mensch, die zulässige Konzentration müßte also unter der gesundheitsgefährdenden Konzentration liegen.

Weitere Kritikpunkte bezüglich der Immissionswerte sind:

– Die Blei- und Cadmiumwerte (Bestandteile des Schwebstaubes) sind laut medizinischen Fakten zu hoch. Der BBU fordert für Blei einen Grenzwert von 1 Mikrogramm/m³ bzw. für Cadmium einen Grenzwert von 0,02 Mikrogramm/m³.

– Aus der vorgesehenen Beibehaltung des Grenzwerts für SO_2 muß geschlossen werden, daß weder medizinischen Erkenntnissen noch einer Fortschreibung technischer Rückhaltemöglichkeiten Rechnung getragen wird.

– Der IW2-Genzwert für Fluor muß auf mindestens 2,5 Mikrogramm/m³ gesenkt werden.

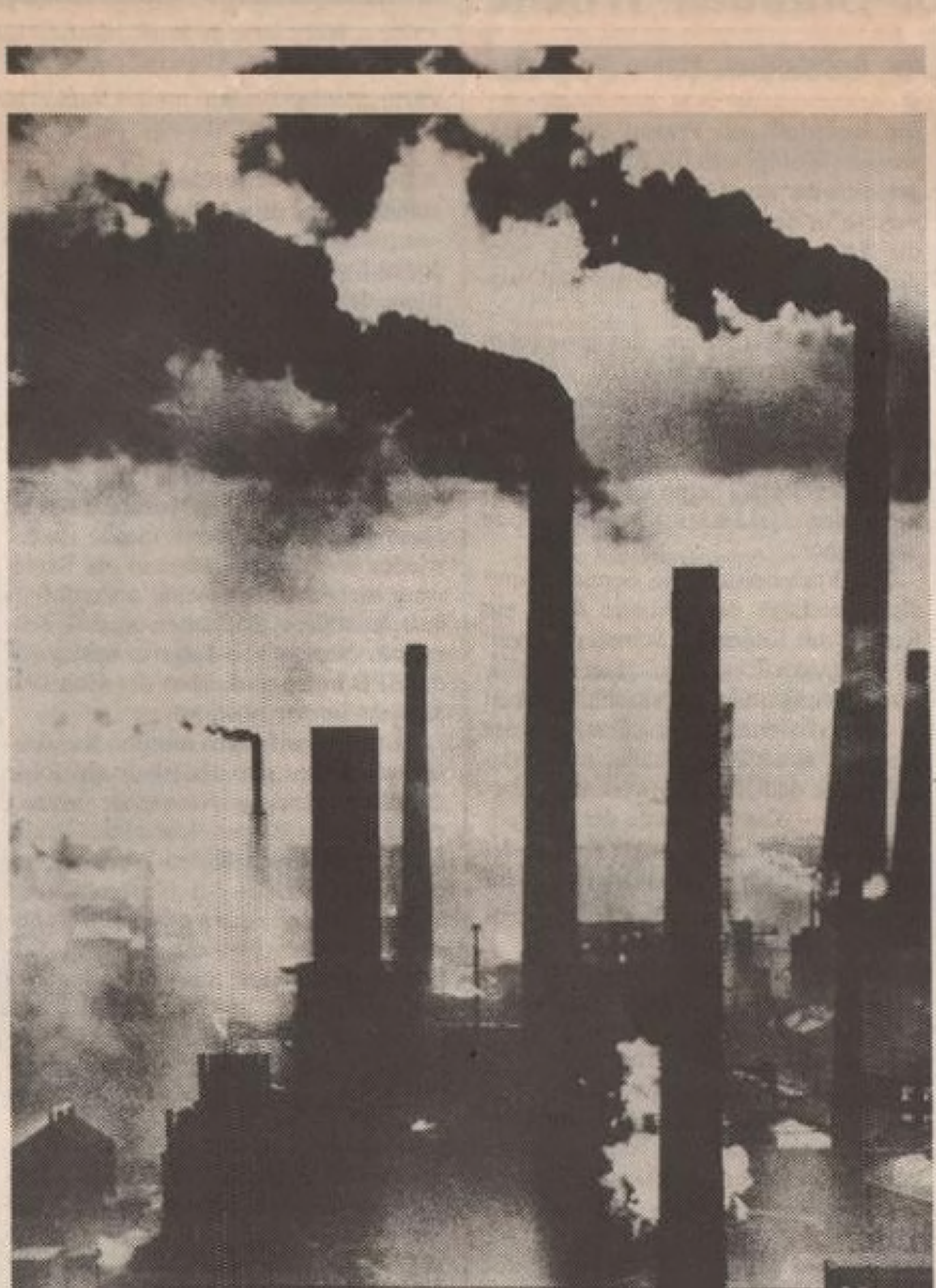
– Blei- und Cadmiumgrenzwerte als Bestandteile des Staubniederschlags sind ebenfalls zu hoch. Der BBU fordert für Blei einen Grenzwert von 250 Mikrogramm pro m² und Tag und für Cadmium einen Grenzwert von 2,5 Mikrogramm/m²d.

– Sehr kritisiert wird auch das Fehlen von IW2-Grenzwerten für Schwermetalle.

– Zudem fehlt ein Grenzwert für Fluor als Bestandteil des Staubniederschlags.

Die List der Ausnahmen

Der nächste große Haken nach der Festlegung der Immissionswerte selbst liegt in ihrer Anwendung. Ermittelt werden soll zur Genehmigung einer neuen Anlage erstens die *Vorbelastung*, zweitens die *Zusatzbelastung*, die sich durch die zu genehmigende Anlage ergibt. Beides zusammen ergibt dann die *Gesamtbelastung*. Schutz vor Gesundheitsgefahren ist nach der Verordnung dann gegeben, wenn die Gesamtbelastung den Immissionswert



IW1 und die Vorbelastung den Immissionswert IW2 auf keiner Beurteilungsfläche überschreiten.

Im Klartext bedeutet dies, daß der Immissionswert IW2 zwar nicht durch die Vorbelastung überschritten werden darf, wohl aber durch die Gesamtbelastung. Das läuft darauf hinaus, daß der IW2 als Genehmigungskriterium für zusätzliche die Luft belastende Anlagen ohne Wirkung bleibt. Maßgeblich ist allein IW1.

Dazu muß man nun den Trick der Ermittlung des IW1 kennen. Dieser Wert ist einfach der Durchschnitt aller Meßwerte, die an verschiedenen Stellen der ,,Beurteilungsfläche'' und zu verschiedenen Zeiten gemesssen wurden. Höchstwerte verschwinden damit im Durchschnitt, werden ,,weggemittelt''. Dagegen verlangt der IW2, daß die Meßwerte zu 98% unter diesem Immissionswert bleiben.

Dagegen fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU, daß die Grenzwerte nicht dadurch außer Kraft gesetzt werden, daß sie durch die Gesamtbelastung überschritten werden dürfen. In der Sprache der Anordnung dürfte daher die Gesamtbelastung den Immissionswert IW2 nicht überschreiten. ,,Aus Gründen der Gesundheit ist nicht einzusehen, wieso bei diskontinuierlichen Messungen (also bei einer Serie verschiedener Messungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten) auf einer Beurteilungsfläche Immissionsüberschreitugen hingenommen werden sollen. Der BBU fordert generell eine Versagung der Genehmigung beim Überschreiten von Immissionsgrenzwerten.'' Das schließt ein, daß eine ganze Latte von Ausnahmen, die die Überschreitung der Höchstwerte dann doch wieder erlauben, gestrichen werden.

Für die Wirksamkeit der Grenzwerte ist weiter von Bedeutung, in welchem Umkreis die Schadstoffkonzentration in der Luft und im Staubniederschlag ermittelt wird. Dies ist das Problem des *Beurteilungsgebiets*, wofür die TA-Luft von 1974 keine Definition vorsah. Der vorliegende Entwurf sieht nun vor, daß nur Gebiete bis maximal 16 km Seitenlänge zur Beurteilung herangezogen werden können – und zwar wenn der Schornstein über 250 m hoch ist. Dabei weiß man, daß die so in die Luft geblasenen Giftstoffe hunderte, ja womöglich tausende Kilometer weit transportiert werden. Bei Schornsteinen bis 100 m Höhe beträgt das Beurteilungsgebiet gar nur 6 km im Quadrat. Auch dies also Fortsetzung der hohen Schornsteine.

Leicht verbessert ist ein anderer Punkt. Zur Ermittlung der Meßwerte der Verunreinigungen wird die Beurteilungsfläche quasi in Planquadrate unterteilt, und es ist nun die Möglichkeit vorgesehen, diese Quadrate mit 500 m mal 500 m festzusetzen, statt mit 1 km mal 1 km. Örtliche Konzentrationen können damit besser erfaßt werden, weshalb die Chemieindustrie gegen diese Änderung Sturm läuft. Allerdings ist die ,,Kann-''Bestimmung weit gefaßt.

Gleichmäßige Vergiftung

Direkt festgeschrieben wird die *Politik der hohen Schornsteine* in der neuen Verordnung in detaillierte Vorschriften, die mit zunehmendem Ausstoß an Dreck eine wachsende Höhe des Schornsteins vorschreiben. Erst wenn die nach diesen Kriterien ermittelte Schornsteinhöhe 250 m übersteigt, ,,*sollen* weitergehende Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angestrebt werden''.

Dazu stellt der BBU fest, daß die Politik der hohen Schornsteine als staatlich praktiziertes Sankt-Florians-Prinzip entschieden abgelehnt werden muß. ,,Höhere Schornsteine bedeuten nichts anderes als eine weite Verbreitung der Schadstoffe in die Atmosphäre bzw. Bildung noch schädlicherer Folgeprodukte und somit eine teilweise schon katastrophale Zerstörung der Umwelt in industriefernen Gebieten. Vor der Schornsteinhöhenberechnung bei der Genehmigung einer Anlage müssen zuerst alle technischen Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung getroffen werden. Der BBU fordert eine strikte Schornsteinhöhenbegrenzung von 150 m.''

Neu ist der Passus: ,,Im Hinblick auf besonders empfindliche Tiere und Pflanzen und Sachgüter ist bei Schwefeldioxid, Chlor, Chlorwasserstoff, Fluorwasserstoff und anorganischen Fluorverbindungen eine Sonderregelung anzuwenden.'' Unzureichend ist dieser Passus, da der Schadstoff Stickoxide fehlt, da er Mitverursacher des photomechanischen Smogs ist und zur Versauerung beiträgt. Weiterhin fehlt ein Anhang, wo die besonders emfindlichen Tiere und Pflanzen gekennzeichnet sind.

Je saurer die Niederschläge, desto höher ist die Aufnahme von Schwermetallen in der Pflanze. Aus diesem Grund muß in der Sonderregelung die Versauerung berücksichtigt werden. Die Sonderregelung selber ist so unklar formuliert, daß es nie zu einer konsequenten Anwendung dieser Sonderregelung kommt.

Weiterer Punkt: Wo soll gemessen werden? Auch damit läßt sich manipulieren. In der Vorlage widerspricht sich der Innenminister Baum erheblich: Einmal sind Luftverunreinigungen 1,5 m über dem Erdboden oder der oberen Grenze der Vegetation anzusehen, im anderen Fall 1,5 m bis 4 m Höhe über der Flur. Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft fordert Messungen im Kronenbereich des Waldes, mit der Begründung, daß bei

dert Messungen im Kronenbereich des Waldes, mit der Begründung, daß bei

Messungen in 1,5 – 4 m Höhe nur die bereits gefilterte Luft gemessen wird.

Dann soll auch noch zugelassen werden, daß der Meßzeitraum weniger als ein Jahr beträgt. Dadurch können die Meßwerte manipuliert werden, indem die Messung auf eine bestimmte Jahreszeit beschränkt wird.

Und schließlich stehen die gewöhnlichen Regelmeßzeiten von 8-16 Uhr eher für ein geregeltes Beamtenleben. Außerdem liegen die Verkehrsspitzen auf Autobahnen und Schnellstraßen von 6.30 bis 8 Uhr und von 16 bis 18 Uhr. Das berührt den Cadmium- und Bleigehalt.

Alles in allem eine arg halbherzige Angelegenheit. Der *Hauptmangel* des Entwurfs für die Verordnung selbst dürfte nach wie vor darin liegen, daß entgegen allen Beteuerungen nicht die Gegenmaßnahmen an der Emissions- oder Schmutzquelle absolute Priorität haben, sondern erst der Schornstein hochgezogen und der Dreck gleichmäßig verbreitet wird. Erst wenn die Verschmutzung der Luft gleichmäßig so hoch ist, daß Maßnahmen wirklich überfällig sind, wird die Verschmutzung an der Quelle selbst bekämpft.

Leider wird daran nach bisheriger Erfahrung auch die angekündigte Verordnung für Großfeuerungsanlagen wenig ändern – wenn sie nach der neuen Politik der Investitionsförderung überhaupt noch kommt. Dafür ist bereits im *Bundesimmissionsschutzgesetz* gesorgt, wozu die TA-Luft eine Ausführungsbestimmung ist. Der berüchtigte Paragraf 17 legt fest, daß ,,nachträgliche Anordnungen'' zur Änderung bestehender Anlagen unzulässig sind, wenn die Umweltschutzmaßnahme ,,für den Betreiber und für Anlagen der von ihm betriebenen Art wirtschaftlich nicht vertretbar'' ist. Die bisherige Praxis zeigt, daß es die Unternehmen nach amtlichem Eingeständnis in 80% der nach bestehenden Verordnungen überprüften Fälle verstehen, mögliche Umweltschutzmaßnahmen aufgrund dieser gesetzlichen Bestimmung zu verhindern. Immer noch wird da weniger Umweltschutz betrieben denn eine Optimierung der Atmosphäre in der Funktion als Müllhalde – und entsprechendes gilt für die Weltmeere.

cad./frb.

Nach „Anhörung" geben Banken grünes Licht

Sie bestehen auf „keinerlei Spielraum für Kompromisse"

acm. Am letzten Dienstag war es soweit, die Finanzierung des AEG-Telefunkenvergleichs wurde durch die insgesamt 22 Konsortialbanken abgesegnet. Auch die NordLB zierte sich nicht länger und gab ihre Einwilligung. Vorausgegangen war dem Beschluß eine dreistündige „Anhörung" des AEG-Vorstandes – dem man anschließend eine „gute Figur" bescheinigte. Die Sache konnte aber nicht über die Bühne gehen, ohne daß noch mal von allen Beteiligten betont wurde, „daß es für das AEG-Management in dieser heiklen Frage keinerlei Spielraum für Kompromisse mit Politikern, Gewerkschaften oder Belegschaft mehr geben könne" (Handelsblatt, 16.9.). Gemeint war das eben vorgetragene Sanierungskonzept des AEG-Managements.

Die Verärgerung zwischen Bankenvertretern und Bundesregierung konnte nun auch weitgehend beigelegt werden. Die Banken hatte es erzürnt, daß die Bonner Regierung verlangt hatte, daß das staatlich verbürgte Darlehen vorab getilgt werden müsse. Die Banken waren dagegen der Auffassung, beide Kredite sollten gleichbehandelt werden. Die Banken haben sich nun durchgesetzt, denn die Regierung teilte mit, sie werde nun nicht mehr darauf bestehen, daß die Modalitäten der Tilgung im einzelnen vor Abschluß des Vergleichs festgelegt werden. Man könne ja dann zu gegebener Zeit noch darüber verhandeln.

Unterdessen ging das Schachern des AEG-Managements mit einzelnen Betriebsteilen weiter. Bis zum 1. Oktober sollen in größerem Umfang weitere Kündigungen ausgesprochen werden. Die Belegschaft der Hauptverwaltung in Frankfurt soll von 1200 auf 600 gedrückt werden, bei den Verwaltungen der technischen Betriebe Ulm und Hamburg will man gleichfalls Rausschmisse durchführen. Von den Plänen bei der AEG in Berlin (wir berichteten darüber) soll nicht abgewichen werden – und mittlerweile kuscht ja der Senat in Berlin auch.

Neues tut sich auch im Bereich der Hausgeräteelektronik. Hier bahnt sich eine ähnliche Lösung an wie im Bereich der Unterhaltungselektronik, wo Grundig (und ein Bankenkonsortium) sich an Telefunken beteiligen will. Denn Interesse hat der schwedische Elektrokonzern Elektrolux signalisiert, in Richtung 25%iger Beteiligung am AEG Haushaltsgerätebereich. Der Konzern will dann einen Einstieg in die Produktionsstätten in Kassel, Mainz-Kostheim, Nürnberg und Rothenburg sowie die „Übernahme der industriellen Führung". Allerdings will man nichts mit den im Vergleich befindlichen AEG-Tochtergesellschaften Neff, Zanker und Küppersbusch zu tun haben. Um den Einstieg der Schweden zu erleichtern, hat der alte/neue? Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff in einem Brief an Ministerpräsident Späth diesen aufgefordert, keine Maßnahmen zur Rettung von Neff und Zanker zu unternehmen. Das gefährde dann auch das Gesamtkonzept.

Auf den Gewerkschaftskundgebungen kann es nicht um „Neuwahlen" gehen

Die Möglichkeiten einer Initiative sind vorhanden / Auseinandersetzung um ein positives Aktionsprogramm

acm. Die Reaktion der Gewerkschaften auf den „kalten Sturz", den Regierungswechsel, waren relativ verhalten. Viele werden sich noch erinnern wie es 1972 beim versuchten Sturz von Willy Brandt zuging. Spontane Arbeitsniederlegungen in den Betrieben, Demonstrationen und Kundgebungen an denen sich die Gewerkschaftsbewegung breit beteiligte, obwohl auch damals der DGB offiziell zu keinen Aktionen aufgerufen hatte.

Nichts davon heute. Die sozialliberale Koalition hat die Arbeiterklasse zunehmend gebeutelt, und wer geht dafür dann noch auf die Straße gegen die FDP demonstrieren? Auch Unsinn. Und so war Hauenschild auch einer der ersten der den Kohl zu Gesprächen einlud. Ansonsten beschränkten sich die Stellungnahmen auf den „Gruselkatalog" vom Wirtschaftsgrafen: Wenn dieser durch eine CDU-CSU-FDP-Regierung bruchlos übernommen würde, dann würde es „Unruhe" geben, so Eugen Loderer. Der DGB hat sich nun mittlerweile auch für die „saubere Lösung", die Neuwahlen, ausgesprochen.



1972: „Willy Brandt muß Kanzler bleiben." – 1982: Schmidt verschafft sich noch einen guten Abgang. Wer denkt schon an Sympathiekundgebungen.

Gewerkschaftsseminar des KBW:

Gewerkschaftliche Strategie und der Kampf um die 35-Stunden-Woche

Daß die Arbeiterbewegung in West- | die Beschlußlage. Fragen sind aufge-



1972: „Willy Brandt muß Kanzler bleiben." – 1982: Schmidt verschafft sich noch einen guten Abgang. Wer denkt schon an Sympathiekundgebungen.

Die Masse der Gewerkschaftsvorständler wird nun vielleicht erleichtert sein, weil die Rücksichtnahme auf die sozial-liberale Regierung, die Schonung der SPD ein Ende hat. Weil die Zerreißprobe des alten Bündnisses SPD–Gewerkschaften, die ja schon weit gespannt war, nun nicht stattzufinden braucht. Spannungen hat es zwischen den Vorständen der Einzelgewerkschaften in Sachen Protestkundgebungen gegen die „Operation 83" zu Hauf gegeben. Loderer mußte immer wieder versichern, daß man die Regierung nicht stürzen wolle, aber daß es halt mit dem Stillhalten vorbei sein müsse. Nun ist die Lage in bezug auf die SPD entspannt, aber der Haushalt 83 steht immer noch an.

Was also anfangen mit den Kundgebungen gegen den Haushalt die Ende Oktober, Anfang November bislang die Länder Hessen/Rheinland-Pfalz, NRW, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen beschlossen waren? Ganz spontan werden es schnell Kundgebungen für „Neuwahlen" und Tribunale gegen den Streichungskatalog von Lambsdorff werden, wenn dieser dann noch aktuell ist. Das aber wäre so etwa das Schlimmste was eintreten könnte. Ein bißchen Wortradikalismus, das Beschwören einer „reaktionären Wende" und das Verweisen auf die „Neuwahlen" einer SPD-Regierung kann nämlich nicht vergessen machen, daß es die SPD an der Regierung war, die die Wende faktisch vollzogen hat, bis sie nicht mehr weiter konnte. In einer solchen Situation in Verbalradikalismus zu machen – ohne weitgehend programmatisch die Interessen der Arbeiterbewegung zu formulieren und den Absichten der neuen Regierung gegenüberzustellen – dürfte zuhauf die „Schützer" der „Einheitsgewerkschaften" auf den Plan rufen. Mit den CDU-Kräften in den Gewerkschaften wird man aber nur dann fertig werden, wenn man sie positiv auf die *Interessen* der Arbeiter festnagelt. Dann müssen sie Farbe bekennen und dann kann man sie auch isolieren oder neutralisieren. Das heißt nun keineswegs Schonung der Regierung sondern Linksentwicklung auf der Grundlage eines weitgehenden Gegenkonzepts gegen die Vorhaben der Regierung.

In diesem Sinne enthalten die Kundgebungen Ende Oktober/Anfang November einige Möglichkeiten. Was einen ja vor allen Dingen so wütend auf die Gewerkschaften machte war, daß es schon einige ausgearbeitete Positionen (wenngleich nicht revolutionäre) in den letzten Jahren gab, die aber Stück für Stück für das Schonen der sozialliberalen Regierung fallen gelassen wurden. Auf diese entwickelten oder halb entwickelten Positionen muß sich die Arbeiterbewegung beziehen. Dies enthielte dann auch die *Möglichkeit*, das zunehmende Auseinanderdriften zwischen Arbeiterbewegung und den linken Bewegung in den Griff zu bekommen, um eine konsolidierte Linksentwicklung zu fördern.

Die Ansätze für eine eigene Wendung in der Politik hätten sich im wesentliche auf die „Operation 83" und die staatliche Wirtschaftspolitik zu beziehen. Das gegenüber der bisherigen Regierung weitgehend zurückgezogene Beschäftigungsprogramm müßte auf all seinen Positionen weitgehend ausformuliert und in Forderungen konkretisiert werden. Kurz gesagt – und ohne Anspruch auf Vollständigkeit – scheint die Konzentration auf folgene Punkte wichtig

– Frontbildung gegen eine Politik der Kapitalistenförderung, genannt die „Beseitigung von Investionshemmnissen".
– Dagegen eine Ergänzungsabgabe und die Ausarbeitung des Beschäftigungsprogramms mit dem Kern der Arbeitszeitverkürzung.
– Kampf gegen jeden Eingriff in die Versicherungen, ob im Bereich der Arbeitslosen-, Kranken- oder Rentenversicherung.
– Ausbaumaßnahmen im Bereich des Umweltschutzes und der Energieversorgung (Fernwärmenetz usw.). Gegen das Kernenergieprogramm als Spekulationsobjekt. Stopp entsprechender Großprojekte wie Startbahn West usw.
– Im Bereich des Wohnungsbaus Ausbau im Gegensatz zu Eigentumsförderung usw. Anerkennung der Hausbesetzer und ihrer Projekte. Front gegen jegliche Lockerung des Mietrechts. Auseinandersetzung um die Bodenfrage im Kampf gegen die Spekulation.
– Bildungswesen: Unterstützung eines Sofortprogramms gegen die Jugendarbeitslosigkeit durch Einbeziehung der Berufsschulen. Lehrereinstellungen. Gegen jede Bafög-Streichung.
– Staat und Demokratie: Gegen Ausbau von Polizei und Armee. Streichungen im Bereich der Rüstung. Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Finanzhoheit der Kommunen.

Die Auseinandersetzung um solche Punkte – zu der man einigen Druck im Bereich der Gewerkschaften machen muß auch schon in Vorbereitung der Protestkundgebungen – muß die Linke anstreben. Dabei kann es nicht

Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Finanzhoheit der Kommunen.

Die Auseinandersetzung um solche Punkte – zu der man einigen Druck im Bereich der Gewerkschaften machen muß auch schon in Vorbereitung der Protestkundgebungen – muß die Linke anstreben. Dabei kann es nicht

um die Schonung der Gewerkschaftsvorstände usw. gehen, sondern um die Klärung von Positionsbildung. In diesem Punkt nützt allerdings das Vortragen von Vorurteilen – die ja in Wahrheit oft richtige Urteile sind – weniger. Die GRÜNEN z.B. müssen ihrerseits in die Initiative kommen und die programmatische Auseinandersetzung so weit wie möglich selber suchen. Mit dem Verweis, daß dieser oder jener Gewerkschaftsführer sich mal wieder grünenfeindlich geäußert hat, wäre die Sache jedenfalls nicht gegessen. Die Gewerkschaftsoppos müssen sich auch überlegen, ob sie die Rechthabermanier ergreifen oder ihrerseits aus der Reserve kommen. Denn daß niemand hoffen kann, daß die Gewerkschaften locker ihre Berührungsängste überwinden, scheint mir klar. Andererseits können sich die Gewerkschaften kaum in ihr Schneckenhaus zurückziehen, denn die Arbeiterbewegung verlangt bestimmte Antworten auf die jetzige Lage. Nur, die Linksentwicklung kommt nicht von selbst in den Gewerkschaften, sondern muß wohl erkämpft werden.

Gewerkschaftsseminar des KBW:

Gewerkschaftliche Strategie und der Kampf um die 35-Stunden-Woche

Daß die Arbeiterbewegung in Westdeutschland mit der Entwicklung der kapitalistischen Krise vor größere Probleme gestellt wird, das wurde in den letzten Jahren schon deutlich sichtbar. Daß die westdeutschen Gewerkschaften mit dem Niederschlag der Reformpolitik selbst in eine gehörige Krise gekommen sind, ist auch zu erkennen. Aber die Kritik der allgemeinen Strategie der Gewerkschaften zeichnet sich keineswegs durch einheitliche Richtung und Klarheit aus. Ganz verschiedene Richtungen und Strömungen spiegeln sich in ihr wider. Da gibt es die allgemeine Kritik an Reformismus und sozialdemokratischer Herrschaft in den Gewerkschaften. Oder die These von der „korporativistischen Blockbildung", die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und bürgerlichem Staat. Andere Kritiken setzen ihren Schwerpunkt auf die Marginalisierung (Ausgrenzung) innerhalb der Beschäftigten: Die Gewerkschaften würden zunehmend nur noch die Interessen des Facharbeiterkerns vertreten, viele Lohnabhängige würden gerade im Verlaufe der Krise mehr und mehr an den Rand gedrängt; und damit würde die gewerkschaftliche Kampfkraft immer mehr schwinden und die Spaltungstendenzen innerhalb der Arbeiterbewegung zunehmen.

Die Debatte um die strategischen Positionen der Arbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften bewegt sich nicht im luftleeren Raum, oder kann es jedenfalls nicht. Überdeutlich wird dies in der Auseinandersetzung um die 35-Std-Woche. Hier ist nicht nur die Frage aufgeworfen wie der Tabu-Katalog der Kapitalisten in Punkto Arbeitszeitverkürzung gebrochen werden kann, sondern wie unter sich verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen für die Arbeiterbewegung, ein erfolgreicher Weg des Kampfes gefunden werden kann. Welchen Stellenwert hat der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit in der Strategie der Arbeiterbewegung? Ganz unterschiedlich – bei verbaler Betonung der 35-Std-Woche – sehen nämlich mittlerweile die Konzepte verschiedenster Einzelgewerkschaften aus, bis hin in die Beschlußlage. Fragen sind aufgeworfen: Kampf um die gesetzliche Regelung oder nur Gang über den Tarifvertrag in den Branchen? Priorität für die Lebensarbeitszeitverkürzung oder die Kürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit?

Auf die Erarbeitung des genannten Themenzusammenhangs soll sich das Seminar erstrecken. Einfließen werden in die Debatte auch die Ergebnisse verschiedener anderer Kongresse mit ähnlich gelagertem Thema und die Ergebnisse der IGM-Klausurtagung Ende September.

Zur Vorbereitung des Seminars und als Grundlage der Debatte dient ein Reader mit folgenden Schwerpunkten:

● *Strategiediskussion:* Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit – Staatsfixierung oder „Stärkung der eigenen Kraft?" – „Amerikanisierung" der deutschen Gewerkschaftsbewegung? – Die These von der „korporatistischen Blockbildung" – Wandel gewerkschaftlicher Strategie nach dem II. Weltkrieg – Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse.

● *Modelle der Arbeitszeitverkürzung:* Tarifrente: „Beschäftigungspolitische Initiative" der IG Chemie – NGG zur „Umverteilung der Arbeit" – Die Schwerpunktsetzung der IGM und Diskussionspapiere aus den Bezirken – Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf dem Arbeitsmarkt.

Der ursprünglich vorgesehene und auch angekündigte (Kommunismus und Klassenkampf 9/1982) Termin 30./31.10., mußte geändert werden.

Seminartermin:
6. / 7. November, Frankfurt, Schulungszentrum des KBW
Anmeldungen bis spätestens zum 21. Oktober, zwecks Sicherung von Übernachtung und Versorgung.

Readerbestellung:
Der Reader kann zum Preis von ca. 10,00 DM bezogen werden. Er muß bis *spätestens 1. Oktober* beim KBW (0611/730231) bestellt werden. Auslieferung erfolgt dann kurz nach dem 1.10.

Wegen Brokdorf-Äußerung doch Rausschmiß gerechtfertigt

kvz. Entgegen dem Urteil in erster Instanz hat jetzt das Landesarbeitsgericht Stuttgart entschieden, daß Daimler-Benz den Lehrling Stefan Groll nicht in ein Arbeitsverhältnis als Betriebsschlosser übernehmen muß. Die Begründung der Nichtübernahme war damals von Daimler-Benz wegen eines Flugblattes gegen das AKW Brokdorf von Stefan erfolgt. Die politische Dimension wurde aber aus dem Verfahren immer mehr weggebleicht. Die Daimler Anwälte argumentierten mit dem Grundsatz der „Vertragsfreiheit". Das Gericht stellte nun fest, daß zwar vielleicht gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen worden sei, doch daß daraus keine Schadensersatzpflicht des Unternehmens in Form einer Einstellung des Lehrlings folge. Nur ein „negatives Interesse" an Schadensersatz könne geltend gemacht werden wie Kostenersatz für Vorstellungsgespräche usw. Ähnlich sei auch in Fällen vorzugehen, wo Kapitalisten wegen Geschlecht und Rasse Bewerber nicht einstellen würden. Die Auslegung dieser Schadenersatzpflicht ist äußerst umstritten, deshalb hat das Gericht Revision beim Bundesarbeitsgericht zugelassen.

Reduzierung des Bereitschaftsdienstes in Kliniken

kvz. Die Zahl der Bereitschaftsdienste für Ärzte, Pflegepersonal und medizinisch-technisches Personal in den Krankenhäusern soll nach einer Tarifvereinbarung zwischen den Gewerkschaften und dem öffentlichen Dienstherrn vom 1.1.1983 an reduziert und ein Freizeitanspruch im Anschluß an den Bereitschaftsdienst sichergestellt werden. Eine Erklärungsfrist bis zum 4.11. wurde vereinbart. Die Zahl der Bereitschaftsdienste soll für die am stärksten belasteten Gruppen laut ÖTV von acht auf sechs, und für jene Gruppen, die eine geringere Arbeitsbelastung während des Bereitschaftsdienstes haben, auf sieben im Monat herabgesetzt werden. Nach zwölf Stunden Bereitschaftsdienst im Anschluß an eine siebeneinhalbstündige Arbeitszeit sei nun erstmals eine Ruhezeit von mindestens acht Stunden vereinbart worden, die nur in Notfällen verwirkt werden könne. Für die Ärzte sieht der Vertrag eine Reduzierung des Bereitschaftsdienstes von 32 auf 24 Stunden vor.

„Lehrer vor Ort" – Aktion gegen Lehrermangel

kvz. Die GEW hat ihre Mitglieder und „alle bildungspolitisch engagierten Lehrer und Eltern" bundesweit zu einer Aktion „Lehrer vor Ort" aufgerufen. Damit soll der steigende Lehrermangel nachgewiesen werden. Lehrer und Eltern sollen an jeder Schule untersuchen, wie viele vorgeschriebene Unterrichtsstunden ausfallen, um wieviele Unterrichtspläne in letzter Zeit gekürzt wurden, wieviel Unterricht von Referendaren geleistet werden muß und wieviele Förderstunden, Arbeitsgemeinschaften und ähnliches gestrichen wurden. Mit diesen Ergebnissen soll dann die örtliche und regionale Presse bombardiert werden.

„Jetzt macht es dem Kunden Spaß, sich selbst zu bedienen“

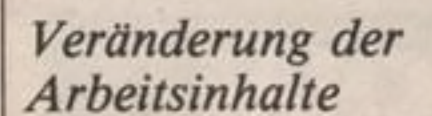
Von der Mitte der sechziger Jahre an kam es zu einem rapiden Wachstum der Banken und ihrer Beschäftigtenzahlen. Mit Datenverarbeitung, Computerisierung und Automaten wurden dann die technischen Mittel gefunden, um alle Rationalisierungseffekte in Gang zu setzen. Einschneidende Folgen für die Beschäftigten in den Banken sind die Folge. Die HBV hat jetzt den Entwurf für ein Rationalisierungsschutzabkommen vorgelegt.

dam.Frankfurt. Im Mai haben die Frankfurter Bankangestellten eine Unterschriftensammlung durchgeführt, um die Gewerkschaft HBV bei den Verhandlungen um ein Rationalisierungsabkommen im Bankgewerbe zu unterstützen. Seit einigen Jahren wird in den Banken in beachtlichem Maße rationalisiert. Auch für die kommenden Jahre ist nach übereinstimmenden Verlautbarungen aus allen Bankbereichen mit weiteren, zum Teil tiefgreifenden Rationalisierungsmaßnahmen zu rechnen. Neben der Einführung neuer Techniken stehen Veränderungen der Aufgabenstruktur und der Arbeitsorganisation als Mittel zur beabsichtigten Einsparung von Personalkosten. Vor den Folgen wollen sich die Bankangestellten durch tarifvertragliche Vereinbarungen schützen.

Expansion im Bankgewerbe

Seit Mitte der 60er Jahre konnte man bei den westdeutschen Banken ein rapides Wachstum der Beschäftigtenzahlen verzeichnen. Die Zahl der Angestellten stieg von 1968 350000 bis 1974 um 30% auf 465000 (im Vergleich: die Zahl aller im privatwirtschaftlichen Bereich Angestellten stieg um 13% von 1966 bis 72).

Die Banken betrieben den Ausbau

Normaler herkömmlicher Arbeitsplatz in einer Bank

ihres Zweig- und Filialnetzes, um im sogenannten Massengeschäft möglichst nahe am Kunden zu sein. Die zinslosen Girokonten und Spareinlagen sind für die Banken billige Refinanzierungsquellen, wie andererseits die sogenannten Konsumentenkredite hohe Zinsgewinne bringen. Trotz Kapitalkonzentration im Bankensektor (von 1957 bis 1977 schrumpfte die Zahl der selbständigen Banken von 13359 auf 5997) verdoppelte sich die Zahl der
auf 5997) verdoppelte sich die Zahl der
Zweigstellen in diesem Zeitraum nahezu von 26333 auf 43761. Dies hatte zur Folge, daß erstens die Personalkosten der Banken absolut und relativ stark stiegen und zweitens der Arbeitsmarkt für Bankkaufleute leergefegt war.

Rationalisierungsschub auf vielen Ebenen

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, begannen die Banken Anfang der 70er Jahre, sich neue Technologien zunutze zu machen für umfangreiche Rationalisierungen. Sie gingen damals dazu über, den Zahlungsverkehr beleglos über EDV abwickeln zu lassen. Mit der Datenfernübertragung über Standleitungen und Wählleitungen (Telefon) fielen zunehmend die Transportarbeiten für die Datenträger weg. Die Entwicklung ist weiter gegangen. Die Verbindung der universellen Datenverarbeitung mit der neuen Kommunikationstechnologie brachte das intelligente Terminal, das sowohl Daten vom Zentralcomputer abrufen kann als auch lokale Anwendungen ermöglicht. Sie werden zu flächendekkenden Informationssystemen zusammengestellt. So entwickelt etwa die Dresdner Bank ein solches „Netzwerk“ mit 6500 Kassenterminals, die mit Bildschirm, Schnelldrucker und Steuertastatur versehen sind. Etwa 1000 Arbeitsplätze sollen dadurch entfallen.

Ein weiterer Anwendungsbereich ist die computergestützte Sachbearbeitung. Im kundennahen Bereich soll die Terminalisierung der Bankzweigstellen 50% der Sparkonten- und Kontokorrentkontenführer sowie 20% der Schaltermitarbeiter einsparen. Geplant ist die Einführung von sogenannten Konto-Selbstbedienungsautomaten in den Schalterhallen. Die Fortschritte in der EDV ermöglichen weiter, routinemäßige, sich im Arbeitsablauf ständig wiederholende Arbeiten zu „industrialisieren“. Früher waren in den Banken Heere von Buchhaltern beschäftigt, die die Zahlungsvorgänge und Geldströme verbuchten. Heute werden mit jedem computerbearbeiteten Zahlungsvorgang automatisch Buchungssätze erzeugt und Bilanzen erstellt. In der zentralen Buchhaltung werden nur noch Abstimmungen von Computerlisten vorgenommen. Die Tätigkeit beschränkt sich auf Kontrollfunktionen, soweit diese nicht auch schon vom Computer ausgeführt werden. Gegenwärtig werden die „Rationalisierungsreserven“ in der Daten- und Belegerfassung (z.B. Einzelhandel) ausge-
fassung (z.B. Einzelhandel) ausge-
schöpft. Der Bundesverband deutscher Banken rechnet mit einer Personaleinsparung von 50%.

Die mit Hilfe der EDV-Anlagen durchgeführten Rationalisierungen sparen zwar Kosten ein, es ist aber trotz Verbilligung der Rechner und besonders der Peripherie ein hoher Kapitalvorschuß notwendig. Die Senkung der Personalkosten, Schichtarbeit und Intensivierung der Arbeit sollen den Kapitalumschlag beschleunigen. Die EDV macht die in den 70er Jahren entwickelte Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung möglich, die eine recht genaue Zuordnung von erbrachter Leistung zu den dafür aufgewandten Kosten ermöglicht. Die zwangsläufig an den Arbeitsplätzen anfallenden Betriebsdaten und die Erfassung von Daten über Beschäftigte geben gesteigerte Möglichkeiten auch für den Einsatz wissenschaftlicher Verfahren der Rationalisierung wie z.B. für Operations Research oder Simulation. Damit kann etwa die Zahl der offen zu haltenden Bankschalter ermittelt werden, damit einerseits nicht zuviel Personal „leersteht“, andererseits nicht zu viele Kunden wegen zu langer Warteschlangen vor den Schaltern wieder weggehen. Genutzt werden diese ausgefeilschten Methoden, um jede Pore des Arbeitsprozesses auch im Bankbereich zu schließen.

Veränderung der Arbeitsinhalte

1970 machte das sogenannte Hilfspersonal im Bankbereich ein Viertel aller Beschäftigten aus. Dazu zählen: Bürofach- und Bürohilfskräfte, die überwiegende Mehrheit der Rechnungskaufleute und Sachbearbeiter im Innendienst, Kassierer sowie Sekretärinnen. Ca. 65% sind Sachbearbeiter, das sind ausgebildete Bankkaufleute im Kundenverkehr oder mit Spezialaufgaben betreut (Firmenberatung, Wertpapiere). Wie sich die Arbeitsplätze und damit die Anforderungen, Qualifikationen und tariflichen Eingruppierungen verändern, kann vielleicht am Beispiel des Kassierers und eines Kontenführers verdeutlicht werden.

Früher ging ein Kunde, wenn er Bargeld abheben, seine Kontoauszüge abholen oder beraten werden wollte, an einen Schalter, ließ sich seine Auszüge geben, füllte einen Beleg für die Barabhebung aus, legte evtl. sein Sparbuch vor, ließ sich beraten; in der Regel wurden alle Tätigkeiten von einem Bankangestellten ausgeführt (mit Ausnahme von hohen Krediten), der registrierte, Belege ausfüllte, buchte. Anschließend ließ der Kunde vom Kassierer sein Geld vorzählen.

Von 100 Geschäftsvorfällen entfallen nach Erhebung einer Großbank 54 auf Ein- und Auszahlungen, 10 auf Sparbucheintragungen, 3 auf Postabholung, 8 auf Überweisungen, Daueraufträge etc., 9 auf Abwicklung von Schecks, 16 auf Auskünfte.

Nach Einführung von Sofortkassen werden die Tätigkeiten des Kontenführers – außer Kreditberatung und Ausgabe von Kontoauszügen – unterstützt durch entsprechende Buchungsautomaten vom Kassierer ausgeführt.

Mit der geplanten und teilweise bereits durchgeführten Aufstellung von Geldausgabe- und Bankautomaten, die neben Bargeldein- und auszahlungen z.B. Kontoauszüge ausgeben und Daueraufträge speichern können, entfällt auch die Arbeit des Kassierers, Kontenführers und die des Schaltermitarbeiters fast ganz. Für diejenigen, die übrig bleiben, wird in bezug auf die Entwicklung der Arbeitsanforderungen ausgehend von den Tätigkeitsmerkmalen des bestehenden Gehaltsgruppenkatalogs eine Abgruppierungstendenz für den Kassen/Schalterbereich erwartet. Da die Disponententätigkeit des Kontenführers wegfällt, ist eine Abgruppierungstendenz von TG 5 auf TG 4 für Kontenführer und eine Reduzierung der Eingruppierung der Sparkontenführer von TG 6 auf TG 5 bzw. TG 4 zu erwarten. Gleichzeitig kommen neue Anforderungen hinzu wie verstärkte Konzentration und Genauigkeit, Anpassungsfähigkeit, Maschinen- und Systemkenntnisse. Die Geschwindigkeit der Arbeitsprozesse und die Intensität der Arbeit steigen. Für die in den Beratungsbereich umgeschulten Kollegen besteht dagegen eher eine Tendenz zur Höherqualifizierung.

Reaktion der HBV: Rationalisierungsschutzabkommen

Die Gewerkschaft HBV hat auf diese Entwicklung reagiert und dem Bundesverband deutscher Banken den Entwurf eines Rationalisierungsschutzabkommens, wie es in anderen Wirtschaftsbereichen schon existiert, vorgelegt. Es hat die Form eines Tarifvertrages. Die zentralen Punkte sind:

- Schutzrechte zur Vermeidung unangemessener Arbeitsbelastungen
- Rechtzeitige und umfassende Informationspflicht der Banken über alle geplanten Veränderungen im Einsatz technischer Hilfsmittel, in der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und den damit zusammenhängenden Personalfragen.
- Qualifikationssicherung durch frühzeitig wirksame Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen während der Arbeitszeit, z.B. Anspruch auf 5 Arbeitstage im Jahr für Fort- und Weiterbildung für jeden im Bankenbereich Beschäftigten, 15 Tage im Jahr für Leute, deren Arbeitsplätze aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen in Zukunft geringere Anforderungen stellen.
- Erleichterung frühzeitiger Pensionierung bei vollem Gehaltsausgleich
- Bei Abqualifizierung des Arbeitsplatzes Umsetzung auf einen gleichwertigen zumutbaren Arbeitsplatz; ist dies nicht möglich, keine Verschlechterung der tariflichen Einstufung und des Gesamthaushaltes.

Dieser Vorschlag zielt darauf ab, die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte zu stärken, sie in Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen auf technisch und organisierte Maßnahmen auszudehnen, die von den Unternehmensleitungen durchgeführt werden, soweit sie personelle und soziale Auswirkungen haben.

Ausdrücklich werden in dem Schutzabkommen auch Unternehmensfusionen als Rationalisierungsmaßnahmen mit entsprechenden Konsequenzen erwähnt. Vorrangiges Ziel ist, qualifizierte Arbeitskräfte zu erhalten, es wird verlangt, daß monotone Tätigkeiten und einseitige Belastungen vermieden werden sollen. (Mischarbeitsplätze) Außerdem will die HBV das Recht für die Interessenvertretungen, die Zustimmung oder Ablehnung zu einer Rationalisierungsmaßnahme von einer probeweisen Einführung abhängig zu machen. Qualifikationssicherung und entsprechende Maßnahmen sind der Kern des HBV-Entwurfes, Kündigungsschutz etc. stellen die zweite Seite dar.

Die Vertreter der Banken haben einen Gegenentwurf vorgelegt. Die darin den Betriebs- bzw. Personalvertretungen zugestandenen Rechte gehen nicht über die mangelhaften im Manteltarifvertrag und Betriebsverfassungsgesetz festgelegten Rechte hinaus. Verpflichtungen für die Banken halten sich im Rahmen „der Arbeitgeber hat zu prüfen“, Verpflichtungen für die Betroffenen gibt es viele, Ansprüche wenige. So entfällt etwa der Anspruch auf Abfindung, wenn der Betroffene Kündigungsschutzklage erhebt. Der Entwurf der Bankenvertreter läßt lediglich Vereinbarungen über Abfindung, Umschulungsansprüche oder verlängerte Kündigungsfristen zu, auf keinen Fall soll sich etwa auf Investitionsangebote oder Beschäftigungsbedingungen eingelassen werden.

Die Verhandlungen laufen noch und es sieht nicht so aus, als würden sie in absehbarer Zeit abgeschlossen. Läßt sich ein Rationalisierungsschutzabkommen, wie es von der HBV vorgelegt worden ist, durchsetzen, so bedeutet dies einen Fortschritt in der Angestelltenarbeit. Bisher waren Schutzabkommen für die Angestellten eher Abfallprodukt vergleichbarer Verträge im Produktionsbereich und wurden den Angestelltenproblemen häufig nicht gerecht. Flankiert werden die Verhandlungen von dem Entwurf einer Tarifvereinbarung über Arbeiten und Tätigkeiten an Datensichtgeräten im Bankgewerbe. Weiterhin wird es nötig sein, die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte bei der Einführung von Datenverarbeitungssystemen festzulegen.



Bild: Bar-Geldautomat bei der Verbraucherbank in Köln. – Inzwischen wurden Geldautomaten in Betrieb genommen, die von Kunden aller deutschen Banken und Sparkassen benutzt werden können. Die rund um die Uhr arbeitenden Computer geben Geldscheine nach Eingabe der Euroscheck-Carte und einer persönlichen Geheimzahl aus. Kunden können auch Geld einzahlen, Schecks einreichen, Scheckvordrucke bestellen und den Kundenberater um Rückruf bitten.

Reader zu den Rationalisierungsmaßnahmen im Bankgewerbe

Eine gute Zusammenfassung der Ursachen, Methoden und Folgen von Rationalisierungsmaßnahmen im Bankenbereich stellt ein Reader dar, den der Landesbezirk Berlin der HBV unter dem Titel: „Unternehmensstrategien im Bankgewerbe und Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Gegenmacht“ herausgegeben hat. Obwohl die Materialsammlung bereits 2 Jahre alt ist, sind die angegebenen Daten, Einschätzungen und Vorschläge weiterhin aktuell. Gegen Vorauszahlung von DM 19,00 kann das Buch bei der HBV, Keithstr. 1–3, 1000 Berlin 30, bestellt werden.

Nordwestdeutsche Holzwirtschaft: Beginn der Lohnauseinandersetzung

kvz. Die nordwestdeutschen Holzarbeiter haben auf regionalen Mitgliederversammlungen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) ihre Forderungen für die Ende September auslaufenden Tarifverträge aufgestellt:
Tischlerhandwerk Schl.-Holst...8,5%
Tischlerhandwerk und holzverarbeitende Industrie Hamburg ...8,5%
Tischlerhandwerk Bremen...7,0%
In Hamburg setzten sich damit die Mitglieder gegen die vom GHK-Vorstand aufgestellte Empfehlung von 6,5–7,5% durch. Im Hamburger Raum wurde zuvor auf Wochenendseminaren der Vertrauensleute und Betriebsräte die Lohnrunde vorbereitet. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ hatte noch in ihrer Mai-Ausgabe berichtet, daß eigentlich ein 12%iger Lohnabschluß notwendig sei, um eine Teuerung von 5,3% und die Steuerprogression auszugleichen.

Der „schlichte Arbeitnehmer" und die Beamten

Die vier gängigsten Legenden über die Beamten – erneut vorgetragen vom „Stern"

Von Gerhart Gösebrecht

Alle Jahre wieder, in der Regel anläßlich der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, nimmt sich die bürgerliche Presse die Beamten vor, an denen kräftig gespart werden müsse. Plant der Staat zweimal im Jahr Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wird auch zweimal zur Feder gegriffen. Große Mühe ist das ja auch nicht, sind doch die Argumente jedesmal originell wie die Kirchenlitanei. Jüngstes Beispiel der „Stern" Nr. 37: „Die Staats(ver)diener". Unter direkter Berufung auf den „schlichten Arbeitnehmer" wird dort ein kräftiges Opfer für die Staatsfinanzen verlangt, wobei scheinheilig resignativ hinzugefügt wird, die unersättlichen Beamten hätten ja eine so starke Lobby im Parlament, daß daraus wohl nichts werden würde. Was wird da nun außer einer üblen „Satire", in der ein Beamter bittet, aus dem Büroschlaf rechtzeitig für die Teilnahme an einer Beamtendemonstration geweckt zu werden, vorgetragen?

1. „Die Beamten verdienen zuviel"

Als liebster Beweis wird dazu in der Regel der Durchschnittverdienst im öffentlichen Dienst angeführt, der um einiges über dem der Industrie liegt. Ferner die sogenannten „strukturellen Verbesserungen": Aufsteigen in höhere Besoldungsgruppen. Und schließlich das „maßlos ausufernde Zulagenunwesen", das eine ebenso beliebte Zielscheibe ist wie die „Überversorgung" der Rentner und Pensionäre des öffentlichen Dienstes. Alle diese Argumente halten einer gründlicheren Überprüfung nicht stand. Der höhere Durchschnittsverdienst kommt zustande, weil der öffentliche Dienst einen besonders hohen Anteil an besonders gut dotierten leitenden Beamten hat, die den bürgerlichen Staatsapparat für die herrschende Klasse in Gang halten. 56,7% der 2,8 Mio. Beamten und Angestellten sind im mittleren und einfachen Dienst beschäftigt, wo das Lohnniveau wahrlich nicht über dem entsprechend qualifizierter Arbeitskraft der privaten Wirtschaft liegt. Selbst die Lehrer, die die größte Berufsgruppe des höheren Dienstes (dort im untersten Besoldungsrang) stellen, verdienen nicht mehr als entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte in der privaten Wirtschaft. In der am häufigsten besetzten Besoldungsgruppe des mittleren Dienstes verbleibt einem verheirateten Beamten mit einem Kind (z.B. einem 32jährigen Brandmeister bei der Feuerwehr) weniger als 2200 DM netto. In der häufigsten Besoldungsgruppe des einfachen Dienstes (A 4) bezieht z.B. ein Triebwagenführer in den gleichen Familienverhältnissen gerade ca. 1800 DM. Nicht nur, daß beide ihre Krankenversicherung davon noch zahlen müssen (mindestens 50% eines vollen Versicherungsschutzes): in diesen Summen sind auch bereits die „unmäßigen" Zulagen für die Schichtarbeit enthalten. Der Stern-Journalisten ist auch vielleicht ein Beamtenjob bei der Post zu empfehlen, wo er für die mörderische Schichtarbeit 0,75 DM pro Nachtschichtstunde einstreichen kann. Überhaupt sind die Zulagen als solche kein Privileg der Beamten und Angestellten, sondern – vergleichbar mit den übertariflichen Zulagen in der Industrie – ein vorübergehendes Zugeständnis des Arbeitgebers aus Zeiten günstiger Kampfbedingungen der Belegschaften und gleichzeitig Hebel für Lohnsenkungen, weil diese Zulagen alle erheblich weniger gesichert sind als der Grundlohn. Ferner bestehen die Zulagen des öffentlichen Dienstes zum größten Teil aus Festbeträgen, die seit z.T. über 20 Jahren nicht erhöht worden sind. Sie haben auch in den letzten 6 Jahren immer wieder als Ansatzpunkt für Spaltung und häppchenweise Lohnsenkungen gedient, z.B. in den Haushaltsstrukturgesetzen. Die Forderungen der Gewerkschaften nach Einarbeitung des Ortszuschlags in das Grundgehalt z.B. ist von der Regierung bislang immer abgelehnt worden (von wegen Lobby!)

Der Tabelle 1 kann man ferner entnehmen, daß es mit den strukturellen Verbesserungen so weit nicht her sein kann, ist doch der jeweilige Anteil der 4 Laufbahnen in den letzten 10 Jahren weitgehend gleich geblieben. (vgl. auch Punkt 3.)

Zur sogenannten Überversorgung der Pensionäre und Rentner des öffentlichen Dienstes kann in der hier gebotenen Kürze nur soviel gesagt werden: die Beamtenpension beträgt 75% des letzten Bruttogehalts, diese Pension muß bis auf einen bescheidenen Steuerfreibetrag versteuert werden. Die Kritik daran orientiert sich offensichtlich an den z.T. gemein niedrigen Arbeiterrenten, auf deren Elendsniveau wohl alle gedrückt werden sollen. Daß Angestellte im öffentlichen Dienst z.T. etwas mehr Rente als ihr letztes Nettogehalt beziehen können, liegt einmal daran, daß sie für diese sogenannte Zusatzversorgung auch eingezahlt haben und zweitens an dem Umstand, daß zum Zeitpunkt der Festlegung der Höchstversorgungsgrenze von 75% des letzten Bruttogehalts in den Satzungen der Versicherungsanstalt die Abzüge vom Bruttogehalt noch nicht höher als bei 25% lagen. Nachdem die Steuerschraube kräftig angezogen wurde und auch die Sozialversicherungsbeiträge stiegen, ergab sich dann an der Oberfläche als „Überversorgung" der Rentner, was in Wirklichkeit nur steigende Abzüge der noch im Dienst stehenden Angestellten war. Kein Hindernis für den „Stern", auch noch den Rentnern am Zeug zu flicken.

2. „Die Beamten fressen den Staat auf"

Mit der Parole bejammert schon seit Jahren die bürgerliche Presse die steigenden Personalausgaben. Dem ist entgegen zu halten, daß der Anteil der Personalausgaben an den gesamten Ausgaben des Staates in den letzten Jahren fast konstant geblieben ist (vgl. Tabelle 2). Wenn mit diesem Argument eine öffentliche Debatte initiiert werden sollte, welche staatlichen Tätigkeiten entfallen sollten, wäre das ja schön: dazu könnten wir auch manchen Vorschlag unterbreiten! Darum geht es aber diesen Propagandisten ausdrücklich nicht. Alle gesellschaftlichen Funktionen, die der bürgerliche Staat in seine Regie übernommen hat, werden undifferenziert über einen Leisten geschlagen, um Lohnkürzungen, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen überhaupt und – wenn es zu gewerkschaftlichen Kämpfen kommt – auch noch weitergehende Entrechtung mit dem Hinweis auf die untragbaren Kosten rechtfertigen zu können.

Vollbeschäftigte Beamte, Richter und Angestellte im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Laufbahngruppen (1972 und 1980) in %

Bereich	Höherer Dienst 1972	Höherer Dienst 1980	Gehobener Dienst 1972	Gehobener Dienst 1980	Mittlerer Dienst 1972	Mittlerer Dienst 1980	Einfacher Dienst 1972	Einfacher Dienst 1980
Bund	9,7	9,4	24,2	23,0	60,9	63,8	5,2	3,8
Länder	23,9	25,6	34,6	35,4	38,2	36,6	3,4	2,4
Gemeinden	7,1	7,5	24,2	25,5	62,4	62,3	6,4	4,7
Bundesbahn	1,2	1,1	10,8	11,9	69,0	71,9	19,9	15,1
Bundespost	0,9	0,8	10,2	11,1	47,5	49,7	41,4	38,3

3. „Die Beamten ruhen sich auf ihren sicheren Arbeitsplätzen aus"

Ignoranz oder Böswilligkeit – das scheint hier kaum noch die Frage zu sein. Mehrarbeit durch Stellenstreichungen und Zuweisung neuer Aufgaben, Intensivierung der Arbeit, ausgedehnte Rationalisierungsfeldzüge und ein schon traditionell enormer Anteil an Schichtarbeit kennzeichnen die Lage im öffentlichen Dienst. Zahllose Protestmaßnahmen der Beschäftigten in Krankenhäusern, Verwaltungen, in den Schulen, bei der Bahn und Post haben das in den letzten Jahren an die Öffentlichkeit getragen. Selbst die Polizeibeamten – insgesamt im DGB nicht gerade die vorwärts treibende Kraft – haben die Millionen Überstunden, die ihnen aufgehalst werden und kaum je wieder aufzufeiern sind, protestiert (wobei wir auch hier konkrete Vorstellungen hätten, wie diese Mehrarbeit überhaupt zu vermeiden wäre!). Differenziertere Analysen zeigen übrigens, daß Stellenstreichungen wie auch Zunahme von arbeitsintensivierender Teilzeitarbeit ziemlich parallel zur konjunkturellen Entwicklung erfolgen.

Die ganze Hetze gegen den öffentlichen Dienst ist überhaupt *so* nur möglich, weil die Eigenart des öffentlichen Dienstes es mit sich bringt, daß die steigende Ausnutzung der Arbeitskraft immer nur durch konkrete Darstellung der Arbeitsbedingungen durch die Betroffenen offenbar wird und nicht an statistisch erfaßbaren Größen wie Umgende Ausnutzung der Arbeitskraft immer nur durch konkrete Darstellung der Arbeitsbedingungen durch die Betroffenen offenbar wird und nicht an statistisch erfaßbaren Größen wie Umsatz oder Arbeitsproduktivität etc. demonstriert werden kann. So läßt sich z.B. nur durch konkrete Analyse einzelner „Branchen" des öffentlichen Dienstes (hier vor allem Bahn und Post) zeigen, daß die aus Tabelle 1 ablesbare relative Abnahme des einfachen Dienstes im wesentlichen durch Wegrationalisieren einfacher Arbeitskraft zu erklären ist und keineswegs durch „strukturelle Verbesserungen"! Aber die Unkündbarkeit! Sicher, nach 2 bis maximal 7 Jahren ist der Beamte nur schwer kündbar, es sei denn, er sieht sich veranlaßt, die politische Zwangsjacke des Beamtenrechts zu zerreißen und der Dienstherr schafft dann auch noch, ihn rauszuschmeißen. Aber was ist an einer weitgehenden Sicherheit des Arbeitsplatzes eigentlich so verwerflich? Die Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus, die dem Arbeiter das berühmte Risiko, das angeblich der Unternehmer trägt, aufzwingt, soll offensichtlich als Naturgesetz für alle gelten. Angleichung des Kündigungsschutzes auf dem niedrigsten Niveau, oder einfach nur propagandistisches Manöver zum Zweck der Spaltung der Lohnabhängigen und Druckmittel für die geforderten Sonderopfer der Beamten? Wahrscheinlich ist beides beabsichtigt.

4. „Die Beamten sind zu keinem Sonderopfer bereit"

Mal abgesehen davon, daß bislang kein „Stern"-Journalist irgendeinen Minister oder Kanzler danach gefragt hat, wieviel „Sonderopfer" er denn von seinen mindestens 20000 DM monatlich hinlegen will (das wäre ja auch unhöflich): Für die Masse der Beamten gibt es ebenso wenig Anlaß, für die Förderung kapitalistischer Privatinvestitionen via Staatsapparat wie für die Industriearbeiter.

Allerdings – und *das* verschweigt der „Stern" – haben die DGB-Gewerkschaften sich mit einer *Arbeitsmarktabgabe* der Beamten einverstanden erklärt, wenn auch die Selbständigen diese zahlen. Verständlich, daß davon die Regierung nichts hören will. Es würde ja auch zu nahe liegen, daß die arbeitslos gewordenen Beamten, wie z.B. die bald 3000 arbeitslosen Lehrer, entsprechend Arbeitslosengeld verlangen, was der Staat ihnen gegenwärtig vorenthält.

Der gesellschaftliche Hintergrund der Hetze auf die Beamten

Bei der professionellen Beamtenbeschimpfung ging es immer schon, das haben die Industriegewerkschaften mittlerweile erkannt, darum, erkämpfte Positionen der Gewerkschaftsbewegung insgesamt anzugreifen. Bereits bei Brüning folgte der Kürzung der Beamtengehälter die Kürzung der Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst, dann die allgemeine Lohnkürzung, die sogar bestehende Tarifverträge außer Kraft setzte. Trotz demagogischer Berufung auf den „schlichten Arbeitnehmer" hält die Arbeitertümelei bei den professionellen Propagandisten der Beamtenhetze – die übrigens in der Regel erheblich mehr verdienen als die meisten Beamten – nie lange an: in den letzten beiden Nummern des „Stern" fordert Herausgeber Nannen einmal „Laßt die AEG doch pleite gehen" und dann, Schluß zu machen mit der „Heiligen Kuh Arbeitsplatz" auf der Linie der konsequenten Marktwirtschaft à la Lambsdorff. Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß bei allen erfreulichen Solidaritätserklärungen aus den Industriegewerkschaften für den öffentlichen Dienst in den letzten Jahren – die allerdings nicht immer sonderlich konsequent sind – die Abneigung gegen „die Beamten" noch weit verbreitet ist und die Hetzkampagnen durchaus nicht völlig ins Leere laufen.

Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften in Prozent

	1974	1975–80	1981
Bund	18,0	15,5	15,0
Länder	42,4	42,6	42,8
Gemeinden ...	29,1	30,3	29,5

Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Finanzberichte, Wirtschaft und Statistik Nr. 1/81 sowie Daten der mittelfristigen Finanzplanung

Grundlage der Finanzberichte, Wirtschaft und Statistik Nr. 1/81 sowie Daten der mittelfristigen Finanzplanung

Seine grundlegende Ursache hat das wohl in der Aufgabe der Beamten, die Politik des bürgerlichen Staates zu exekutieren, auch gesellschaftlich notwendige Funktionen in bürokratischer, oft repressiver Form auszuüben. Daß sich ein großer, wenn auch in langfristiger Tendenz abnehmender Teil der Beamten mit der Hoheitsfunktion, dem bürgerlichen Staat und Recht noch identifiziert (immerhin hat der ständische Beamtenbund noch fast genauso viel Mitglieder wie der DGB Beamte organisiert), ist natürlich ein guter Nährboden für die Spaltung. Letztlich wird die Abneigung gegen die Beamten auch erst mit den Beamten selbst verschwinden, wenn die gesellschaftlichen Tätigkeiten staatlicher Herrschaftsform entkleidet und in gesellschaftliche Selbstverwaltung überführt sind. Aber auch wenn die ca. 840000 im DGB organisierten Beamten noch durchaus nicht alle frei von ständischem Bewußtsein sind, hat sich die Spaltung zwischen ihnen und den Arbeitern doch deutlich verringert. Einmal weil viele Beamte in verschiedensten Formen angefangen haben, um ihre Interessen *als Lohnabhängige zu kämpfen*, dabei auf die Schranken des Beamtenrechts gestoßen sind, deren Beseitigung fordern.

Gleichzeitig und im Zusammenhang damit sinkt die „Staatstreue" der Beamten, solidarisieren sich immer mehr von ihnen mit den jeweiligen Opfern der staatlichen Politik, die sie durchführen müssen. Um so hartnäckiger muß offensichtlich die Hetze propagiert werden.



Berufsausbildung in der Diskussion:

„Nothelfer Schule"?

In der KVZ 33 und 35/82 wurde die Lage der jugendlichen Arbeitslosen und die Situation in der Berufsausbildung analysiert. Dabei wurde dem bisherigen dualen System und seiner Krise die Vorstellung von einer „vollzeitschulischen Ausbildung" gegenübergestellt, als erster Schritt zu einer Ablösung des dualen Systems. Im nachfolgenden Beitrag kritisiert die Autorin den Ansatz „vollzeitschulische Ausbildung", weil eine solche Lösung nur größere Probleme schaffe. Die Kapitalisten müßten zu einer Verbesserung der Ausbildung gezwungen werden. Auf diese Kritik antwortet der Autor der vorangegangenen KVZ-Artikel in einem kurzen Kommentar.

Die GEW propagiert die „vollzeitschulische Ausbildung" als Nothelfer, d.h. als Sofortprogramm, um der augenblicklichen Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. M. Ackermann dagegen versucht, dem eine Richtung zu geben, indem er die „vollzeitschulische Ausbildung" langfristig als Alternative gegenüber der dualen Ausbildung in Betrieb und Schule darstellt, weil so angeblich die „gesellschaftliche Kontrolle" verbessert werden könnte.

Bei beiden Auffassungen wird davon ausgegangen, daß in den nächsten Jahren die Ausbildung im Betrieb und in der vollzeitschulischen Form durchgeführt werden soll.

Ich möchte anhand einiger Beispiele auf die Folgen für die Jugendlichen bei der vollzeitschulischen Ausbildung eingehen. Außerdem versuche ich Alternativen darzustellen, ohne den Staatsapparat in eine Rolle zu drängen, in der ich ihn nicht haben möchte, nämlich als Sachverwalter unserer Interessen. Gesellschaftliche Kontrolle bezüglich der Ausbildung der Jugendlichen darf auf keinen Fall bedeuten: Zunahme des staatlichen Einflusses auf die Ausbildung. Im Gegenteil! Gesellschaftliche Kontrolle auf die Ausbildung kann nur heißen: Stärkung der Rechte der Betroffenen selber und langfristige Übernahme der Ausbildungsbelange in die Selbstverwaltung aller Lohnabhängigen!

Mit der Forderung nach „vollzeitschulischer Ausbildung" soll seitens der GEW dem Ausbildungsplatz„mangel" entgegengetreten werden.

1. Es ist unbestreitbar, daß sich im Augenblick das quantitative Manko der dualen Ausbildung darin ausdrückt, daß die Zahl der angebotenen Stellen von den Kapitalisten bestimmt wird und damit konjunkturabhängig ist. D.h., daß die Kapitalisten nach „Bedarf" ausbilden (Planzeit ca. 4 Jahre). Teilweise ist sogar unbestritten, daß die Kapitalisten sogar über „Bedarf" ausbilden, damit sie zu eventuellen Spitzenzeiten auch Fachkräfte über den Markt erhalten können. Unter diesen Bedingungen ist die „vollzeitschulische Ausbildung" tatsächlich nur eine Verschiebung von Arbeitslosigkeit über 3 Jahre. Hier sehe ich erst einmal nichts anderes, als das was die konservativen Parteien vorschlagen und durchführen, nämlich die Jugendlichen als „sozialen Unruheherd" von der Straße weg irgendwo „unterzubringen". Dafür müssen jetzt schon alle berufsbegleitenden und berufsersetzenden Maßnahmen der Regierung herhalten. Selbst wenn also der Jugendliche eine solche „vollzeitschulische Ausbildung" hinter sich hätte, muß er ja auch einen Arbeitsplatz haben. Hier fängt die Tretmühle erneut an: welcher Kapitalist stellt ihn ein; welcher bezahlt ihn nach seiner Ausbildung; wird der jugendliche Ausgebildete, der beim Kapitalisten ausgebildet wurde, nicht dem „Schüler" vorgezogen? Eine zweite negative Seite ist hier noch unberücksichtigt geblieben: was ist, wenn die Kapitalisten die „vollzeitschulischen Ausgebildeten" den Ausgebildeten im Betrieb vorziehen? Sind es in diesem Falle nicht Lohndrücker nach Maß?

Die Tendenz der beruflichen Ausbildung in der Industrie geht tatsächlich in die Richtung, die Ausbildung zu dequalifizieren und zu vereinfachen. Für die Kapitalisten aus einfachem Grund:

Tausende von Berufen haben sich in ihrem Berufsbild in den letzten Jahren geändert. Ein Beispiel: Die Elektroindustrie (Telefonanlagen), ist aufgrund des in ihrem Dienste entwickelten technologischen Fortschritts in der Lage, große Telefonanlagen nicht mehr an Ort und Stelle beim Kunden aufzubauen und zu montieren und zu prüfen usw. Die Telefonanlagen werden in der Fertigung „schrankartig" hergestellt, dies in vielen kleinen Arbeitsteilungen, und das einzige, was zu tun übrig bleibt, ist der Transport hin zum Kunden und der Anschluß mittels eines Steckers. Ganze Industrien richten ihre Facharbeiterbedarfsplanung darauf hin aus. Die Folge ist der Arbeitsplatzabbau im Bereich der Montage. Denn diese Arbeiten, bisher verrichtet von Fernmeldeinstallateuren und Nachrichtengerätemechanikern, fallen aufgrund der o.g. Entwicklung nach und nach weg. Übrig bleiben in diesem Fall nur noch die Wartungsarbeiten. Und auch bei den Wartungsarbeiten wird nach und nach vereinfacht: Nicht das Bauteil wird ausgewechselt, sondern die ganze Baugruppe.

Diese Entwicklungen sind in fast allen Berufen zu bemerken. Durch die immer weiter betriebene Arbeitsteilung in der Fertigung fallen auch hier immer weiter die besonders ausgebildeten Facharbeiter weg und werden durch die Angelernten und Hilfskräfte ersetzt. Auch die Entwicklung der Fort- und Weiterbildung unter den erwachsenen Arbeitern durch betriebliche Maßnahmen (weil auch sie kostengünstiger sind als eigene Ausbildung von jugendlichen Schulabgängern) ist mit steigender Tendenz zu vermerken.

Aber auch hier ist es m.E. nicht richtig, die Ausbildung den Kapitalisten jetzt nach und nach zu entziehen, sondern sie wie es auch der DGB, insbesondere die IGM fordert, zu verbessern. Die Kapitalisten müssen gezwungen werden, die Ausbildung unserer Jugend in zukunftssicheren Berufen zu gewährleisten. Hier ist es auch nicht falsch, von einem „Recht auf Ausbildung" zu sprechen. Denn die Kapitalisten sind Produktionseigentümer und müssen als solche auch zur Verantwortung gezogen werden.

Hier muß die Kontrolle der Arbeitnehmer verstärkt und verbessert werden – sie müssen auf die Berufsbilder, auf die sachliche und zeitliche Gliederung der Ausbildung im Betrieb, auf die Ausbildungsabläufe Einfluß und Kontrolle ausüben können.

Wie ist dem entgegenzuwirken, daß die Ausbildung unserer Jugendlichen immer schmaler und schlechter wird? Es ist doch sicherlich nicht richtig, alten Produktionsweisen hinterherzutrauern. Nur im kapitalistischen System, mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen, kommt die Weiterentwicklung der Produktivkräfte nicht der Allgemeinheit und dem arbeitenden Menschen zugute, sondern die gewonnene Zeit gehört dem Kapitalisten. Sinnvoll ist es, die gewonnene Zeit für gesellschaftlich notwendige Maßnahmen zu nutzen, u.a. auch für die Fort- und Weiterbildung eines jeden Einzelnen und für die Arbeitszeitverkürzung. Damit könnte auch der Gefahr und der heute schon existierenden „Entfremdung" bei einfachen Tätigkeiten entgegengetreten werden.

2. Ist die „vollzeitschulische Ausbildung" wirklich dazu geeignet, die aktuellen Kampfbedingungen der Jugend und der Arbeiterbewegung zu verbessern? M.E. auf keinen Fall. Denn wie schon oben ausgeführt, ist die Ausbildung in der Schule nur eine Verschiebung der Arbeitslosigkeit auf drei Jahre. Danach beginnt der gleiche Konkurrenzkampf wie jetzt schon im Kampf um eine Ausbildungsstelle. Nur wird er dann auch noch um Geld (Lohn/Gehalt) geführt. Auch die Ausbildung selber wird m.E. nicht besser sein, weil sie auf die „Wünsche" der Kapitalisten abzielt. Eine Form von „Überqualifizierung" würde nie eintreten. Zudem kommt die Frage auf „Wer soll das bezahlen?" Der öffentliche Haushalt und damit jeder Steuerzahler? Auch hier gehe ich immer noch davon aus, daß die Kapitalisten für die Ausbildung aufkommen müssen.

Ich möchte aufs stärkste bezweifeln, daß in einer „vollzeitschulischen Ausbildung", die nicht von Kapitalisten finanziert wird, Geräte von moderner Ausrüstung und Ausbildungsmaterial zur Verfügung stehen, die eine optimale Ausbildung ermöglichen. Hier gibt es nur einige sehr wenige Projekte, die dies in fast vorzüglicher Weise tun. Als „aktuell" würde ich eher bezeichnen, daß die Kapitalisten mehr ausbilden und auch auf gesetzliche Art dazu gezwungen werden, heute mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und wenn nicht, dann Abgaben erbringen.

3. Der Zynismus im kapitalistischen System liegt auch darin, Jugendliche perspektivlos aus der Schule zu entlassen. Wenn es nur um die „aktuelle" Situation geht, dann ist ohne Zweifel auch eine begleitende, eine zusätzliche Maßnahme wie die „vollzeitschulische Ausbildung" gerechtfertigt. Aber geht es hier nur um eine „aktuelle" Situation? Ich habe mehrmals schon darauf hingewiesen, daß damit das Problem so oder so nur verschoben wird. Wird es auch zum Vorteil der Jugendlichen getan?

Im Konkurrenzkampf um einen Arbeitsplatz nach der Ausbildung zählt im besonderen Maße die „Praxisbezogenheit". Hier haben die Kapitalisten mit ihrer betrieblichen Ausbildung einen Teil der Betriebsausbildung so gestaltet, daß sie den Jugendlichen und späteren Facharbeiter auf seinen Arbeitsplatz, der ihm eventuell nach der Ausbildung zugestanden wird, direkt ausbilden – die Fachabteilungsausbildung. Dieser Ausbildungsteil ist nicht nur von Nachteil. Es bringt den Jugendlichen gegenüber seinen „Mitkonkurrenten" um diesen Arbeitsplatz in Vorteilsstellung. Eine Erhöhung der „Flexibilität und Mobilität" wird auch von vielen Kapitalisten gefordert. Doch ist auch sie einfach nur von Vorteil?

M.E. liegt das Hauptproblem in der Grundausbildung. Hier stellen die Gewerkschaften die richtige Forderung: Vertiefung der Grundausbildung, Verbreiterung des Grundwissens, Verlängerung der Grundausbildung von heute sehr wenigen Monaten auf ein bis zwei Jahre. Die spezielle Fachausbildung dann ein bis zwei Jahre. Der Vorteil dieser Forderung ist: Der jugendliche Auszubildende hat ein Grundwissen, auf dem er in der Lage sein soll, immer, was auch passiere in der Technologie, mit einigen Aufwand seinen Bildungsstand auf höheres Niveau zu bringen. Das heißt für mich Erhöhung von „Flexibilität und Mobilität". Diese Art ist auch von Vorteil für den Betroffenen selbst. So kann auch die Aussicht auf Erhalt eines Arbeitsplatzes verbessert werden und vor allen Dingen der drohenden Verlust des Arbeitsplatzes bei Veränderung der Produktion entgegengewirkt werden.

4. Maßnahmen außerhalb der betrieblichen Ausbildung gibt es eine ganze Fülle. Doch wie sehen diese Maßnahmen aus? Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung von jugendlichen Ausländern (MBSE), z.T. sehr begehrt von den Kapitalisten: denn sie bekommen die Ausbildung weit über die Kosten bezahlt, selbst den Ausbilder müssen sie nicht selber bezahlen, einen Teil zahlt der Kapitalistenverband und den größeren Teil die Arbeitslosenversicherung. Von Ausbildung kann man hier nicht sprechen, denn die Jugendlichen werden viel intensiver als die Auszubildenden in einer Fachabteilung der Industrie auf ihren zukünftigen Arbeitsplatz ausgerichtet. Die Auseinandersetzung um die Anerkennung des Berufsgrundbildungsjahres ist immer noch nicht ausgestanden. Ist es für die Kapitalisten nicht von Vorteil, wenn ihnen erst solche Menschen zur Verfügung stehen, die jahrelang vergeblich bemüht waren, sich über solche Maßnahmen auszubilden und jetzt einen Arbeitsplatz um jeden Preis annehmen, weil sie älter geworden sind und vielleicht auch schon Verpflichtungen gegenüber einer Familie haben?

Also warum das Gerede von Verbesserungen der „aktuellen" Kampfbedingungen? Verbesserungen kann es nur geben, wenn die Kontrolle und die Einflußnahme in die kapitalistische Produktionsweise in die betriebliche Ausbildung, in die gesellschaftlichen Formen des Zusammenlebens und der gesellschaftlichen Notwendigkeiten gewährleistet werden! Und dies gilt nicht nur aktuelle, sondern auch gerade langfristig. Welche verbesserten Kampfbedingungen hat der Einzelne oder die gesamte Jugend, wenn die Kapitalisten aus der überbetrieblichen, außerbetrieblichen sprich staatlichen Maßnahme kommen und einen Kapitalisten suchen, der sie bezahlen soll?

5. Der Staat soll seiner Verantwortung gegenüber den Schülern, gegenüber den Lehrern und Eltern nachkommen. Er muß die Jugendlichen auf ihren weiteren beruflichen Werdegang optimal vorbereiten. D.h. die Schulausbildung ist Grundlage nach wie vor einer jeglichen guten oder schlechten Ausbildung. Sie sollte auch Grundlage für alle Formen des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft (gerade in einer Klassengesellschaft wie der unseren, wo immer der „Kleine" ärmer wird und in seiner Existenz bedroht wird) sein.

Errungenschaften, die in den siebziger Jahren gerade im schulischen Bereich erkämpft wurden, werden jetzt nach und nach abgebaut. Welche Chance hat der Schüler, der sich diesem Leistungsdruck nicht gewachsen fühlt? Früher waren es nur die „Sonderschüler", heute erstreckt sich das nachziehende materielle Elend auch auf die Hauptschüler. Selbst die Realschüler sind sich einer Lehrstelle auf keinen Fall mehr sicher, denn ihnen stehen die Gymnasiasten „im Wege", die sich nach zehnjähriger Schulbildung für eine Mechaniker- oder Werkzeugmacherausbildung entscheiden. Hier stellt sich auch prompt die bürgerliche Propaganda ein mit ihrem Gerede von „Traumberufen" und auch die alternative Lebensweise mit Wünschen nach Berufen wie „Töpfer" usw.

Nur indem man sich die Tragweite und die Auswirkungen immer vor Augen hält, sind die Bedingungen für Veränderungen auch unter Umständen im kapitalistischen System nicht von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Gelingt es, gesetzliche Maßnahmen zu bestimmen, die die Kapitalisten immer weiter dazu zwingen, auf die Forderungen der Bevölkerung einzugehen und sich ihrer Blöße gegenübergestellt sehen, ihre Unzulänglichkeiten immer deutlicher bewußt werden, nur dann ist es möglich, „langfristig" positive Veränderungen zum Vorteil der Betroffenen zu erreichen. Nicht erreichen kann man dies, wenn den Kapitalisten immer mehr die Verantwortung entsprechend ihrer gesellschaftlichen Stellung abgenommen wird. So können m.E. die Kapitalisten ihre gesellschaftliche Stellung und auch der Staat nur weiter ausbauen gegen die Interessen der Bevölkerung.

Beate S., Westberlin

Es geht nicht um „Notlösung", sondern um Vergesellschaftung

1. Das Argument, „vollzeitschulische Ausbildung" verschöbe nur die Arbeitslosigkeit, sticht nicht. Die Arbeitslosigkeit ist sowieso nicht mit dem Mittel der Verbesserung der Ausbildung aufhebbar. Was man aber mit einer Verbesserung der Ausbildung bekämpfen kann, ist die zunehmende Dequalifizierung der Arbeitskraft.

2. Gegenüber dem „Abschieben" in irgendwelche berufsvorbereitende Maßnahmen besteht der Sinn einer Vollausbildung in der Berufsschule gerade darin, die Jugendlichen entsprechend ihrem Willen in einem gesetzlich anerkannten Ausbildungsberuf auszubilden. Ich hatte in dem Artikel auch dargelegt, daß auf dieser Ebene viel besser gegen eine Abschiebung in miserable Berufe gekämpft werden kann.

3. Die Konkurrenz zwischen im Betrieb ausgebildeten und in der Berufsschule ganzzeitlich Ausgebildeten kann man sicherlich nicht aufheben. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Arbeitskräften kann man sowieso nicht beseitigen, solange das Kapital herrscht. Was man kann, ist die Konkurrenz allgemein einzuschränken durch die Verbesserung der Ausbildung.

4. Wie sollen die Kapitalisten denn zu einer guten Ausbildung gezwungen werden? Letztlich bleiben nur gesetzliche Eingriffe in Form einer „Ausbildungspflicht" mit der Auflage, in „zukunftssicheren Berufen" auszubilden. Damit würde man aber weiterhin die Ausbildung an die engen Interessen des Einzelkapitals binden. Sowieso könnte nur die große Industrie oder große Unternehmungen eine solche Auflage erfüllen und dann wird für die anderen zur „Umlage" gegriffen. Offensichtlich würde aber doch diese Umlage für eine „außerbetriebliche" Ausbildung verwendet werden müssen. Warum also nicht gleich die Konsequenz ergreifen, die am Ende doch herauskommt.

5. Wer soll das bezahlen? Die Kapitalisten bezahlen auch heute einen Großteil der Ausbildung. Man kann sie über eine Umlage an die Kandare nehmen, via Steuer im allgemeinen oder vielleicht auch über eine Abgabe auf die Lohnsumme (wie in anderen europäischen Ländern). Ein prinzipielles Hindernis gibt es dabei nicht.

6. Warum in den Berufsschulen nicht mit modernstem Gerät gearbeitet werden soll, ist nicht einleuchtend. Die Geldmittel müßten aus dem Bildungsetat kommen. Andererseits sollen im Rahmen dieser Ausbildung natürlich die bestehenden überbetrieblichen-und Lehrwerkstätten genutzt werden. Die Verfügung wäre allerdings den Kapitalisten entzogen. Damit dürfte das Problem der fehlenden „Praxisbezogenheit" nicht generell gelöst sein, aber allein den Vorstellungen des Kapitals zu folgen ist ja sowieso tödlich.

7. Die Staatsfrage. Natürlich soll nicht der bürokratische Einfluß des Staates erhöht werden. Vielmehr geht es um die Kontrolle der Volksmassen über die allgemeine und berufliche Bildung. Bekanntlich ist das allgemeine Bildungswesen der Staatshoheit unterstellt. Niemand käme auf die Idee, das allgemeine Bildungswesen zu reprivatisieren. Schon Marx wies darauf hin, daß die allgemeine und berufliche Bildung zu vergesellschaften sei. Der Form nach staatlich, der Kontrolle nach gesellschaftlich. Einen höheren Zugriff auf die allgemeine und beruflich Bildung kann ich mir nicht vorstellen, weil sie die Selbstverwaltung ja impliziert.

8. Letztlich ging es in den Artikeln gerade um die Aufhebung der Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung, und damit auch der Grundlage für eine Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Sicherlich, dieser Widerspruch kann im Kapitalismus letztlich nicht gelöst werden. Aber man kann verbesserte Bedingungen schaffen. Auf *diesem Weg* ist das Monopol der Kapitalisten auf berufliche Ausbildung ein Hindernis. Deswegen soll es beseitigt werden, und die Arbeiterbewegung sollte sie von dieser „Verantwortung" unbedingt befreien – zu ihrem eigenen Nutzen.

Michael Ackermann

Heimatlos in der Ferne

Erzählungen von Ausländern über die deutsche Wirklichkeit

wal. Ein nützliches Mittel, der wachsenden Ausländerfeindlichkeit zu begegnen und mehr Verständnis für die Probleme der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien zu bekommen, ist es, sich mit ihrer Literatur zu beschäftigen. In der literarischen Form sind häufig die Probleme und Schwierigkeiten, Ängste und Unsicherheiten, die Hoffnungslosigkeit und das Gefühl, weder hier noch in den Heimatländern richtig zu Hause zu sein, – die Alltagserfahrungen der ausländischen Arbeiter, Emigranten und Exilanten am intensivsten und direktesten verarbeitet und am besten erfahrbar.

Während in der letzten Zeit häufiger in den Medien, in den Parlamenten und in Seminaren über die Ausländer in unserer Gesellschaft geredet wird, kommen die Betroffenen selbst höchst selten zu Wort. Die folgenden drei vorgestellten Bücher haben den Vorteil, daß nicht über die ausländischen Arbeiter geschrieben wird, sondern sie selber schreiben und ihre Probleme darstellen.

F. Biondi u.a. (Hrsg.)
Zwischen Fabrik und Bahnhof. Prosa und Lyrik aus dem Gastarbeiteralltag.
Bremen 1981, (Südwind gastarbeiterdeutsch CON) 175 Seiten, 12,80 DM

In diesem Sammelband sind Gedichte und Erzählungen von 24 Autoren aus 10 Ländern zusammengestellt. Zentrales Thema dieses Bandes ist die Sehnsucht nach der Heimat, die Heimatlosigkeit und Isoliertheit in der Fremde und der Wunsch nach Geborgenheit und Menschlichkeit, die sie hoffen in der alten Heimat wieder zu finden. Aber der Band spiegelt auch die enttäuschten Hoffnungen nach der Rückkehr in die alten Heimatländer, wo diese Bindungen und Vertrautheiten nicht wiedergefunden wurden. Deutlich wird in dem Band, daß sich diese Probleme für alle ausländischen Arbeiter nahezu
in dem Band, daß sich diese Probleme für alle ausländischen Arbeiter nahezu
gleich stellen, daß es nicht ein besonderes „Türkenproblem" gibt, wie es den Spaltungsabsichten der Politiker und mancher Medien gut entgegen käme. Italienische Arbeiter, die nach Italien zurückkehren, sind meistens aus ihren ursprünglichen Zusammenhängen herausgerissen und werden dort als „Deutsche" angesprochen. Franco Biondi drückt diese doppelte Isoliertheit klar in seiner Geschichte aus: „Er wäre nicht zurückgekehrt, wenn die Bundesrepublik ihm auch nur eine Möglichkeit gegeben hätte, sich dort heimisch zu fühlen. Zurückgekehrt glaubte er, daß er dadurch dem Groll entgangen wäre, daß es im Dorf einfacher wäre – *getäuscht hatte er sich.*" In der Bundesrepublik nicht heimisch geworden, wird in den Erinnerungen die ursprüngliche Heimat idealisiert. Einige der Geschichten schildern sehr anschaulich, daß diese auf die Heimatländer projizierten Hoffnungen und Ideale nicht der Realität entsprechen und den Menschen, wenn sie wieder in dieser Wirklichkeit leben, vollends der Boden unter den Füßen weggezogen ist.

Aras Ören
Der Gastkonsument und andere Erzählungen in fremden Sprachen. (deutsch / türkisch)
Berlin 1982 (Rotbuch Verlag 54) 125 Seiten, 10,00 DM

Aras Ören lebt seit 1969 als Rundfunkjournalist und Schriftsteller in Westberlin. In der Türkei war er zuvor Schauspieler und Dramaturg an verschiedenen Bühnen Istanbuls gewesen. Seitdem er in der Bundesrepublik lebt, hat er bereits mehrere Veröffentlichungen, Erzählungen und Gedichte zu den Problemen der türkischen Arbeiter hier veröffentlicht.

In diesem Buch werden in ähnlicher Weise wie in dem Band aus dem Südwind Verlag die Probleme der ausländischen Arbeiter hier und in der Heimat dargestellt, dabei wird nicht nur auf die Probleme der Türken, sondern auch auf die ausländischen Arbeiter anderer Nationalitäten eingegangen. Ein besonderes Augenmerk legt Ören auf die zusätzlichen Probleme und Schwierigkeiten, auf die ein türkischer Bauer stößt, der aus Anatolien in eine westdeutsche Großstadt kommt. Der Widerspruch, in dem er steht, ist ein doppelter: zu dem zwischen türkischer und deutscher Sprache und Lebensweise kommt der zwischen ländlicher und städtischer Lebensform und ihren ganz konträren Kulturen. Bei diesen Erzählungen wird auch eine ganze Reihe von Kenntnissen über die türkische Lebensweise vermittelt und den Problemen, die sich daraus entwickeln.

Dursun Akçam
Deutsches Heim, Glück allein. Wie Türken Deutsche sehen.
Bornheim-Merten 1982 (Lamuv Taschenbuch 15), 15,00 DM

In seinem Vorwort zu dem Buch schreibt Dursun Akcam, daß er in seinen Geschichten aufzeigen will, wie „die Menschen, die seit Jahren Ziel von Angriffen sind, die deutsche Gesellschaft, in der sie leben, und den deutschen Menschen beschreiben". Darum hat er die verschiedensten Menschen befragt von Arbeiter und Arbeitslosen über Studenten, Handwerker und Hausfrauen bis zu Gefängnisinsassen. Ihre Erfahrungen und Meinungen sind als Geschichten in dem Buch dargestellt. „Wenn sie als vielstimmiger Chor die Deutschen, den deutschen Menschen beschreiben, so erzählen sie eigentlich ihre eigenen Dramen." Das Spektrum der Erfahrungen und Anschauungen, der in den Geschichten dar- und vorgestellten türkischen Menschen ist breit und vielfältig. „Es sind genau zehn Jahre, daß ich in Deutschland bin. Ich habe meine Kraft gegeben, meine Seele, ich bin krank, zum Krüppel geworden, und sie haben mich wie einen Köter auf die Straße geworfen. Aber die deutschen Hunde sind wertvoller als wir. Sie werfen ihre Köter nicht auf die Straße. Sie füttern sie mit Butter und Honig. Ihnen mangelt es weder an Fressen noch an Unterkunft."(108)

Solche drastischen und verbitterten Anklagen finden sich häufig in dem Band. Aber es gibt auch andere Darstellungen, die in einer ganz anderen Art die Probleme der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien widerspiegeln. Darstellungen, die vor allem von jugendlichen Ausländern stammen, die zwischen zwei Welten aufwachsen. Von der einen werden sie angezogen, von ihr haben sie aber nur einen Teil der Wirklichkeit erfahren, und dadurch haben sie sich von ihren Familien entfremdet:

„... wenn du mich fragst, Deutschland ist einmalig. Ein zivilisiertes Land, die Menschen zivilisiert, alles zivilisiert. Es gibt alles; du findest, was du suchst. Kannst nach Lust und Laune leben ... Ich sag doch, nichts geht über Deutschland. Aber nur für Kenner. Unsere Ahnen, also die Arbeiter hier, kommen mit'm Brett vorm Kopp und gehen mit'm Brett vorm Kopp. Wenn sie zusammen kommen, lallen sie immer was von Heimat. Kerl was gibt's denn in eurer Heimat."(93)

„Familie Villano kehrt nicht zurück"

Ein dokumentarischer Spielfilm über das Schicksal einer italienischen Familie in Westdeutschland



„Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland wegen der großen Bevölkerungsdichte, kein Einwanderungsland sein kann. Auch ein mehrjähriger Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer kann noch nicht als Indiz für einen Daueraufenthalt angesehen werden."

Mit dieser Aussage des Sozialministers Arendt von 1970 untermalt der Regisseur zu Beginn seines Filmes eine Kamerafahrt durch das menschenleere Fürth an einem Sonntagmorgen. Am Beispiel der süditalienischen Großfamilie Villano demonstriert der Film, daß die auch heute noch vertretene Behauptung vom „Nicht-Einwanderungsland BRD" eine reaktionäre Fiktion ist.
tion ist.

Giuseppe Villano, der Vater, ist zwischen 1960 und 1976 fünfmal in sein Heimatdorf zurückgekehrt – teils mit, teils ohne Familie –, weil er gehofft hatte, in Italien Arbeit zu finden, aber umsonst; und so beschloß die Familie 1976, endgültig in Deutschland zu bleiben. Als Italiener und damit EG-Angehöriger genossen die Villanos dabei sogar noch das „Privileg", überhaupt mehrfach in Italien Arbeit suchen zu können. Eine Möglichkeit, die Türken z.B. gar nicht offensteht. Die Unmöglichkeit, in den jeweiligen Heimatländern das Brot zu verdienen, läßt für hunderttausende von Arbeitsemigranten den Wunsch nach Rückkehr zum immer blasseren Traum werden.

Wie leben nun diese Hunderttausende, für die die Sozialdemokratie das Zauberwort „Integration" bereithält, in der BRD? Der Regisseur Hans-Andreas Guttner hat sich gehütet, der mittlerweilen unüberschaubaren Menge an Gastarbeiter-Melodramen ein weiteres hinzuzufügen. Vielmehr gelingt es ihm, mit den Mitteln des Dokumentarfilms verschiedenen Stufen der Integration und Identitätsbehauptung bei der 10köpfigen Familie Villano zu demonstrieren. Die Spannweite reicht dabei von den Eltern Villano – beide Mittvierziger –, die nur italienische Musik hören, sich in Emigrantenkneipen aufhalten und dem traditionellen Katholizismus anhängen bis zum 12jährigen Angelo, der gerne eine deutsche Klasse besucht und „möchte, daß alles bleibt wie es ist."
daß alles bleibt wie es ist."

Integration findet für alle Villanos nicht statt, was die Wohnbedingungen angeht: sie wohnen zu zehnt in einer 3-Zimmerwohnung und es sieht auch am Ende des Films nicht so aus, als ob sie in absehbarer Zeit etwas besseres finden werden, kein Wunder auf dem deutschen Wohnungsmarkt. Aber schon die Arbeitssituation stellt sich ganz unterschiedlich für sie dar. Während Vater Villano als ungelernter Arbeiter immer wieder arbeitslos ist und die Mutter stumpfsinnige Arbeit in einer Kunststoffabrik leisten muß, arbeiten die beiden ältesten Söhne schon länger in deutschen Betrieben und streben Facharbeiterqualifikationen an. Einen Hauptschulabschluß hat aber keines der Villano-Kinder erreichen können. Die immer noch ungewisse Zukunft der Familie Villano wird deutlich, als sich zeigt, daß die 14jährige Tochter eine italienische Klasse besucht, während ihr 12jähriger Bruder Angelo sich in einer deutschen Klasse sehr wohl fühlt.

Dies alles zeigt der Film in angenehm unaufdringlichen Weise; die einzelnen Villanos erzählen von sich, man erlebt sie am Arbeitsplatz, bei Freunden, auf dem Fürther Wochenmarkt, in der Wohnung.

Bei aller Verschiedenartigkeit der Villanos wird doch auch deutlich, daß sie eine gemeinsame Identität als Italiener in Deutschland haben, wenn auch deren Prägung verschieden ist. Als Italiener in Deutschland ja, aber nur als Italiener? Das fängt bei Frau Villanos
Italiener? Das fängt bei Frau Villanos
selbstgebackenem Brot und Herrn Villanos selbst zubereiteter original italienischer Salami an und schließt jedes Jahr an Ostern die Rückkehr ins Heimatdorf ein. Aber wielange diese gemeinsame Identität hält ist ungewiß. Die ältesten Söhne haben deutsche Freundinnen und nur die Rücksicht auf die materielle Lage der Familie hält sie noch vom Auszug zurück.

Ungewöhnlich wie der Anfang ist auch das Ende des Films: Zu den Klängen des Volksliedes „Kehr zurück nach Sorrent" fährt die Familie Villano in den Fürther Bahnhof ein, in absurder Umkehrung gängiger Klischees. Ein sehenswerter Film, der trotz 2stündiger Dauer nie langweilt.

Der Film läuft zur, oder in nächster Zeit, in einigen Programmkinos.

Fernsehtip

Theodor Fontanes 1885 entstandene Erzählung **„Unterm Birnbaum"** ist nicht nur treffende und überaus stimmungsvolle Beschreibung einer Landschaft, ihrer Menschen und ihres Milieus, sondern auch genaues soziales und geistiges Abbild einer Epoche, der Zeit um 1830. Zugleich gehört seine Erzählung – auf ihre Weise – zu den Klassikern der Kriminalliteratur. Bei der Verfilmung handelt es sich um einen Spielfilm aus der DDR aus dem Jahre 1973. *Sonntag, 26.9., 10.30 Uhr im ZDF.* – Die Verfilmung deutscher Geschichte gehört eigentlich nicht zu den Seltenheiten des Fernsehens. Aber die Verfilmung eines Zeitraums, in dem das Ruhrgebiet zum größten Zentrum deutscher Industrie heranwuchs und in dem das Schicksal der Arbeiter und der Arbeiterbewegung eine gewisse Rolle spielt, ist schon seltener. Die zwölfteilige Fernsehserie **„Die Pawlaks. Eine Geschichte aus dem Ruhrgebiet"** erzählt im Kern die Geschichte des Arbeiters Pawlak, der aus dem östlichen Masuren zusammen mit anderen Arbeitern in das Eisenzentrum abgeworben wird. Nicht nur soll nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges 1870/71 die Produktion im Ruhrgebiet gewaltig gesteigert, sondern auch die „Fremdarbeiter" als Lohndrücker und Streikbrecher eingesetzt werden. In den zwölf Folgen sollen die sozialen Verhältnisse, vor allem aber die Entwicklung eines tumben Tagelöhners zum politisch bewußten Bergarbeiter beschrieben werden. Schade nur, daß diese Serie zeitlich vor „Dallas" liegt, sonst wäre sie vielleicht eine sinnvollere Alternative geworden. *Dienstag, 28.9., 19.30 Uhr im ZDF* – Zu dem im ZDF laufenden „Neuseeland-Zyklus" gehört auch der 1981 entstandene Spielfilm **„Die Bilder der Brüder Burton"** Mit der Kennzeichnung der unterschiedlichen Entwicklung zweier Brüder, die jeweils als Fotografen arbeiten, wird die Kritik neuseeländischer Verhältnisse um das Jahr 1880 verbunden. *Dienstag, 28.9., 22.05 Uhr im ZDF.*